



universität  
wien

# MASTERARBEIT

Titel der Masterarbeit

„Der Transnistrien-Konflikt unter besonderer  
Berücksichtigung des internationalen  
Konfliktmanagements“

Verfasserin

Stukaneva Tatiana

angestrebter akademischer Grad

Master of Arts (MA)

Wien, 2013

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Masterstudium Politikwissenschaft

Betreuerin / Betreuer:

Univ.- Prof. Dr. Dieter Segert



# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis.....	5
Abbildungs- und Tabellenverzeichnis.....	6
1. Einleitung.....	7
2. Theoretische Deutungen.....	10
2.1. Transformationstheorien.....	10
2.1.1. Systemtheorien.....	11
2.1.2. Strukturtheorien.....	12
2.1.3. Kulturtheorien.....	13
2.1.4. Akteurstheorien.....	14
2.2. „Failed-States“- Theorien.....	15
2.2.1. Neopatrimonialismus.....	16
2.2.1.1. Personal Rule.....	17
2.2.1.2. Politischer Klientelismus.....	17
2.2.1.3. Endemische Korruption.....	18
2.2.2. Merkmale von „Failed-States“.....	19
2.3. Theoretische Aspekte des internationalen Konfliktmanagements.....	22
2.3.1. Die Entwicklung des internationalen Konfliktmanagements.....	22
2.3.2. Akteure im internationalen Konfliktmanagement.....	23
3. Der Transnistrien-Konflikt: von der Entstehung zum gegenwärtigen Stand.....	26
3.1. Historischer Überblick.....	26
3.2. Die Transformationsprozesse in Moldawien und Transnistrien.....	37
3.2.1. Moldawien.....	37
3.2.2. Transnistrien.....	42
3.3. Darstellung der komplexen Probleme.....	50
3.4. Die aktuelle politische Lage im Dnjestr-Gebiet.....	52
3.5. Besonderheit des Transnistrien-Konflikts.....	55
4. Interaktion der relevanten Akteure im Transnistrien-Konflikt.....	58
4.1. Die lokalen Akteure.....	58
4.1.1. Moldawien.....	58
4.1.2. Transnistrien.....	59
4.2. Die regionalen Akteure.....	60
4.2.1. Russland.....	60

4.2.2. Die Ukraine.....	61
4.2.3. Die Europäische Union.....	63
4.2.4. NATO.....	64
5. Europäische Nachbarschaftspolitik in Bezug auf das Transnistrien-Problem.....	66
6. Russland im Transnistrien-Konflikt.....	75
6.1. Außenpolitik Russlands im „nahen Ausland“.....	75
6.2. Die Militärpräsenz Russland.....	77
6.3. Die wirtschaftliche Präsenz Russlands.....	80
6.4. Die Interessenlage Russlands.....	81
7. Internationales Konfliktmanagement.....	85
7.1. Das militärische Konfliktmanagement.....	85
7.2. Das Lissabonner Dokument 1996 der OSZE.....	86
7.3. Das Istanbuler Dokument 1999 der OSZE.....	86
7.4. Der moldawisch-russische Freundschaftsvertrag 2001.....	87
7.5. Der Kozak-Plan 2003.....	88
7.6. Der Juschtschenko-Plan 2005.....	90
7.7. Das Meseberg-Memorandum 2010 und der Transnistrien-Konflikt im Kontext der EU-Russland-Beziehungen.....	91
8. Fazit.....	96
9. Literaturverzeichnis.....	100
9.1. Literaturquellen.....	100
9.2. Internetquellen.....	103
10. Anhang.....	110
10.1. Abstract.....	110
10.2. Lebenslauf.....	111

## **Abkürzungsverzeichnis**

AIE – Allianz für die Europäische Integration

BIP – Bruttoinlandsprodukt

BOMMOLUK – Improvement of Border Controls at the Moldovan-Ukrainian State Border

EU – Europäische Union

EUBAM – European Union Border Assistance Mission to Moldova and Ukraine

ENP – Europäische Nachbarschaftspolitik

GASP – Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

GUAM – Organization for Democracy and Economic Development (Georgia, Ukraine, Azerbaijan, Moldova)

GUS – Gemeinschaft unabhängiger Staaten

ITAR TASS – Information Telegraph Agency of Russia

KSZE – Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

MASSR – Moldauische Autonome Sozialistische Sowjetische Republik

MID – Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Russischen Föderation

MSSR – Moldauische Sozialistische Sowjetrepublik

NATO – North Atlantic Treaty Organization

NGO – Nichtregierungsorganisation

OSZE – Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

PFP – Partnership for Peace

PMR – Dnjestr Republik Moldova (Transnistrien)

PMSSR – Pridnestrovian Moldavian Soviet Socialist Republic

PRCM – Kommunistische Partei der Republik Moldau

RF – Russische Föderation

UdSSR – Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

UNO – Vereinte Nationen

## **Abbildungs- und Tabellenverzeichnis**

Abbildung 1: Die MASSR in der Zwischenkriegszeit.....	28
Abbildung 2: Transnistrien 1941-1944.....	29
Abbildung 3: Moldawien und Transnistrien nach dem Zusammenbruch der UdSSR.....	35
Abbildung 4: Der Dnjestr trennt Moldawien vom abtrünnigen Transnistrien.....	36
Tabelle 1: Transnistrien in der Wirtschaft der MSSR.....	31
Tabelle 2: Nationale Zusammensetzung der Moldawischen Kommunistischen Partei.....	32
Tabelle 3: Ethnische Struktur Moldawiens (ohne Transnistrien) 2004.....	38
Tabelle 4: Ethnische Struktur Transnistriens 2004.....	43

# 1. Einleitung

Nach dem Zusammenbruch der UdSSR begannen die Transformationsprozesse in den postsowjetischen Republiken. Die Transformationsreformen in der ehemaligen sowjetischen Republik Moldawien<sup>1</sup> haben dazu geführt, dass Moldawien heute zu den ärmsten Ländern Europas zählt und Züge eines „failed-State“ trägt. Eine der wichtigsten Ursache für den Fehlschlag der postsowjetischen Transformation Moldawiens ist der ungelöste Konflikt um die separatistische Region Transnistrien. Der Transnistrien-Konflikt gilt heute als Teilkonflikt einer größeren Transformationsproblematik im postsowjetischen Raum.

Transnistrien ist eine Region in Moldawien, die zur Gemeinschaft nicht anerkannter Staaten gehört, aber dennoch quasi unabhängig von der Regierung Moldawiens ist. Nach dem Zerfall der UdSSR erklärte Transnistrien (der auf dem östlichen Ufer des Dnjestr gelegene und überwiegend russischsprachige Teil Moldawiens) seine Unabhängigkeit. Der Transnistrien-Konflikt zwischen Moldawien und Transnistrien eskalierte 1992 und wurde durch den Einsatz russischer Militärs zugunsten transnistrischer Seite beendet. Der Sezessionskonflikt wurde jahrelang als „eingefrorener“ Konflikt bezeichnet, ohne Aussicht auf baldige Lösung.

Die vorliegende Arbeit verfolgt zwei Ziele:

- 1) durch die Analyse der Transformationsprozesse im Dnjestr-Gebiet<sup>2</sup> die Besonderheit des Konfliktes um Transnistrien festzustellen;
- 2) die internationalen Einflüsse auf den Transnistrien-Konflikt und internationales Konfliktmanagement im Dnjestr-Gebiet zu untersuchen.

Die untersuchungsleitenden Fragen lassen sich dabei wie folgt formulieren: Welche Mechanismen sind im Dnjestr-Gebiet am Werk, die den Konflikt konservieren und die Überlebensfähigkeit des De-facto-Staates sichern? Welche Interessen und Ziele haben die lokalen (Moldawien, Transnistrien) und regionalen Akteure (die EU, die Ukraine, Russland,

---

<sup>1</sup> In der Literatur werden verschiedene Bezeichnungen, vor allem „Moldawien“, „Moldau“ oder „Moldova“, verwendet. „Moldau“ ist die rumänische Bezeichnung für den Staat. „Moldova“ ist offizielle Selbstbezeichnung „Republica Moldova“. Der Begriff „Moldawien“ wird häufig in der wissenschaftlichen Literatur in deutscher Sprache und auch in Medien verwendet und geht auf die Diktion der Nationalsozialismus zurück, die solcherweise das damals rumänische Bessarabien im geheimen Zusatzprotokoll des Nicht-Angriffspaktes zwischen Hitler und Stalin bezeichnete.

Dementsprechend kommen in den Zitaten verschiedene Namen des Staates. In dieser Arbeit wird die Staatbezeichnung „Moldawien“ von der Autorin meistens verwendet.

<sup>2</sup> Territorium der ehemaligen Moldauischen Sozialistischen Sowjetrepublik (linke und rechte Seiten des Flusses Dnjestr)

NATO) in diesem Konflikt? Welche Rolle spielen die EU, mit dem Instrument der Europäischen Nachbarschaftspolitik, und Russland bei der Konfliktlösung? Welchen Einfluss hat das internationale Konfliktmanagement auf den Transnistrien-Konflikt?

Die Untersuchung ist aus politikwissenschaftlicher Sicht im Bereich der Osteuropastudien und der internationalen Beziehungen einzuordnen. Die Analyse konzentriert sich sowohl auf internationale als auch auf innere Dimension des Konflikts. Es handelt sich um die Besonderheit der Transformationsprozesse im Dnjesrt-Gebiet, um die Besonderheit und Überlebensfähigkeit dieses Konflikts zu verstehen; und um internationale Einflüsse auf den Konflikt bzw. um internationales Konfliktmanagement in dieser Region. Solcherweise besteht diese Masterarbeit aus zwei empirischen Teilen, die die erwähnten Forschungsfelder umfassen (Besonderheit des Konfliktes und der Entwicklung des Dnjestr-Gebiets; internationale Einflüsse und Konfliktmanagement).

Die vorliegende Arbeit bedient sich vor allem der qualitativen Methoden der empirischen Sozialforschung. Im dritten Kapitel, der sich mit der Besonderheit des Konfliktes, Transformationsfragen und mit dem Ablauf des Konflikts beschäftigt, werden vor allem solche Methoden wie Literaturanalyse und Auswertung der Umfragen, Daten, Statistik von Forschungsinstituten verwendet. In den weiteren Kapiteln, die sich mit der internationalen Dimensionen des Konflikts beschäftigen, werden sowohl die Aktionspläne, Memoranden, Abkommen und anderer offiziellen Dokumente bezüglich der Transnistrien-Problematik analysiert als auch die Reden und Interviews wichtiger Akteure im Konflikt ausgewertet.

Der Kapitel „Theoretische Deutungen“ besteht aus drei Teilen. Da die Analyse sich auch mit den inneren Dimensionen des Konfliktes und zwar mit der Besonderheit der Transformationsprozesse in der Region beschäftigt, sollen die Transformationsansätze im ersten Teil angewandt werden. Da sind die Ansätze von Wolfgang Merkel, Talcott Parsons, Martin Lipset relevant. Die „failed-States“-Theorien von Martin Malek und Hannes Wimmer stehen im Zentrum dieses Kapitel, die für die Erklärung innerstaatlichen Konflikten bedeutsam sind. Für die Analyse der internationalen Dimension des Konfliktes sind die theoretischen Grundlagen des internationalen Konfliktmanagements nötig. Sie werden in dem letzten Teil dieses Kapitels erläutert. Die Beiträge von Ahlbrecht Katrin, Bendiek Annegret, Meyer Reinhard, Wagner Sabine und Walter Feichtinger sind von großer Bedeutung.

Im nächsten Kapitel „Der Transnistrien-Konflikt: von der Entstehung zum gegenwärtigen Stand“ wird Überblick über die Geschichte und über den Ablauf des Konflikts gegeben.

Besondere Aufmerksamkeit wird der Darstellung der komplexen Probleme im Dnjestr-Gebiet geschenkt. Es geht vor allem um die ökonomischen, politischen, rechtlichen, soziokulturellen und militärischen Probleme in der Region, die heute die Konfliktlösung behindern. Um die Besonderheit des Konflikts und seine Überlebensfähigkeit zu verstehen, wird auch die Besonderheit der Transformationsprozesse in Moldawien und Transnistrien betrachtet.

Im vierten Abschnitt „Interaktion der relevanten Akteure im Transnistrien-Konflikt“ werden die Interaktionen der beteiligten Akteure analysiert. Dabei werden die Ziele und Interessen der lokalen (Moldawien und Transnistrien) und regionalen Akteure (die EU, die Ukraine, Russland, NATO) beschrieben.

Die Rolle der EU mit dem Instrument der Europäischen Nachbarschaftspolitik bei der Konfliktlösung wird im fünften Kapitel „Europäische Nachbarschaftspolitik in Bezug auf das Transnistrien-Problem“ dargestellt. Es wird besonders das EU-Engagement seit 2003 berücksichtigt. Weiterhin werden die Ziele und Probleme dieses EU-Engagements bestimmt. Im diesen Kapitel wird auch die Relevanz der EU-Grenzmission EUBAM (European Union Border Assistance Mission to Moldova and Ukraine) erkannt.

Über die Rolle und den Einfluss Russlands auf die Entwicklung des Dnjestr-Gebiets wird im Kapitel „Russland im Transnistrien-Konflikt“ eingegangen. Nicht zuletzt geht es dabei um die Definition der russischen Interessen im Kontext der Konfliktregelung sowie um solche Problemfelder wie die militärische und wirtschaftliche Präsenz Russlands im Dnjestr-Gebiet.

Im Kapitel „Internationales Konfliktmanagement“ wird eine Bilanz des bisherigen Engagements der regionalen Akteure im Konflikt gezogen. Die Konfliktlösungsversuche der EU, Russland, der Ukraine sowie die Gründe des Scheiterns dieser Versuche werden auch dargestellt. Es wird auch auf die Schlüsselprobleme in den ambivalenten Beziehungen zwischen relevanten Akteuren im Konfliktmanagement eingegangen.

Schlussendlich wird versucht werden, aus der analysierenden Darstellung die Forschungsfragen zu beantworten und die Ergebnisse der Forschung zusammenzufassen.

## 2. Theoretische Deutungen

Der theoretische Teil der vorliegenden Untersuchung besteht aus drei Teilen. Da die Analyse sich mit den inneren und den internationalen Dimensionen des Konflikts um Transnistrien beschäftigt, sind die Transformationsansätze, die „Failed-States“-Theorien und theoretische Aspekte des internationalen Konfliktmanagements von Bedeutung.

### 2.1. Transformationstheorien

Der Transformationsbegriff wird in der klassischen Transformationstheorie gebraucht, um den Übergang von autokratischen zu demokratischen Systemen zu bezeichnen.<sup>3</sup> In der vorliegenden Arbeit wird folgender Transformationsbegriff verwendet, weil er in Bezug auf die postsowjetische Transformation sinnvoller ist: „Transformationen sind offene, sich selbst organisierte Entwicklungen, die Neues und Eigenes zum Ergebnis haben.“<sup>4</sup>

Transformation bezieht sich vor allem auf das politische System. Ökonomische, soziale und kulturelle Bereiche werden auch umfasst, weil sie sich auch in Abhängigkeit von dem politischen System befindet. In dieser Hinsicht werden dann politische Systeme als Gesamtheit von Strukturen (Institutionen) und Regeln (Verfahren) verstanden, die „politische und gesellschaftliche Akteure (Parteien, Verbände, Organisationen) in regelgeleitete Interaktionsbeziehungen zueinander setzt.“<sup>5</sup> Wolfgang Merkel weist auf die fünf Herausforderungen hin, die ein politisches System bewältigen muss: die politische und gesellschaftliche Integration (Integrationskapazität); Ressourcenmobilisierung (Mobilisierungskapazität); die Aufrechterhaltung friedlich geregelter Beziehung am politischen Entscheidungsprozess (Partizipationskapazität); die Verteilung des Sozialproduktes durch wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen auch jenseits Marktes (Distributionskapazität).<sup>6</sup> Transformation liegt dann vor, wenn das politische System in einen

---

<sup>3</sup> Vgl. Merkel, Wolfgang (1999): Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. Leske+Büdrich, Opladen. S.75

<sup>4</sup> Vgl. Graf, Kilian (2010): Der Transnistrien-Konflikt: Produkt spätsowjetischer Verteilungskämpfe und Zerfallskonflikt der implodierten Sowjetunion. Disserta Verlag, Hamburg. S. 34

<sup>5</sup> Vgl. Ebenda. S.33

<sup>6</sup> Vgl. Merkel, Wolfgang (2010): Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. 2 überarb. und erweiterte Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaft, Wiesbaden. S. 23

neuen Typus übergeht.<sup>7</sup> Sie ist mit dem Demokratiebegriff verbunden, obwohl nicht jede Transformation zu einer Demokratie führen muss. In der Transformationsforschung ist zudem der Demokratiebegriff wenig theoretisch fundiert. Folgende Definition von Philippe Schmitter wird zugrunde gelegt: „Moderne politische Demokratie ist ein System, in dem die Machthabenden für ihre Handlungen im öffentlichen Bereich gegenüber ihren Bürgern verantwortlich sind, und die Bürger indirekt durch Wettbewerb und Kooperationen ihrer gewählten Repräsentanten Einfluss auf die Politik haben.“<sup>8</sup>

In der Transformationsforschung lassen sich vier Theorien darstellen: System-, Struktur-, Kultur- und Akteurstheorien. Diese Ansätze suchen die Ursachen, Erfolge und Misserfolge demokratischer Systemwechsel in unterschiedlichen sozialen Teilsystemen: die systemorientierten Modernisierungstheoretiker vor allem im Wirtschaft und Gesellschaft, die Strukturalisten im Staat und in den sozialen Klassen, die „Kulturalisten“ in Religion und Kultur sowie den daraus erwachsenen sozialen Interaktionsbeziehungen und die Akteurstheoretiker in den politischen Handlungssphäre.<sup>9</sup> Sie versuchen auch die Voraussetzungen von Demokratisierungsprozessen zu ermitteln. Im Folgenden sollen diese Theorien vorgestellt werden.

### **2.1.1. Systemtheorien**

Man unterscheidet soziologische Theorien und Modernisierungstheorien. Die soziologische Systemtheorie geht auf Talcott Parsons zurück und lässt sich die Entwicklung von traditionellen zu modernen Gesellschaften als die Ausdifferenzierung von sozialen Teilsystemen beschreiben: Ausgehend von der industriellen Revolution setzt sich die Differenzierung von Ökonomie und politischer Herrschaft, politischen System und ziviler Gesellschaft durch. In diesem Differenzierungsprozess hat sich die Grundstruktur moderner Gesellschaften herausgebildet.<sup>10</sup> In den realsozialistischen Ländern wurde die Ausdifferenzierung der Teilsysteme zum Zweck der Herrschaftskontrolle durch den Apparat

---

<sup>7</sup> Vgl. Graf, Kilian (2010): Der Transnistrien-Konflikt: Produkt spätsowjetischer Verteilungskämpfe und Zerfallskonflikt der implodierten Sowjetunion. S. 33

<sup>8</sup> Schmitter, Philippe/ Karl, Terry Lynn (1995): What Democracy is...and is not. In: Pridham, Geoffrey (Hrsg.) (1995): Transitions to Democracy: Comparative Perspectives from Southern Europe, Latin America und Eastern Europe. Aldershot, Brookfield, USA/ Singapore/ Sydney. S.4. Zitiert nach: Graf, Kilian (2010): Der Transnistrien-Konflikt: Produkt spätsowjetischer Verteilungskämpfe und Zerfallskonflikt der implodierten Sowjetunion. S. 35

<sup>9</sup> Vgl. Merkel, Wolfgang (2010): Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. S. 67

<sup>10</sup> Vgl. Ebenda. S. 68-69

der Kommunistischen Parteien unterdrückt, deswegen konnten sich die notwendige für Stabilisierung Universalien wie Marktorganisationen, demokratische Rechtssysteme und freie Wahlen nicht herausbilden. Laut Parsons führten die autokratischen Herrschaftsformen in Osteuropa „zu einer totalitären politischen Durchdringung der Gesellschaft, die dadurch nicht in der Lage war, ausreichende Legitimation aus der Gesellschaft für die politische Herrschaftsform zuzuführen.“<sup>11</sup>

Aufbauend auf diesen grundsätzlichen Überlegungen von Talcott Parsons wurde der modernisierungstheoretische Ansatz von Martin Lipset formuliert. Der Ansatz orientiert sich auf Demokratieforschung. Er benannte die klare Wechselbeziehung zwischen der sozioökonomischen Entwicklungsstufe und der Demokratiefähigkeit einer Gesellschaft und zwar, dass die wirtschaftliche Entwicklung die wichtigste Erfolgsbedingung einer gelungenen Demokratie ist. Das wirtschaftliche Entwicklungsniveau (gemessen am Bruttoinlandsprodukt) wird als die wichtigste einzelne Variable zur Erklärung des Demokratisierungsgrades eines Landes angesehen.<sup>12</sup> Nach den vielen statistischen Überprüfungen wurde festgestellt, dass sich das Demokratisierungspotenzial von Gesellschaft nicht monokausal erklären lässt. In dieser Hinsicht betont Graf Kilian in seiner Dissertation „Der Transnistrien-Konflikt: Produkt spätsowjetischer Verteilungskämpfe und Zerfallskonflikt der implodierten Sowjetunion“: „Anhand der Modernisierungstheorie ließe sich also in Bezug auf Osteuropa die Hoffnung festhalten, dass je höher das Wohlstandsniveau in den Transformationsländern steigt, desto höher wird auch das Bildungsniveau steigen und in der Folge auch die demokratische Ausgestaltung des Staatswesens.“<sup>13</sup>

### **2.1.2. Strukturtheorien**

Die strukturalistische Transformationsforschung betont die sozio- und machtstrukturellen Zwänge, denen politische Transformationsprozesse unterliegen. Der Erfolg oder Misserfolg der Demokratisierungsprozesse wird vor allem als Resultat langfristiger Verschiebungen in den Machtstrukturen einer Gesellschaft angesehen. In diesem Sinne erscheint die Demokratie hier als mögliches Ergebnis von Veränderungen des Verhältnisses zwischen den sozialen

---

<sup>11</sup> Vgl. Graf, Kilian (2010): Der Transnistrien-Konflikt: Produkt spätsowjetischer Verteilungskämpfe und Zerfallskonflikt der implodierten Sowjetunion. S.38

<sup>12</sup> Vgl. Merkel, Wolfgang (2010): Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. S.70-71

<sup>13</sup> Vgl. Graf, Kilian (2010): Der Transnistrien-Konflikt: Produkt spätsowjetischer Verteilungskämpfe und Zerfallskonflikt der implodierten Sowjetunion. S.39

Klassen einer Gesellschaft und der Durchsetzung ihrer Interessen. Aus strukturalistischer Perspektive gibt es fünf Faktoren, von denen die Etablierung der Demokratie abhängt: die Machtverteilung innerhalb der Eliten; die ökonomische Basis der agrarischen Oberschicht; die Konstellation von Klassenkoalitionen; die Machtverteilung zwischen den sozialen Klassen; die Autonomie des Staates gegenüber den dominanten Klassen.<sup>14</sup>

Das Wirtschaftsbürgertum wird als treibende gesellschaftliche Kraft genannt. Die Stellung des Wirtschaftsbürgertums als kraftvolle Klasse ist die wichtigste Voraussetzung für die Demokratie.

Auch sowohl die Klassenstrukturen als auch das Machtverhältnis zwischen Staat und Zivilgesellschaft beeinflussen auch die Chancen zur Etablierung einer Demokratie.

Die Strukturtheorie lässt sich auch durch die Machtressourcenansätze ergänzen: je breiter die Streuung der Machtressourcen in einer Gesellschaft, umso höher ist deren Demokratisierungsgrad. Demokratie entsteht demzufolge als rationaler Kompromiss zwischen den Eliten und Gruppen einer Gesellschaft.<sup>15</sup>

Solcher Weise betonen die Strukturtheorien auch die Bedeutung der Machtbeziehungen zwischen den sozialen Klassen und erfassen die Verteilung von Machtressourcen in einer Gesellschaft. Damit deuten sie auch sozialen und politischen Machtkonstellationen in Bezug auf Demokratisierungschancen. Wolfgang Merkel hebt hervor, dass „die Komplexität der Interessenlagen innerhalb sozialer Großklassen von den strukturalistischen Ansätzen“<sup>16</sup> trotz der Einsichten in den Machtstrukturen von Staat und Gesellschaft unterschätzt wird, weil soziale Klassen nicht automatisch einheitlich handelnde kollektive Akteure sind.

### **2.1.3. Kulturtheorien**

Die religiös-kulturelle Traditionsbestände haben große Bedeutung für die Analyse der Voraussetzungen und Hindernisse der Transformation, weil sie sich anders als politische Institutionen und selbst noch gesellschaftliche Strukturen einer kurzfristigen intendierten Veränderung entziehen. Wolfgang Merkel legt Betonung auf zwei kulturellen Aspekten, die

---

<sup>14</sup> Vgl. Merkel, Wolfgang (2010): Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, S. 76-77

<sup>15</sup> Vgl. Ebenda. S. 78-79

<sup>16</sup> Vgl. Ebenda. S. 79

der religiösen Prägung der Kultur die Demokratiefähigkeit einer Gesellschaft beeinflussen: religiös-kulturelle Zivilisationstypen und „soziales Kapital“. Eine religiöse Kultur behindert die Verbreitung demokratiestützender Normen und versagt den demokratischen Institutionen die demokratische Legitimation.<sup>17</sup> Daher wird die Demokratisierung von Staat und Gesellschaft belastet. Wenn auch die historische Entwicklung der westlichen Demokratien diese These partiell stützt, scheinen die Beispiele asiatischer Demokratie und christlich-orthodoxer Gesellschaften, die sich demokratisch verfassung haben, diese These in den Augen Wolfgang Merkels zu widerlegen.<sup>18</sup> Wie Graf Kilian bemerkt, bleibt es jedoch unklar, inwiefern es sich bei Moldawien und Transnistrien um vorwiegend christlich-orthodoxe Gesellschaften oder um postsozialistische Gesellschaften handelt.<sup>19</sup>

Neben den religiösen Kulturen spielt auch „soziales Kapital“, zu dem gesellschaftliche Werte, soziale Traditionen und historische Erfahrungen von Gemeinschaft und Kooperation zählen, eine wichtige Rolle. Je mehr „soziales Kapital“ in einer Gesellschaft angesammelt wurde, umso eher kann erwartet werden, dass autokratische Systeme nicht überleben und demokratische Ordnungen sich konsolidieren können.<sup>20</sup>

Die formalen politischen Institutionen sind allein und auch nicht genug institutionalisiert, „wenn ihnen die angemessene gesellschaftliche Unterfütterung durch eine demokratiefreundliche Zivilkultur fehlt.“<sup>21</sup> Durch sowjetische mentale Altlasten unterstützte Denkschranken können als zentrales Transformationshindernis auf dem postsowjetischen Raum gelten.

#### **2.1.4. Akteurstheorien**

Die Akteurstheorien verzichten darauf, Voraussetzungen von Demokratieprozessen zu ermitteln. Vielmehr verfolgen sie das Ziel, Prozesse der Demokratisierung zu erfassen, indem Akteurstheorien auf der Mikroebene der handelnden Akteure ansetzen und aus der

---

<sup>17</sup> Vgl. Merkel, Wolfgang (2010): Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. S.79

<sup>18</sup> Vgl. Ebenda. S. 80

<sup>19</sup> Vgl. Graf, Kilian (2010): Der Transnistrien-Konflikt: Produkt spätsowjetischer Verteilungskämpfe und Zerfallskonflikt der implodierten Sowjetunion. S. 42

<sup>20</sup> Vgl. Merkel, Wolfgang (2010): Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. S. 83-84

<sup>21</sup> Vgl. Ebenda. S.83

Betrachtung im Vergleich verschiedener Fälle Aussagen über typische Probleme abzuleiten.<sup>22</sup> Dadurch können sie die statistische Betrachtung der Voraussetzungen und Hindernisse der Demokratisierung überwinden.

Akteurstheorien unterscheiden sich aufgrund ihrer Ausgangsprämisse und der Bedeutung, die diesen individuellen Kosten-Nutzen-Kalkülen der relevanten Akteure beimessen. Da sind zwei Strömungen relevant: die deskriptiv-empirische Strömung und der deduktiv vorgehende Rational-Choice-Ansatz.<sup>23</sup> Die Ergebnisse deskriptiv-empirischer Strömung in der Transformationsforschung beschreiben vor allem die Akteurskonstellation und die politische Handlungen. Die Liberalisierung des autoritären Regimes wird als Produkt vielschichtiger Veränderungen innerhalb des Herrschaftsblocks dargestellt. Dagegen wird die Liberalisierung aus den akteurstheoretischen Rational-Choice-Perspektiven vielmehr als Abfolge wechselnder strategischer Situation gesehen, die spieltheoretisch gelöst werden können. Jede dieser Situationen ist durch die Konfiguration bestimmter politischer Kräfte mit unterschiedlichen Interessen gekennzeichnet. Das Prognosepotenzial akteurstheoretischer Rational-Choice-Ansätze besteht darin, dass mit spieltheoretischen Modellen die rationalen Kooperationen, Koalitionen, auch Konflikte der beteiligten Akteure herausgearbeitet und erklärt werden können.<sup>24</sup>

Aus der Darstellung der Transformationstheorien geht es hervor, dass sie nicht in pragmatischen Konkurrenz zueinander stehen, sondern dass sie anschließbar sind. In vorliegender Arbeit werden vor allem System- und Akteurstheorien zur Erklärung der Transformationsprozesse verwendet.

## **2.2. „Failed-States“-Theorien**

Es wird oft auf den Zusammenhang zwischen den „schwachen Staat“ bzw. „failed-state“-Theorien und den Theorien des „Neopatrimonialismus“ hingewiesen, weil sie denselben Gegenstand im Sinne Max Webers - Beziehungen zwischen Herrscher und Beherrschten durch den Verwaltungsapparat - haben.

---

<sup>22</sup> Vgl. Graf, Kilian (2010): Der Transnistrien-Konflikt: Produkt spätsowjetischer Verteilungskämpfe und Zerfallskonflikt der implodierten Sowjetunion. S. 43

<sup>23</sup> Vgl. Merkel, Wolfgang (2010): Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. S. 84-85

<sup>24</sup> Vgl. Ebenda. S. 86-87

### 2.2.1. Neopatrimonialismus

Der Begriff schließt an den Idealtypus der traditionellen Herrschaft. Patrimoniale Herrschaft beruht auf Großgrundbesitz und auf dem Besitz von Herrschaftsrechten über „Land und Leute“, die im Wesentlichen an militärischen Pflichten und an die „Ämter“ anschließen. Das Volk im Lande ist entpolitisiert und wird von der herrschenden Schicht als Objekt der Ausbeutung gesehen. Eine Politik der „sozialen Wohlstand“ gibt es nicht, sofern sie nicht der Herrscher befiehlt. Dennoch glaubt das Volk an die Rechtmäßigkeit der Herrscher, weil „es immer so gewesen ist.“<sup>25</sup>

Max Weber hebt folgende Merkmale der patrimonialen Verwaltung hervor<sup>26</sup>:

- Rekrutierung: der Herrscher rekrutiert sein Verwaltungspersonal meistens aus seinen Hausunterworfenen, da er ihnen mehr als anderen vertrauen kann. So wird die Verwaltung aus den ökonomisch mächtigsten „Häusern“ des Landes rekrutiert. Danach erwächst die ständische Anschließung dieser Beamten vom übrigen Volk;
- fehlende Trennung von „privater“ und „amtlicher“ Sphäre: was sich der Beamter aneignen darf, hängt von der Toleranz der Herrscher ab;
- Fehlen fester Kompetenzen: es fehlt die objektive Ordnung und die auf unpersönliche Zwecke ausgerichtete Sachlichkeit des bürokratischen Staatsleben;
- die materielle Versorgung der Beamten: erfolgt meistens über Anweisungen auf bestimmte Einkünfte, die der Beamte für seine Amtshandlungen zu erwarten hat;
- Verselbständigung der Verwaltung und Aneignung des Amtes durch die Beamten: es geht um die Sicherung des wirtschaftlichen Interesses des Verwaltungspersonals und dessen Bestreben zur Abschließung gegenüber Einflüssen von außen.

Es wird dieses Modell des „patrimonialen Staates“ Max Webers von den vielen Wissenschaftlern wieder aufgegriffen, weil sie in der Empirie vieler Entwicklungsländer die Ähnlichkeiten fanden.<sup>27</sup>

---

<sup>25</sup> Vgl. Wimmer, Hannes (2000): Die Modernisierung politischer Systeme: Staat, Partei, Öffentlichkeit. Böhlau, Wien. S. 117-119

<sup>26</sup> Vgl. Breuer, Stefan (1991): Max Webers Herrschaftssoziologie. Campus Verlag, Frankfurt am Main/ New York. S.81-90

<sup>27</sup> Sieh Wimmer; Günther Roth (1987): Politische Herrschaft und persönliche Freiheit. Suhrkamp, Frankfurt am Main

Hannes Wimmer versteht unter dem „Neopatrimonialismus“ ein politisches System, in welchem „personal Rule“, klientelistische Politik und endemische Korruption kombiniert sind.<sup>28</sup>

### **2.2.1.1. Personal Rule**

Ein wichtiges Strukturmerkmal des neopatrimonialen Systems ist „personal Rule“. Unter dem Begriff „personal Rule“ versteht man hochpersonalisierte und autokratischen Charakter der Staatsführung.<sup>29</sup> „Personal Rule“ zielt sich darauf ab, die bestehenden staatlichen Institutionen zu unterminieren oder den Aufbau von ihnen zu behindern. Die politische Sphäre wird personalisiert. Sie wird „Sache des großen Vorsitzenden oder des Präsidenten und wird in der weiteren Folge abhängig von einem undurchsichtigen Netzwerk informeller, rein persönlicher Beziehungen.“<sup>30</sup> Die formal existierenden Institutionen werden unter „personal Rule“ zur bloßen Fassade degeneriert.

Das Staatsoberhaupt oder der Herrscher kennt im Prinzip keine Einschränkungen ihrer Machtbefugnisse und kann alle Entscheidungen an sich ziehen. In diesem Fall gibt es keine Art umbeschriebene Kompetenzverteilungen zwischen sogenannten Staatsorganen. Die Dauerpolitisierung solcher Bereiche wie Militär oder Justiz ist die Folge des Intervenierens der Staatsführung in diese Bereiche. Die professionelle Spezifik dieser Institutionen verliert sich schrittweise, sofern sie überhaupt ausgebildet worden waren. Das Niveau solcher Institutionalisierung ist generell niedrig.<sup>31</sup>

### **2.2.1.2. Politischer Klientelismus**

Bei der Besetzung der Ministerposten spielt wichtige Rolle nicht Qualifikation sondern „gute Beziehungen“ zum Präsidenten, die Startchancen für eine Karriere gewaltig erhöhen. Klientelistischer Politik liegt das Prinzip zugrunde, dass Loyalität des Herrschers wichtiger als Qualifikation des Bewerbers für ein Amt ist.

---

<sup>28</sup> Vgl. Wimmer, Hannes (2000): Die Modernisierung politischer Systeme: Staat, Partei, Öffentlichkeit. S. 126

<sup>29</sup> Vgl. Ebenda. S. 126-127

<sup>30</sup> Vgl. Ebenda. S. 128

<sup>31</sup> Vgl. Ebenda. S. 130

Der Präsident beherrscht die klientelistische Politik und weiß um die jeweils eigene „Hausmachtspolitik“ seiner Minister. Es wird auch betont, dass der Präsident zum Mittel der Begrenzung der Amtszeiten greifen kann, um den Gefahren zu großer Hausmacht einzelner Minister zuvorzukommen. Hannes Wimmer beschreibt die negativen Folgen, die diese Begrenzung der Amtszeiten im neopatrimonialen Systemen mitbringen kann, folgendermaßen: „Erstens verursacht es in der Bürokratie allgemeine Verunsicherung; die Schützlinge sind ständig auf der Suche nach Patronen und natürlich kosten diese Aktivitäten Zeit und Energie. Zweitens entsteht ein Dauerdefizit im Hinblick auf eine effektive und effiziente Führung der Ministerien: kaum ist ein Minister in sein Ressort eingearbeitet, wird er schon wieder absetzt. Drittens ist dies eine der Ursachen für den wachsenden Personalbestand des Staatsapparates, denn jeder neue Minister bringt seine Klientel mit.“<sup>32</sup>

Wenn man den Politischen Klientelismus in der Beziehung des Staates zu den Bürgern betrachtet, bemerkt man, dass Patronagestrukturen den Bereich der politischen Partizipation auch beherrschen. Bei den Wahlen treten klientelistische Patronageapparate gegenüber an. Tatsächlich handelt es sich um opportunistische Gruppen von Klienten, die sich um mächtige Patrone geschart haben. Am besten prosperiert der politische Klientelismus in den Einparteiensystemen, in dem die Staatspartei ein Monopol besitzt.<sup>33</sup>

Politischer Klientelismus wertet auch die Gesetzgebung ab und die Regel ist das Regieren per Dekret bzw. das Registrierenlassen derselben durch handverlesene „Parlamentarier“.<sup>34</sup>

### **2.2.1.3. Endemische Korruption**

Die Korruption wird als die Ausnutzung bestimmter rechtlicher Regelungen zu privatem Vorteil, ohne Regelverstoß zu begehen, definiert. Die neopatrimonialen Systeme sind durch Korruption gekennzeichnet, die auch endemisch geworden ist. Die Korruption wird „normalisiert“, dass niemand vor Sanktionen Angst zu haben braucht. Sie wird sogar manchmal offiziell in die staatlichen Planungen einbezogen.<sup>35</sup>

---

<sup>32</sup> Vgl. Wimmer, Hannes (2000): Die Modernisierung politischer Systeme: Staat, Partei, Öffentlichkeit. S. 132-133

<sup>33</sup> Vgl. Ebenda. S. 134-135

<sup>34</sup> Vgl. Ebenda. S.135

<sup>35</sup> Vgl. Ebenda. S. 137-146

Solcherweise ist der Neopatrimonialismus ein ziemlich flexibles System, das auch in angeblichen Demokratien zu finden ist.

### 2.2.2. Merkmale von „Failed-States“

Die Prozesse der Zerrüttung der staatlichen Institutionen werden oft mit dem Begriff „state failing“ bezeichnet. In der Literatur finden sich auch solche Begriffe wie „Quasi-Staaten“, „Pseudo-Staaten“, „fragile Staaten“, „schwache Staaten“, „failed-State“. Bei diesem Typ der Staaten handelt sich um Staaten, bei denen das staatlich Gewaltmonopol und die Gewährleistung von Sicherheit beschädigt sind, während sie noch eine gewisse Steuerungsfähigkeit besitzen.<sup>36</sup>

Man benennt verschiedenen Ursachen und Hintergründe des Zerfalls staatlicher Institutionen in den schwachen Staaten. Jedoch stellt Martin Malek in der Darstellung „Restjugoslawien, Moldova, Afghanistan und die Erklärungsreichweite von „failed-states“-Theorien“ die Einigkeit fest, dass eine der wichtigsten Folgen aus der starken Zunahmen der Bedeutung pseudostaatlicher Akteure im jeweiligen Konfliktgeschehen besteht.<sup>37</sup> Die grundlegenden Ursachen, die für den Zerfall staatlicher Institutionen festgestellt werden: Korruption, Verteilungskämpfe um Ressourcen, soziale Disparitäten, Zusammenbrechen eines umfassenden staatlichen Versorgungssystems usw.<sup>38</sup> Staatszerfall beginnt meist mit der Korruption. Korruption ist unter den Eliten vorherrschend. Die Bildung von manifestem Widerstand gegen eine Art von Korruption gilt als Indikator für den einsetzenden Staatszerfall. Institutionen können an sich stark sein, ihre Beamten aber korrupt. Mit steigender Korruption der Eliten zugunsten individueller Ziele sinkt die Legitimation und geht damit eine zunehmende Dysfunktionalität von Institutionen einher.<sup>39</sup>

„Failed-States“ oder schwache Staaten sind auf ihrem Territorium nicht souverän. Die innere Souveränität ist oft beschädigt und vermag auf seinem Staatsgebiet keine Sicherheit

---

<sup>36</sup> Vgl. Schnekenner, Ulrich (Hrsg.) (2004): States at Risk: fragile Staaten als Sicherheits- und Entwicklungsproblem, SWP-Studie, Berlin, S. 16: [http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2004\\_S43\\_skr\\_ks.pdf](http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2004_S43_skr_ks.pdf), eingesehen am 26.12.2012

<sup>37</sup> Vgl. Malek, Martin (2006): Restjugoslawien, Moldova, Afghanistan und die Erklärungsreichweite von „failed-states“-Theorien. In: Feichtinger, Walter/ Jurekovic, Pregrad (Hrsg.) (2006): Internationales Konfliktmanagement im Fokus: Kosovo, Moldova und Afghanistan im kritischen Vergleich. Nomos, Baden-Baden. S. 53

<sup>38</sup> Vgl. Troy, Jodok (2007): Staatszerfall: Ursachen- Charakteristika- Auswirkungen. LIT Politikwissenschaft, Wien. S. 46

<sup>39</sup> Vgl. Ebenda. S. 46

herzustellen. De facto ist der Staat auf seinem Territorium keine höchste Entscheidungsgewalt und hat kein Monopol auf Entscheidungen in politischen Existenzfragen. So ist der Staat auch unfähig, die Tätigkeit nichtstaatlicher Akteure zu kontrollieren und die Grenzen ihrer Handlungen zu bestimmen.<sup>40</sup>

Die schwachen Staaten scheitern auch gegenüber Demokratien, weil sie ihren Bürgern Mitbestimmungsrechte verweigern. Der Grad an Legitimität bei der Bevölkerung ist niedrig. Da der Staat wenig politische Güter hat, kann er die Sicherheit seinen Bürgern nicht garantieren.

Die Basisaufgabe eines Staates ist sein Territorium zu überwachen. Die meisten schwachen Staaten sind doch nicht in der Lage, Gebiete an der Peripherie zu überwachen, weil sie unter der Kontrolle der Separatisten oder Nachbarstaaten sind. Die Kontrolle der Regierung beschränkt sich oft auf die Hauptstadt oder ethnisch spezifizierte Gebiete.<sup>41</sup> Der Verlust staatlicher Kontrolle über Grenze trägt dazu bei, dass der Staat nicht normal funktionieren kann.

Schwache Staaten leiden an einer nicht erreichten Steuerungsfähigkeit zentraler gesellschaftlicher Prozesse durch ihre Institutionen. In solchen Staaten funktioniert nur die Exekutive. Das Funktionieren der Legislative ist oft erschwert und die Judikative ist korrupt. So können die Bürger nicht auf die Gerichte hoffen.<sup>42</sup>

Ein hohes Niveau von Korruption und Kriminalität ist auch ein wichtiges Merkmal der schwachen Staaten. Die begrenzte Handlungsfähigkeit der Machthaber führt oft zur Etablierung quasi-staatlicher oder krimineller Strukturen, die sich der staatlichen Kontrolle entziehen. Das Festsetzen krimineller Netzwerke kann von Regime auch bewusst geduldet werden. Schwache Staaten eröffnen der Kriminalität gute Handlungsmöglichkeiten und umfangreiches Tätigkeitsfeld: Waffen-, Drogen-, Menschenhandel und Schmuggelgeschäfte.<sup>43</sup>

---

<sup>40</sup> Vgl. Malek, Martin (2006): Restjugoslawien, Moldova, Afghanistan und die Erklärungsreichweite von „failed-states“-Theorien. S. 54

<sup>41</sup> Vgl. Ebenda. S. 56

<sup>42</sup> Vgl. Ebenda. S. 57

<sup>43</sup> Vgl. Feichtinger, Walter (2006): Konfliktprävention und Krisenmanagement – ein sicherheitspolitisches Paradigma im 21. Jahrhundert. In: Feichtinger, Walter/ Jurekovic, Pregrad (Hrsg.) (2006): Internationales Konfliktmanagement im Fokus: Kosovo, Moldova und Afghanistan im kritischen Vergleich. Nomos, Baden-Baden. S. 34-35

Die ökonomisch relevanten Aufgaben werden in „failed-States“ nicht erfüllt. Die Bürger leiden an fehlender Versorgung der Gesellschaft mit öffentlichen Gütern. Wie Martin Malek behauptet, können schwache Staaten auch „die Ordnungsfunktion des Staates für die Wirtschaftspolitik wegen des völligen oder teilweisen Ausfalls der Rechtsordnung und des staatlichen Gewaltmonopols nicht oder nur unzureichend wahrnehmen. Damit aber steht eine klare Ordnung der Verfügung über Eigentum und seiner stabilen und friedlichen Übertragung in Frage.“<sup>44</sup> Der Staat ist unfähig staatliches und privates Eigentum zu schützen und die Bürger müssen sich selbst darum bemühen. Fehlende Sicherheiten in allen Bereichen des Lebens tragen dazu bei, dass die Anzahl der Flüchtlingen und Arbeitsemigranten immer größer wird.

Schwache Staaten leiden an Mangel an qualifiziertem Verwaltungspersonal. Wenn auch ausgebildete Personen im schwachen Staat vorhanden sind, führt die häufige Auswahl nach Klientelverhältnissen. Die Bürokratie ist eine Eigenschaft von schwachen Staaten. Dementsprechend sind solche Staaten oft in Patronagebeziehungen eingebunden. Die Machtgruppen benutzen den Staat, um ihre Privatinteressen gegenüber gemeinwohlorientierten Entscheidungen durchzusetzen. Man bezeichnet die Herrschaftsform solcher Staaten auch als Neopatrimonialismus.

Schwache Staaten stellen ein komplexes Sicherheitsrisiko dar und versetzen das internationale System in Handlungszwang. Walter Feichtinger weist auf folgende Gefahren hin, die von den schwachen Staaten ausgehen: eine Gefahr für den Frieden und die Stabilität innerhalb ihres Souveränitätsgebietes; durch die Möglichkeit des Überschwappens in die angrenzende Region eine Gefahr für internationale Sicherheit; ein potenzielles Ausbildungs- und Rückzugsgebiet für Terroristen und Widerstandskämpfer; eine ideale Basis für die Etablierung krimineller Elemente; eine Gefahr für die gesamte Bevölkerung, die sich zu einer humanitären Katastrophe entwickeln könnte.<sup>45</sup> Solcherweise bildet erwähntes Potenzialrisiko schwacher Staaten die Herausforderungen an internationales Krisenmanagement bzw. Konfliktmanagement.

---

<sup>44</sup> Vgl. Malek, Martin (2006): Restjugoslawien, Moldova, Afghanistan und die Erklärungsreichweite von „failed-states“-Theorien. S.60

<sup>45</sup> Vgl.Ebenda. S. 36

## **2. 3. Theoretische Aspekte des internationalen Konfliktmanagements**

### **2.3.1. Die Entwicklung des internationalen Konfliktmanagements**

Die Zahl der bewaffneten Konflikte wurde nach der Auflösung der sicherheitspolitischen Ordnung des Kalten Krieges gestiegen. Diese Konflikte waren oft innerstaatliche Auseinandersetzungen. Die Ziele der Akteure innerstaatlicher Konflikte sind unterschiedlich: die Staatmacht zielt immer auf Status Quo ab und lehnt alle möglichen Veränderungen ab; nichtstaatliche Akteure fordern hauptsächlich Machtbeteiligung, Autonomie oder Unabhängigkeit. Darüber hinaus etablieren sich vermehrt Akteure, die aus der Schwäche eines Staates profitieren wollen. Diese Bestrebungen werden auch oft durch den fehlenden konstruktiven Dialog mit dem Regime nur begünstigt.

Laut UNO-Charta sind die Konflikte friedlich zu regeln. Nach Kapitel VII der UNO-Satzung kann Gewalt nur in Ausnahmefällen der Selbstverteidigung, der Wahrung oder der Wiederherstellung des Weltfriedens angewendet.<sup>46</sup> Dafür stehen sowohl nichtmilitärische als auch militärische Möglichkeiten zur Verfügung. Die wichtigste Aufgabe des internationalen Konfliktmanagements einen Doppelmechanismus zu schaffen, der Maßnahmen der Konfliktprävention präferiert dazu aber militärisches Engagement vorsieht.<sup>47</sup>

Die militärische Intervention ist notwendig, wenn friedliche Mittel zur Konfliktbewältigung versagen. Sie ist eine militärische Operation mit dem Ziel, den Frieden wieder herzustellen. Nachdem die Etappe eines bewaffneten Krieges durch solche Intervention am Ende kommt, wird das sogenannte Peacekeeping eingesetzt. In dieser Transformationsphase soll die Trennung der Konfliktparteien und ein Waffenstillstandsabkommen erreicht werden. Peacebuilding schließt an den Prozess der Herstellung eines Minimums an physischer Sicherheit und Stabilität an bzw. startet dazu, mit dem Ziel, Staat und Gesellschaft eine nachhaltig gewaltfreie Austragung von Konflikten zu eröffnen.<sup>48</sup> Zu den Peacekeeping-Aufgaben gehören auch humanitäre Maßnahmen, die Einwaffnung der Konfliktparteien, die Überwachung der Zerstörung von Kriegsgerät.

Danach beginnt Post Konflikt Peacebuilding, das das Ziel verfolgt, in ehemaligen Konfliktgebieten solche ökonomischen, politischen und interethnischen Verhältnisse zu

---

<sup>46</sup> Vgl. Feichtinger, Walter (2006): Konfliktprävention und Krisenmanagement – ein sicherheitspolitisches Paradigma im 21. Jahrhundert. S. 15

<sup>47</sup> Vgl. Ebenda. S. 16

<sup>48</sup> Vgl. Werther-Pietsch, Ursula (Hrsg.) (2012): Failed States- Staatsaufbau als Konfliktprävention. Berliner Wiss.-Verlag, Berlin. S. 28

schaffen, um eine bewaffnete Phase des Konflikts in der Zukunft zu vermeiden und die Konfliktparteien zu „versöhnen“.<sup>49</sup> Wenn diese Ziele erreicht sind, beginnt der Prozess des Aufbaus von einem funktionierenden Staatswesen mit handlungsfähigen Institutionen. Die zentrale Herausforderung im internationalen Konfliktmanagement besteht darin, dass der Prozess der „Statebuilding“ auf demokratischen, rechtsstaatlichen Prinzipien und Mechanismen basiert.<sup>50</sup>

Man unterscheidet vier Handlungsmöglichkeiten im internationalen Konfliktmanagement gegenüber schwachen Staaten: Nicht-Engagement bzw. bewusste Passivität; Ausüben von Einfluss und Druck auf die lokalen Kräfte; Androhung und Einsatz von Zwangsmittel; Übernahme staatlicher Aufgaben im Form von Protektoratkonstruktionen.<sup>51</sup> In der Realität werden diese Optionen oft gemischt. Die beiden ersten Optionen stellen die günstigeren Lösungen dar, weil die Androhung von Zwangsmittel Vorbereitungen und einen teuren Aufwand erfordert. Außerdem bringt die Übernahme von staatlichen Aufgaben in einem Interventionsraum die Gefahr, immer tiefer im Konflikt eingezogen zu werden.

Walter Feichtinger nennt drei Optionen für die intervenierenden Kräfte im Konflikt: eine Besetzung des Landes mit Übernahme aller daraus resultierenden völkerrechtlichen Verpflichtungen; die Einrichtung eines Protektorates; die Installierung lokaler Kräfte, die mit externer Hilfe die Staatsaufgaben übernehmen.<sup>52</sup>

### **2.3.2. Akteure im internationalen Konfliktmanagement**

Um Frieden und Stabilität bemühen sich heute zahlreiche staatliche und nichtstaatliche Akteure. Zentrale Akteure sind die Akteure der Staatenebene: einzelne Staaten und ihre Regierungen, Staatenzusammenschlüsse, internationale und regionale Organisationen. Nationale und internationale nichtstaatliche Akteure wie Nichtregierungsorganisationen, Forschungsinstitute, kirchliche Organisationen und Individuen können auch aktiv werden.

---

<sup>49</sup> Vgl. Feichtinger, Walter (2006): Konfliktprävention und Krisenmanagement – ein sicherheitspolitisches Paradigma im 21. Jahrhundert. S. 16-17

<sup>50</sup> Vgl. Feichtinger, Walter (2006): Konfliktprävention und Krisenmanagement – ein sicherheitspolitisches Paradigma im 21. Jahrhundert S. 19

<sup>51</sup> Vgl. Ebenda. S. 22

<sup>52</sup> Vgl. Ebenda. S. 23

Daneben gibt es Mischformen wie z. B. Einrichtungen der Wissenschaft oder der Entwicklungszusammenarbeit, die vom Staat finanziert werden, ihre Ziele und Maßnahmen aber weitgehend unabhängig von ihren staatlichen Geldgebern festlegen können.<sup>53</sup>

Man unterscheidet drei verschiedene Führungsebenen der Akteure im internationalen Konfliktmanagement. Die erste obere Führungsebene besteht aus staatlichen Akteuren. Akteure dieser Ebene können auf verschiedene Art und Weise im Konflikt intervenieren. Sie können sowohl als Drittparteien gute Dienste leisten als auch Verhandlungen zwischen Konfliktparteien durch einen Verhandlungsführer leiten oder auch Machtmittel mobilisieren.<sup>54</sup>

Die mittlere Führungsebene besteht aus Akteuren, deren Einfluss sich nicht durch Verbindungen zur Politik ergibt. „Vertreter sind hier respektierte Persönlichkeiten aus Bereichen wie dem Bildungssektor oder der Wirtschaft sowie Personen, die innerhalb bestimmter Netzwerke hohe Positionen bekleiden, beispielsweise in akademischen oder religiösen Einrichtungen. Auch Prominente, wie etwa bekannte Schriftsteller, können Führungspersönlichkeiten dieser mittleren Führungsebene sein.“<sup>55</sup> Die Akteure auf dieser Ebene stehen in Verbindung sowohl mit der oberen als auch mit der unteren Führungsebene einer Gesellschaft. Die Personen der mittleren Führungsebene haben meistens keine politische oder militärische Unterstützung und sind mehr flexibel in ihren Handlungen.

Das wichtigste Merkmal der Akteure auf dieser Ebene besteht darin, dass diese Akteure „besonders häufig über ethnische oder andere Identitätstrennlinien, die innerhalb einer Gesellschaft existieren können, hinweg agieren.“<sup>56</sup>

Die untere Führungsebene repräsentiert die Bevölkerungsmasse. Die Akteure dieser Ebene sind Personen aus lokalen Gemeinschaften, Mitglieder lokaler NGOs oder Leiter von Flüchtlingslagern.<sup>57</sup>

Die Akteure der mittleren und unteren Ebenen sind auch sogenannte nichtstaatliche Akteure. Sie kommunizieren mit den Akteuren der oberen Führungsebene, die Ideen für Friedenprozess auszutauschen. Es wird festgestellt, dass die politischen Vorgaben ohne die Mobilisierung von Akteuren auf allen diesen Ebenen wenig Erfolg haben.

---

<sup>53</sup> Vgl. Ahlbrecht, Katrin, Bendiek, Annegret, Meyer, Reinhard, Wagner Sabine (2007): Konfliktregelung und Friedenssicherung im internationalen System. Hagen, S. 102: <http://ivv7srv15.uni-muenster.de/reinhardmeyers/docs/Konfliktr.pdf>, eingesehen am 02.01.2013

<sup>54</sup> Vgl. Ebenda. S. 104-105

<sup>55</sup> Vgl. Ebenda. S. 103

<sup>56</sup> Vgl. Ebenda. S. 103

<sup>57</sup> Vgl. Ebenda. S. 103

In der Praxis kommt es zu Zusammenspiel staatlicher und nichtstaatlicher Akteure. Die Experten aus der Fernuniversität Hagen weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, dass „die zunehmende Vernetzung von gesellschaftlichen und staatlichen Akteuren zwar für alle Beteiligten neue Handlungsräume eröffne, aber auch die Gefahr bestehe, dass sich außenpolitisch motivierte Beschränkungen auf gesellschaftliche Akteure übertragen.“<sup>58</sup>

Eine Koordination der verschiedenen Akteure ist jedoch noch immer relativ schwach ausgeprägt. Die Zusammenarbeit der Akteure begrenzt sich oft auf den Austausch von Informationen, was die Effektivität des internationalen Konfliktmanagements reduziert.

Ursula Werther-Pietsch und Thomas Ritzer in der Darstellung „Failed States - Staatsaufbau als Konfliktprävention“ schlagen andere Klassifizierung der Akteure vor, die eine aktive Rolle im internationalen Konfliktmanagement spielen können. Die Autoren gehen von den internationalen bzw. regionalen und lokalen Dimensionen des Konflikts bei der Klassifizierung der Akteure aus. Ausgehend von den internationalen Dimension spielen solche Akteure wie internationale Mediatoren, regionale und subregionale Organisationen, internationale Organisationen und deren Peacekeeping Missionen, internationale nichtstaatliche Akteure, Diasporagruppen, internationale private Sicherheitsdienste, internationale Unternehmen usw. eine wesentliche Rolle im Konfliktmanagement. Lokale Dimension umfasst solche Akteure wie Regierung, nationale Verwaltung, politische Parteien, Gemeinderäte, lokale politische Autoritäten, Clans, Ethnien, Militär, lokale nichtstaatliche Akteure, lokale Wirtschaft. In Prozess der nachhaltigen Friedenkonsolidierung nimmt die regionale Dimension eine besondere Rolle ein. Die regionale Dimension von Konflikten kann zu den Übertragungseffekten auf Nachbarländer führen. Andererseits besitzen die regionalen Akteure, vor allem regionale Organisationen, ein großes Potenzial im Peacebuilding. Lokale Akteure verfügen über einen privilegierten Zugang zu marginalisierten Gruppen und können über vertrauensbildende Maßnahmen einen spezifischen Beitrag zu inklusiven Peacebuilding Prozessen leisten.<sup>59</sup>

---

<sup>58</sup> Vgl. Ahlbrecht, Katrin, Bendiek, Annegret, Meyer, Reinhard, Wagner Sabine (2007): Konfliktregelung und Friedenssicherung im internationalen System. S. 17

<sup>59</sup> Vgl. Werther-Pietsch, Ursula (Hrsg.) (2012): Failed States - Staatsaufbau als Konfliktprävention. S. 134-136

### **3. Der Transnistrien-Konflikt: von der Entstehung zum gegenwärtigen Stand**

Dieses Kapitel ist bedeutsam, um die historische Besonderheit der Entwicklung, den Verlauf der Transformationsprozesse, die wirtschaftliche Situation und die politische Konstellation in der Region besser zu verstehen. Im Folgenden soll der Frage nachgegangen werden, wie das politische und wirtschaftliche System während der langjährigen Herrschaft von Igor Smirnow in Transnistrien und von der kommunistischen Führung in Moldawien ausgesehen hat. Insbesondere soll dargestellt werden, inwieweit Transnistrien und Moldawien überhaupt je den Kriterien eines demokratischen Rechtsstaates entsprochen haben.

#### **3.1. Historischer Überblick**

Die gesamte Geschichte Moldawiens und der abtrünnigen Region Transnistrien ist sehr umfangreich und würde – beim Versuch einer umfassenden Darstellung – bei weitem den Umfang dieser Masterarbeit sprengen. Das Hauptaugenmerk dieser geschichtlichen Abhandlung wird auf den letzten 100 Jahren liegen.

Das Fürstentum Moldawien gab es seit 1359 und es bezeichnet die Region zwischen den Flüssen Prut und Dnjestr. Die Aufgabe des Fürstentums im Apostolischen Ungarn war es, den Fluss Dnjestr vor Eindringlingen (Mongolen, Osmanen, etc...) zu schützen. Ab dem 16. Jahrhundert stand Moldawien unter der Herrschaft des Osmanischen Reichs.<sup>60</sup> Die Gebiete Bessarabien, Bukowina und Moldawien sind bereits seit Jahrhunderten viel umkämpfte Regionen. Vor allem Russland, die Habsburger-Monarchie, aber auch das Osmanische Reich hatten reges Interesse an diesen Gebieten. Russland annektierte schon sehr früh (um 1791) jene Regionen, die heute als Transnistrien bezeichnet werden. Während des Krieges von 1806 bis 1812 eroberte Russland auch jenes Gebiet, das später unter dem Namen Bessarabien bekannt wurde, von der osmanischen Herrschaft zurück. Als „Bessarabien“ wird jener Landesteil bezeichnet, der zwischen dem Fluss Prut und dem Fluss Dnjestr liegt.<sup>61</sup> Bessarabien fiel somit in russisches Verwaltungsgebiet und sollte durch bestimmte

---

<sup>60</sup> Vgl. Hofbauer, Hannes/ Viorel, Roman (1997): Bukowina, Bessarabien, Moldawien. Vergessenes Land zwischen Westeuropa, Rußland und der Türkei. 2. Auflage. Promedia Dr.- u. Verl.-Ges. Wien. S.18

<sup>61</sup> Vgl. Völkl, Ekkehard (1996): Transnistrien und Odessa (1941-1944). Schriftreihe des Osteuropainstituts Regensburg-Passau, Band 14, Verlag Lassleben. Regensburg. S.9

Hinwendungen zu einem ertragreichen Gebiet aufgewertet werden.<sup>62</sup> Zu dieser Zeit wurden erhebliche demographische und soziokulturelle Eingriffe seitens der russischen Administration vollzogen, da in den neu erworbenen Gebieten um das spätere Transnistrien und im südlichen Teil Bessarabiens privilegierte Russen und Russinnen, aber auch ukrainische, gagausische und bulgarische Bürger angesiedelt wurden. Vor allem rund um die heutige Hauptstadt Chisinau fanden seitens der russischen Verwaltung massive Umsiedelungen statt. Dies sollte als eine Art Absicherung dienen, um im Falle eines Krieges loyale Bürger auf ihrer Seite zu haben.<sup>63</sup>

Die im Süden gelegenen, strategisch günstigen Teile Bessarabiens mussten von Russland 1856 an das Fürstentum Moldau abgegeben werden. Nicht einmal 25 Jahre und einen Krieg später bekam Russland das Gebiet von Rumänien wieder zurück.<sup>64</sup> Weiters ist hier zu beachten, dass Transnistrien niemals ein Teil Rumäniens und auch nie ein Teil des Fürstentums Moldau war.<sup>65</sup> Transnistrien gehörte zuerst zum Osmanischen Reich und später zum Russischen Reich. Ausnahme ist nur die Stadt Bender (oder Tighina), die zweitgrößte Stadt Transnistriens, der größte Hafen und die einzige am rechten Ufer Dnjestrs liegende transnistrische Stadt. Geographisch war die Stadt ein Teil Bessarabiens und teilte auch die gemeinsame Geschichte mit Bessarabien bis zum Jahr 1944.

Die Russische Revolution mischte die Karten neu und auch die Feindschaft zwischen Bukarest und Moskau wurde immer stärker.<sup>66</sup> Nach dem Ersten Weltkrieg wurde Bessarabien 1918 von Rumänien annektiert, ebenso wie die Bukowina.<sup>67</sup> Bessarabien diente Rumänien als eine Art Kornkammer, da sich das Land für landwirtschaftliche Produktion sehr gut eignete. Dies sollte sich auch in den nächsten Jahrzehnten nicht ändern.<sup>68</sup> Als eine Reaktion auf die Eingliederung Bessarabiens ans Rumänische Reich folgte im Jahre 1924 – nach langem Hin und Her – die Gründung der Moldauische Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik

---

<sup>62</sup> Vgl. Van Meurs, Wim (2009): Moldau, Republik. In: Roth, Harald (Hrsg.): Studienhandbuch östliches Europa. Band 1, überarb. und aktualisierte Auflage, Stuttgart. S. 275

<sup>63</sup> Vgl. Hanne, Gottfried (1998): Der Transnistrien-Konflikt: Ursache, Entwicklung und Perspektiven einer Regulierung. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln. S.8

<sup>64</sup> Vgl. Van Meurs, Wim (2009): Moldau, Republik. S. 275

<sup>65</sup> Vgl. Hanne, Gottfried (1998): Der Transnistrien-Konflikt: Ursache, Entwicklung und Perspektiven einer Regulierung. S. 8

<sup>66</sup> Vgl. Hofbauer, Hannes/ Viorel, Roman (1997): Bukowina, Bessarabien, Moldawien. Vergessenes Land zwischen Westeuropa, Rußland und der Türkei. S. 85

<sup>67</sup> Vgl. Völkl, Ekkehard (1996): Transnistrien und Odessa (1941-1944). S.9

<sup>68</sup> Vgl. Neukirch, Claus (1996): Die Republik Moldau. Nations- und Staatsbildung in Osteuropa, Lit. Verlag, Münster. S.58

(MASSR) auf Gebieten der Ukraine und des späteren Transnistriens. Unter anderem diente diese Gründung der MASSR als eine Provokation Rumäniens.<sup>69</sup>

Abbildung 1: Die MASSR in der Zwischenkriegszeit<sup>70</sup>



1940 wurde Rumänien im Zuge des Hitler-Stalin-Pakts gezwungen, Bessarabien wieder an die Sowjetunion abzugeben. Ebenfalls 1940 wurde die Moldawische Sozialistische

<sup>69</sup> Vgl. Hanne, Gottfried (1998): Der Transnistrien-Konflikt: Ursache, Entwicklung und Perspektiven einer Regulierung. S.9

<sup>70</sup> Quelle: <http://www.brainworker.ch/Rumaenien/>, eingesehen am 15.01.2013

Sowjetrepublik (MSSR) gegründet – diese umfasste große Teil Bessarabiens und Teile der MASSR.<sup>71</sup> Dieser Zustand hielt aber nicht lange an und ein Jahr später war Bessarabien wieder ein Teil Rumäniens. Rumänien schlug sich im Ostfeldzug 1941 auf die Seite Deutschlands und annektierte auch den transnistrischen Teil des Landes.<sup>72</sup>

Abbildung 2: Transnistrien 1941-1944<sup>73</sup>



1944 – als die Sowjetunion Bessarabien und Transnistrien zurück erobern konnte – wurden diese beiden Landesteile das erste Mal vereint. Dies war nun die erste (administrative) Zusammenführung der beiden völlig unterschiedlich entwickelten Regionen.<sup>74</sup>

<sup>71</sup> Vgl. Hanne, Gottfried (1998): Der Transnistrien-Konflikt: Ursache, Entwicklung und Perspektiven einer Regulierung. S.9

<sup>72</sup> Vgl. Ebenda. S.9

<sup>73</sup> Quelle: <http://www.brainworker.ch/Rumaenien/>, eingesehen am 15.01.2013

<sup>74</sup> Vgl. Hofbauer, Hannes/ Viorel, Roman (1997): Bukowina, Bessarabien, Moldawien. Vergessenes Land zwischen Westeuropa, Rußland und der Türkei. S 91

1940 lebten in der MASSR nur etwa 30 Prozent Moldawier, aber dafür 50 Prozent Ukrainer und 13 Prozent Russen. Die transnistrischen Moldawier fühlten sich immer mehr zum Russischen Reich und später zur UdSSR hingezogen, da es in der historischen Entwicklung weder einen Bezug zur rumänischen Kultur, noch zur rumänischen bzw. moldawischen Sprache gab.<sup>75</sup> Seitens der UdSSR wurde nach 1944 die rumänische Sprache innerhalb der MSSR komplett abgelehnt und man sprach nur noch von der „Moldawischen“ Sprache (dies gilt mehr oder weniger als ein leicht abgewandelter Dialekt des Rumänischen).<sup>76</sup>

Nach dem Krieg wütete die Rote Armee ohne Rücksicht auf Verluste im ehemaligen Bessarabien. Vor allem Lebensmittel wurden geplündert, was zu einer Hungerkatastrophe innerhalb der Bevölkerung führte. Rund 200.000 Menschen starben bis 1947 aufgrund von Hungersnöten.<sup>77</sup> Weiters war es für die Bevölkerung ein großer und praktisch unüberwindbarer Verlust, dass nach der Zusammenführung Bessarabiens und Transnistriens ein Großteil der moldawischen Elite (darunter auch viele Jüdinnen und Juden) nach Sibirien deportiert wurde. Die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft war eine weitere schwere Bürde (vor allem für private Landwirte). Aber auch die Zeit von 1941 bis 1944 (der Zeit der rumänischen Besetzung der ehemaligen MASSR und Transnistriens) löste bei der russischen, jüdischen und ukrainischen Bevölkerung ein Trauma aus. Der Holocaust und die sogenannte „Rumänisierung“ seitens der Besatzer waren für die Menschen in dieser Region nicht leicht zu ertragen.<sup>78</sup> Beide Gebiete waren somit von der jeweils anderen Seite stark traumatisiert worden, was die Beziehung zueinander in den weiteren Jahren erheblich prägte.

Die Stalinisierung führte dazu, dass sich die Gebiete um die transnistrischen Städte Tiraspol, Bender und Balta wirtschaftlich stark entwickeln konnten. Vor allem Russen und Ukrainer siedelten sich in den Städten in und um das Dnjestr-Gebiet an. 1989 lebten 73,5 Prozent russische Bürger in der späteren transnistrischen Hauptstadt Tiraspol. Generell siedelten sich Ukrainer und Russen eher in den Städten an und bildeten dort eine starke Elite, was sich auch später in der politischen Landschaft widerspiegelte. Die meisten Ukrainer und Russen sahen nicht Moldawien als ihre Heimat an, sondern die Sowjetunion. Insgesamt lebten dort nur rund 39 Prozent Moldawier und bildeten somit deutlich die Minderheit. Die Mehrheit der

---

<sup>75</sup> Vgl. Hanne, Gottfried (1998): Der Transnistrien-Konflikt: Ursache, Entwicklung und Perspektiven einer Regulierung. S. 9

<sup>76</sup> Vgl. Hofbauer, Hannes/ Viorel, Roman (1997): Bukowina, Bessarabien, Moldawien. Vergessenes Land zwischen Westeuropa, Rußland und der Türkei. S. 96

<sup>77</sup> Vgl. Irsigler Vita-Theresa (2011): Die Sezessionskonflikte in der Republik Moldawien seit 1989. Diplomarbeit Universität Wien, S.49

<sup>78</sup> Vgl. Hanne, Gottfried (1998): Der Transnistrien-Konflikt: Ursache, Entwicklung und Perspektiven einer Regulierung. S. 9

Moldawier lebte in den ehemaligen Gebieten Bessarabiens und führte meist ein bescheidenes Leben auf dem Land, abseits der größeren Städte.<sup>79</sup>

Obwohl auf dem Gebiet des heutigen Transnistriens nur rund 17 Prozent der gesamten Bevölkerung der MSSR lebten und dieses Gebiet nur 11 Prozent des Landes ausmachte, erwirtschafteten sie zirka ein Drittel der gesamtmoldawischen Industrieproduktion und sogar fast 90 Prozent der Energieproduktion.<sup>80</sup>

Tabelle 1: Transnistrien in der Wirtschaft der MSSR<sup>81</sup>

große elektrische Maschinen	100,0%
Stromumwandlung	100,0%
Gas Container	100,0%
Baumwolltextilien	96,6%
Elektrische Energie	87,5%
Zement	58,1%
Agrarprodukte	13,1%

Die Region Transnistrien war auch durch eine starke sowjetische Militärpräsenz geprägt. Die 46. sowjetische Armee, die im 2. Weltkrieg durch Rumänien nach Österreich vorgedrungen war, wurde nach dem Rückzug Transnistrien zugeordnet. Aus dem Personal dieser Armee wurde danach die berühmte 14. Sowjetische Armee geformt.<sup>82</sup>

Alle diese Fakten zeigen, dass eine klare Bruchlinie zwischen den beiden Landteilen besteht. Trotzdem waren diese ethnischen Konflikte nicht ausschlaggebend für den Sezessionskonflikt. Die Nationalitätenpolitik im Zuge der Reformbewegungen Glasnost und Perestroika sollte 1987 zu einer „Verschmelzung aller der sowjetischen Völker“ führen. In

<sup>79</sup> Vgl. Hofbauer, Hannes/ Viorel, Roman (1997): Bukowina, Bessarabien, Moldawien. Vergessenes Land zwischen Westeuropa, Rußland und der Türkei. S. 96

<sup>80</sup> Vgl. Hanne, Gottfried (1998): Der Transnistrien-Konflikt: Ursache, Entwicklung und Perspektiven einer Regulierung. S.10

<sup>81</sup> Quelle: Graf, Kilian (2010): Der Transnistrien-Konflikt: Produkt spätsowjetischer Verteilungskämpfe und Zerfallskonflikt der implodierten Sowjetunion. S. 115

<sup>82</sup> Vgl. Ebenda. S. 118-119

den meisten Fällen hatte diese Politik genau den gegenteiligen Effekt, vor allem die Zurückdrängung der nationalen Sprachen wurde zu einem gravierenden Problem.<sup>83</sup>

Bis in die 1980er Jahre dominierte die russische und ukrainische Elite in fast allen Bereichen (Bildung, Wirtschaft, Kultur, Medizin und Politik). Zwar waren auch die Moldawier in der Partei vertreten, sie fungierten aber nicht in höheren politischen Funktionen und waren dadurch nicht nur unterrepräsentiert sondern auch benachteiligt.<sup>84</sup>

Tabelle 2: Nationale Zusammensetzung der Moldawischen Kommunistischen Partei<sup>85</sup>

	Moldawisch	Ukrainisch	Russisch	Jüdisch
1925	6,3%	31,6%	41,6%	15,7%
1940	17,5%	52,5%	11,3%	15,9%
1989	47,8%	20,7%	22,2%	2,5%

In der Perestrojka-Zeit war eine jüngere Generation aus Bessarabien, die gut ausgebildet worden war, in der Partei aufgestiegen. Graf Kilian in erwähnter Dissertation „Der Transnistrien-Konflikt: Produkt spätsowjetischer Verteilungskämpfe und Zerfallskonflikt der implodierten Sowjetunion“ betont, dass sich das soziale Profil dieser neuen Generation deutlich von der älteren Funktionärschicht unterscheidet. „Die jüngere Generation hatte in den Verwaltungen der Bezirke oder der Kolchosen gearbeitet, was gleichbedeutend mit verstärktem Kontakt zur Landbevölkerung war.“<sup>86</sup> Diese neue Elite entstammte aus der ländlichen Bevölkerung und sprach Moldawisch. Die ältere Generation stammte meist aus Transnistrien oder aus den anderen Gebieten der UdSSR und war mit den russischen und ukrainischen Migranten dort vertraut.

Als Auslöser des Sezessionskonflikts gilt die Sprachenfrage. Die Sowjetunion wollte Russisch zur zweiten Amtssprache erheben. Dies wurde seitens der moldawischen Bevölkerung als eine Abwertung und in weiterer Folge auch als eine Verdrängung der moldawischen Sprache gewertet. Es wurde in der Zeit der MASSR sehr viel Wert auf die Eigenständigkeit der moldawischen Kultur und Sprache gelegt, um sich somit klarer von Rumänien abzugrenzen. Diese Abgrenzung wurde auch in weiterer Folge der Geschichte

<sup>83</sup> Vgl. Hanne, Gottfried (1998): Der Transnistrien-Konflikt: Ursache, Entwicklung und Perspektiven einer Regulierung. S.10

<sup>84</sup> Vgl. Ebenda. S.10

<sup>85</sup> Quelle: Graf, Kilian (2010): Der Transnistrien-Konflikt: Produkt spätsowjetischer Verteilungskämpfe und Zerfallskonflikt der implodierten Sowjetunion. S.121

<sup>86</sup> Vgl. Ebenda. S. 121

aufrechterhalten, was zu einer eigenen moldawischen Identität führte und dies obwohl die moldawische Sprache nur einer Art Dialekt des Rumänischen gesehen wird. Die meisten Moldawier sprachen zwar Russisch, aber viele der Russen und Ukrainer waren der moldawischen Sprache nicht mächtig.<sup>87</sup>

Die Gründung der „Volksfront Moldovas“ 1989 sollte die moldawische Identität stärken. Ziel der Volksfront war es vor allem, die noch nicht realisierten Punkte der Nationalitätenfrage (Aufwertung der moldawischen Sprache und Kultur und auch Chancengleichheit in allen gesellschaftlichen Bereichen) umzusetzen oder zumindest Druck auf die russische Elite auszuüben. Die Volksfront hatte seitens der Bevölkerung großen Zulauf, vor allem Politiker hatten nun die Hoffnung, auch in höheren Positionen Fuß zu fassen.<sup>88</sup>

„Am 31. August und 1. September 1989 wurden vom Obersten Sowjet der MSSR drei Gesetze verabschiedet, die das Moldauische zur alleinigen Staatssprache, Russisch hingegen zum „Medium interethnischer Kommunikation“ erklärten, den Übergang zur lateinischen Schrift sanktionierten und den Gebrauch der Sprachen in der MSSR regelten, wobei sie Führungskadern Fristen setzten, innerhalb derer sie ausreichend Moldauischkenntnisse nachweisen, andernfalls ihre Position verlieren sollten.“<sup>89</sup>

Es kam zu Machtwechseln innerhalb der Partei und die ethnischen Konflikte rückten immer mehr in den Vordergrund. Innerhalb der russisch-stämmigen Bevölkerung war Unruhe zu bemerken. Die Angst vor dem Verlust des sozialen Status war immer stärker spürbar und deshalb wurde die Edinstvo-Bewegung gegründet, die sich für die Rechte der russischsprachigen Bevölkerung stark machte. Wenig später fanden landesweit Demonstrationen gegen das Sprachengesetz statt, vor allem die Forderung, dass Funktionäre von höheren politischen Positionen ausgeschlossen werden, wenn sie kein Moldawisch sprechen, war der Streikbewegung ein Dorn im Auge. Im Zuge dieser Streikbewegungen kam es zu einer Radikalisierung auf beiden Seiten, aber vor allem auf der pro-russischen Seite. Trotz aller Bemühungen, gegen das Sprachgesetz vorzugehen, wurde es verabschiedet. Zu diesem Zeitpunkt wurden auch die ersten Stimmen laut, eine eigene Autonomie zu bilden. Die Idee dahinter war, wenigsten noch auf ein Teilgebiet des Landes noch politischen Anspruch zu haben. Anhänger dieser Autonomiebestrebungen waren vor allem die Elite in den Städten

---

<sup>87</sup> Vgl. Hanne, Gottfried (1998): Der Transnistrien-Konflikt: Ursache, Entwicklung und Perspektiven einer Regulierung. S.12

<sup>88</sup> Vgl. Ebenda. S. 12

<sup>89</sup> Vgl. Ebenda. S. 13

wie Ribnita, Bender und Tiraspol, die Landbevölkerung interessierte sich eher weniger dafür.<sup>90</sup>

Weiteren Aufwind bekamen die Anhänger der Autonomiebestrebungen, als nach dem Sturz von Diktator Ceausescu die Volkfront über eine Wiedervereinigung mit Rumänien nachdachte. Kurz darauf wurde die moldawische Souveränitätserklärung vom Obersten Sowjet der MSSR (der kurz davor aus den Reihen der Volksfront gewählt wurde) verabschiedet. Dies hatte gewalttätige Übergriffe auf russische Abgeordnete zur Folge, generell herrschte eine anti-russische Stimmung. Die Edinstvo-Bewegung versuchte sich nun auf der linken Seite des Dnjestr stark zu machen und konnte sogar die moldawische und ukrainische Landbevölkerung für ihre Autonomiebestrebungen begeistern.<sup>91</sup>

Am 2. September 1990 wurde in Tiraspol (ab diesem Zeitpunkt die Hauptstadt Transnistriens) die Pridnestrowskaja Sovetskaja Socialisticeskaja Respublika (PMSSR) ausgerufen<sup>92</sup>. Bewogen von den Bestrebungen des bessarabischen Teils, sich wieder mit Rumänien zu vereinen, wagten die Separatisten den Schritt in die Autonomie. Ein besonders spannender Aspekt ist hierbei, dass sich die russisch-transnistrische Bewegung nicht selbst als Separatisten sah, sondern behauptete, jene, die die Vereinigung mit Rumänien in Betracht zögen, spalteten sich ab. Zwar gab es seitens Russlands große Bemühungen den Konflikt so rasch wie möglich wieder zu lösen, doch keine der beiden Seiten, wollte sich auf die Vorschläge von Michael Gorbatschow einlassen. Bereits im Dezember 1990 wurde vom Obersten Sowjet – der ein Monat davor in Tiraspol gewählt wurde – die Souveränitätserklärung der PMSSR verabschiedet. Truppen aus Russland waren zu diesem Zeitpunkt anwesend, sie sollten die Ordnung innerhalb des Landes aufrechterhalten.<sup>93</sup>

Etwas mehr als ein halbes Jahr später wurde die Unabhängigkeit der PMSSR erklärt. „Am 25. August 1991 erklärte die PMSSR ihre Unabhängigkeit. Zwei Tage später folgte die Unabhängigkeitserklärung Chisinaus, das dabei die transnistrischen Gebiete als „integralen Teil des historischen und ethnischen Territoriums“ des moldauischen Volkes beanspruchte und den Abzug der sowjetischen Truppen forderte.“<sup>94</sup>

---

<sup>90</sup> Vgl. Hanne, Gottfried (1998): Der Transnistrien-Konflikt: Ursache, Entwicklung und Perspektiven einer Regulierung. S. 15

<sup>91</sup> Vgl. Ebenda. S.16

<sup>92</sup> Vgl. Ebenda S. 17

<sup>93</sup> Vgl. Ebenda. S.17

<sup>94</sup> Vgl. Ebenda. S. 19

## Nach dem Zusammenbruch der UdSSR



Durch Gewalt und Drohungen wurden die Moldawier auf der linken Seite des Dnjestr vertrieben oder mundtot gemacht. Im Dezember 1991 fanden die ersten Parlamentswahlen in der PMSSR statt, bei denen sich der Russe Igor Smirnow durchsetzte. Zur gleichen Zeit fand ein boykottiertes Referendum statt, bei dem sich angeblich die Mehrheit für die Unabhängigkeit der PMSSR (ab diesem Zeitpunkt nur mehr PMR genannt) aussprach. Nach Zerfall der UdSSR wurden die Stimmen der Opposition in Moskau immer lauter, dass sich Russland komplett der Verantwortung in Moldawien entzogen habe. Sie kritisierten den Kurs,

<sup>95</sup> Quelle: <http://www.brainworker.ch/Rumaenien/>, eingesehen am 15.01.2013

den Boris Jelzin in diesem Konflikt eingeschlagen hatte. Ihm wurde vorgeworfen, dass er „sein Volk“ im Stich lasse. Wenig später änderte sich dieser Kurs radikal und so wurden Freiwillige und Kosaken an den Dnjestr geschickt und versorgten dort die Menschen mit Waffen und der notwendigen Technik.<sup>96</sup>

Bemühungen des moldawischen Präsidenten Snegur, eine kriegerische Auseinandersetzung mit der PMR abzuwenden, scheiterten. Bereits im Frühjahr 1992 kam es zu blutigen Auseinandersetzungen, die im Juni 1992 in einem Kurzkrieg am Bender gipfelten. Mehr als 1500 Menschen wurden getötet und über 100.000 mussten flüchten. Zwar konnten die Außenminister Russlands, Rumäniens, der Ukraine und Moldawiens einen Waffenstillstand ausverhandeln, trotzdem bedeuteten diese Kämpfe eine Niederlage für die moldawische Regierung. Seither ist Bender auch Bestandteil Transnistriens.

Die Separatisten wiederum hatten ihr Ziel erreicht: durch den kurzen Krieg am Bender entstand innerhalb der Bevölkerung ein gewisser Zusammenhalt, man hatte gemeinsame Kriegserinnerungen, die die Menschen miteinander verbanden. Darüber hinaus könnte man sagen, dass sich so etwas wie eine transnistrische Identität entwickelte.<sup>97</sup>

Abbildung 4: Der Dnjestr trennt Moldawien vom abtrünnigen Transnistrien<sup>98</sup>



<sup>96</sup> Vgl. Hanne, Gottfried (1998): Der Transnistrien-Konflikt: Ursache, Entwicklung und Perspektiven einer Regulierung. S.19

<sup>97</sup> Vgl. Ebenda. S. 18

<sup>98</sup> Quelle: <http://www.e-politik.de/lesen/artikel/2009/wie-die-schweiz-nur-anders/>, eingesehen am 15.01.2013

Der Transnistrien-Konflikt zwischen Moldawien und Transnistrien eskalierte 1992 und wurde durch den Einsatz russischer Militärs zugunsten transnistrischer Seite beendet.

Präsident Moldawiens Snegur unterzeichnete 1992 in Moskau einen Vertrag, der den Waffenstillstand in der Region um den Dnjestr sichern sollte, gleichzeitig wurde eine Sicherheitszone entlang des Flusses errichtet. Darüber hinaus sollte es eine russisch-moldawisch-transnistrische Kontrollkommission geben und Friedenstruppen (unter russischer Führung) sollten stationiert werden, die für die Sicherheit in der Region sorgen sollten.

Im Jahr 1993 nahm die KSZE ihre Arbeit in Moldawien auf, mit dem Ziel, den Konflikt zu lösen. Durch die Anwesenheit der KSZE wurde der Sezessionskonflikt das erste Mal auch international wahrgenommen. Der Sezessionskonflikt ist auch als „eingefrorener“ Konflikt bezeichnet.

## **3.2. Die Transformationsprozesse in Moldawien und Transnistrien**

Moldawien mit Transnistrien sind einzigartige Fälle der Transformation in dem postsowjetischen Raum. Die Dnjestr Republik Moldova (PMR) erklärte am 2. September 1990 ihre Unabhängigkeit von Moldawien und in Folge des bewaffneten Konflikts im Jahr 1992 verliefen die wirtschaftlichen und politischen Transformationsprozesse in Moldawien und Transnistrien unterschiedlich. Dementsprechend wäre es sinnvoll, die Transformationsprozesse in Transnistrien und Moldawien getrennt von einander zu analysieren.

### **3.2.1 Moldawien**

Die Bevölkerung Moldawiens beträgt heute ca. 3,5 Millionen Einwohner auf einem Territorium von ca. 31000 km<sup>2</sup>.<sup>99</sup> Die Einwohnerzahl Moldawiens ist aufgrund des geringen natürlichen Bevölkerungswachstums und der starken Auswanderung rückläufig. Von insgesamt ca. 4,5 Millionen Einwohnern (einschließlich Transnistrien) im Jahr 1990 sank die Bevölkerungszahl im Jahr 2011 auf 3,5 Millionen. Die ethnische Struktur der Bevölkerung wurde zu sowjetischer Zeit verändert: „Neben der Ansiedlung von Ukrainern und Russen dienten auch andere politische Entscheidungen dazu, in der Sowjet Union eine möglichst

---

<sup>99</sup> Vgl. Amt für Statistik der Republik Moldau: Offizielle Homepage <http://www.statistica.md/>, eingesehen am 18.01.2013

einheitlich russischsprachige und staatsloyale Bevölkerung zu schaffen.<sup>100</sup> Der in Moldawien gesprochene rumänische Dialekt ist als Standardsprache Moldawisch geworden, um die Verbindung zu Rumänien zu unterbrechen, obwohl sich Moldawisch von Rumänisch kaum unterscheidet. Die größten Minderheiten Moldawiens sind heute Russen und Ukrainer, die seit Jahr 1992 den Status einer nationalen Minderheit genießen. Die Nation der Moldawier empfindet sich heute als homogen.

Tabelle 3: Ethnische Struktur Moldawiens (ohne Transnistrien) 2004<sup>101</sup>

	Moldawien
Moldawier	2.564.849 (75,8%)
Russen	201.218 (5,9%)
Ukrainer	282.406 (8,4%)
Bulgaren	65.662 (1,9%)
Juden	3.628 (0,1%)
Gagausen	147.500 (4,4%)
Sonstige	118.069 (3,5%)
Insgesamt	3.383.332 (100%)

Moldawier leiten ihre Identität vom historischen Fürstentum Moldau ab, das auch das rumänische Moldawien und die rumänische und die ukrainische Bukowina umfasste. In diesem Hinsicht entstanden im Moldawien nach dem Zerfall der UdSSR zwei unterschiedliche ethnische Nationalismen: Unionismus und Moldovanismus. Die Vertreter des Unionismus dominierten am Anfang der 1990er und betrachten das moldawische Volk als Teil der rumänischen Nation. So wurde von ihnen die Möglichkeit der Vereinigung mit Rumänien erklärt. Demgegenüber betrachten die Anhänger des Moldovanismus die Moldawier als eigenständige Nation.<sup>102</sup> In diesem Kontext ist die nationale Identität Moldawiens bis heute nicht gefunden. Anneli Ute Gabanyi in dem Studium „Die Republik Moldau im Kontext der neuen EU-Nachbarschaftspolitik“ bezeichnet die Identität Moldawiens als defekte nationale Identität, weil die moldawische Identität nicht ethnisch

<sup>100</sup> Vgl. Lozovanu, Dorin/ Jordan, Peter (2009): Nationales/ Ethnisches Bewusstsein in der Republik Moldau und in deren Nachbargebieten. In: Kahl, Thede/ Lozovanu, Dorin( Hrsg.) (2009): Ethnisches Bewusstsein in der Republik Moldau im Jahr 2004. Begleittext im Atlas Ost- und Südeuropa. Bornträger, Berlin. S.8

<sup>101</sup> Quelle: Irsigler Vita-Theresa (2011): Die Sezessionskonflikte in der Republik Moldawien seit 1989. S.69

<sup>102</sup>Vgl. Büscher, Klemens (2004): Transnationale Beziehungen der Russen in Moldova und der Ukraine. Ethnische Diaspora zwischen Residenz- und Referenzstaat. Peter lang, Europäischer Verlag der Wissenschaft, Frankfurt am Main. S.151-152

sondern politisch definiert ist.<sup>103</sup> Seit 2001 (nach dem Gewinn des Kommunisten Vladimir Voronin bei der Präsidentschaftswahl 2001) dominieren die Ideen von Moldovanismus. Die Sicherung der Unabhängigkeit und der territorialen Integrität in den Grenzen der ehemaligen MSSR wurde als Staatsziel erklärt.<sup>104</sup>

Die Transformationsgeschichte Moldawiens zeigt, dass demokratische und ökonomische Reformen in den Mittelpunkt der moldauischen Politik zu spät gelangten.<sup>105</sup> Auf der politischen Arena am Ende der 1980er Jahre etablierten zwei politische Koalitionen - eine Koalition aus Eliten der ehemaligen kommunistischen Nomenklatur und moderaten Reformern unter Führung von Präsident Mircea Snegur, und zweite Koalition der Anhänger baldiger Wiedervereinigung mit Rumänien, die als Volksfron bekannt war. Der Machtkampf zwischen beiden Koalitionen am Anfang der 1990er und der Konflikt in Transnistrien blockierten damals ökonomische Reformen, obwohl demokratische Institutionen etabliert wurden.<sup>106</sup> Es gelang in den 1990er Jahren die Anhänger einer Wiedervereinigung mit Rumänien zu marginalisieren. Wegen des Scheiterns der wirtschaftlichen Reformen am Ende der 1990er gewannen die Kommunisten wieder die Popularität in der Gesellschaft und bekamen mehr als 50 Prozent bei der Parlamentswahl 2001. Im Jahr 2001 wurde der Anführer der Kommunisten Vladimir Voronin vom Parlament zum Präsidenten gewählt.

Die Exekutive, die Legislative und die Judikative Moldawiens wurden institutionell voneinander trennt. Im Laufe des letzten Jahrzehnts entstand folgende Staatsarchitektur: die absolute Mehrheit der Kommunisten im Parlament und eine Dominanz der Exekutive über ein Parlament.<sup>107</sup> Unter einer kommunistischen Herrschaft (2001-2009) wurde eine autoritäre Tendenz beobachtet. Diese Tendenz entfernte Moldawien in den vergangenen 10 Jahren von der demokratischen Praxis. „Als formaler Prozess blieb die Demokratie ebenso unverändert bestehen, wie die Präferenz des Volkes für eine Ein-Parteien-Herrschaft.“<sup>108</sup>

Während des Transformationsprozesses in Moldawien blieb die Parteienlandschaft zersplittert. Die Forscher der Bertelsmann Stiftung teilten in einem Ländergutachten über Moldawien aus dem Jahr 2003 mit: „Mit Ausnahme der wiederbelebten kommunistischen Partei Moldovas verfügt

---

<sup>103</sup> Gabanyi, Anneli Ute (2004): Die Republik Moldau im Kontext der Neuen EU-Nachbarschaftspolitik. SWP-Studie, Berlin. S. 9: [http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2004\\_S46\\_gbn\\_ks.pdf](http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2004_S46_gbn_ks.pdf), eingesehen am 18.01.2013

<sup>104</sup> Vgl. Büscher, Klemens (2004): Transnationale Beziehungen der Russen in Moldova und der Ukraine. *Ethnische Diaspora zwischen Residenz- und Referenzstaat*. S. 151-152

<sup>105</sup> Vgl. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): *Transformation in Moldova*. Bertelsmann Transformation Index 2003. S.2: <http://bti2003.bertelsmann-transformation-index.de/153.0.html>, eingesehen am 18.01.2013

<sup>106</sup> Vgl. Ebenda. S. 2

<sup>107</sup> Vgl. Ebenda. S.6

<sup>108</sup> Vgl. Ebenda. S. 15

keine Partei über breit gestreute Mitgliedschaften und gesellschaftliche Wurzeln. Auf vielerlei Weise wurden politische Parteien und Allianzen gemäß den Ambitionen und Zielen individueller Politiker gebildet, zusammengefügt und auseinander gebrochen. Die Polarisierung der Parteienlandschaft spiegelte zum einen einander entgegengesetzte Auffassungen zu Staats- und Nationenbildung sowie internationaler Orientierung und zum anderen verschiedene Reform- und Transformationsstrategien wider.<sup>109</sup>

Die wirtschaftliche Transformation führte dazu, dass Moldawien heute zu den ärmsten Staaten Europas zählt. Rund 20 Prozent der Bevölkerung Moldawiens lebten 2002 unterhalb der Armutsgrenze. Die Rücküberweisungen der Migranten sind in Summe höher als das Bruttoinlandsprodukt des Landes.<sup>110</sup> Das Bruttoinlandsprodukt betrug im Jahr 2011 1,8 Milliarden Euro. Nach diesem Index nimmt Moldawien den vorletzten Platz unter den ehemaligen Staaten der UdSSR und den letzten Platz unter den Staaten Osteuropas ein. Das Wirtschaftswachstum betrug im Jahr 2011 6,4 Prozent.<sup>111</sup> Infolge hoher Staatsverschuldung, des Schwarzmarkt, der Korruption sowie Schatten- und Kriminalwirtschaft ist diese Zahl jedoch nur als Momentaufnahme einzustufen. Die wirtschaftlichen Probleme Moldawiens machten bis jetzt Moldawien für die Bevölkerung Transnistriens wenig attraktiv.

Die Wirtschaft Moldawiens ist agrarisch geprägt. Im Wirtschaftssystem der UdSSR hatte die MSSR im Bereich der Produktion landwirtschaftlicher Produktion eine große Rolle gespielt. Innerhalb der Union war Moldawien eine der wohlhabendsten Republiken. Nach der Eingliederung der MSSR in die Planwirtschaft der UdSSR wurde das Wirtschaftssystem Moldawiens auf ökonomische Ziele der Sowjetunion ausgerichtet. „Zum einen durch die verstärkte Festlegung Moldovas auf die Rolle eines Obst-, Gemüse- und Weinlieferanten der Sowjetunion, zum anderen durch den Aufbau einer Rüstungsindustrie, die vorwiegend in den östlichen Landesteilen (Transnistrien) angesiedelt war.“<sup>112</sup> Durch den Zerfall der UdSSR und die de facto Abspaltung Transnistriens brachen die Wirtschaftsleistungen Moldawiens ein. Der Verlust der transnistrischen Industrie wirkt sich negativ auf die Außenhandelsbilanz und auf die gesamte Wachstumsentwicklung Moldawiens aus.<sup>113</sup> Wegen des Mangels an Bodenschätzen

---

<sup>109</sup> Vgl. Bertelmann Stiftung (Hrsg.): Transformation in Moldova. Bertelmann Transformation Index 2003. S.8-9

<sup>110</sup> Vgl. Lozovanu, Dorin/ Jordan, Peter (2009): Nationales/ Ethnisches Bewusstsein in der Republik Moldau und in deren Nachbargebieten. S.9

<sup>111</sup> Quelle: CIA:The World Factbook: Moldova: <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/md.html>, eingesehen am 20.01.2013

<sup>112</sup> Vgl. Gabanyi, Anneli Ute (2004): Die Republik Moldau im Kontext der Neuen EU-Nachbarschaftspolitik. SWP-Studie, Berlin. S. 9: [http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2004\\_S46\\_gbn\\_ks.pdf](http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2004_S46_gbn_ks.pdf), eingesehen am 20.01.2013

<sup>113</sup> Vgl. Auer, Josef (2006): Kosovo, Moldova und Afghanistan in der volkswirtschaftlichen Analyse. In: Feichtinger, Walter/ Jurekovic, Pregrad (Hrsg.) (2006): Internationales Konfliktmanagement im Fokus: Kosovo, Moldova und Afghanistan im kritischen Vergleich. Nomos, Baden-Baden. S. 243

importiert Moldawien fast seinen gesamten Energie- und Brennstoffbedarf. Die Anhängigkeit von Energieimporten führt zu einer hohen Staatsverschuldung gegenüber dem Hauptlieferanten Russland.<sup>114</sup> Russland ist auch der wichtigste Handelspartner Moldawiens. 2010 betragen die Exporte nach Russland ca. 23,77 Prozent, nach Italien 14,11 Prozent, nach Rumänien 12,74 Prozent, nach Deutschland 6,92 Prozent und in die Türkei 6,08 Prozent. Die wichtigsten Exportwaren Moldawiens sind Nahrungs- und Genussmittel, wie Wein und Tabak, Textilien und Maschinen.<sup>115</sup>

Die seit dem Jahr 1991 laufende Privatisierung der landwirtschaftlichen Betriebe und der Unternehmen verlief in Moldawien nur halbherzig. Auch die kommunistische Regierung kehrte die Privatisierungsprozesse teilweise um. Massenprivatisierung begann 1994 und endete 1996. Im Verlauf dieser Privatisierungsprozesse wurden 80 Prozent aller Unternehmen privatisiert. 40 Prozent aller privatisierten Unternehmen wurden von Investmentfonds gekauft. Die westlichen Investoren wurden in den Privatisierungsprozess wenig einbezogen.<sup>116</sup> Das Investitionsniveau im Moldawien ist auch viel zu gering.

Sowohl ökonomisch als auch geopolitisch wird die Position Moldawiens durch den fehlenden Zugang zum Meer geschwächt. Das Land befindet sich zwischen Rumänien und der Ukraine und verfügt über den lange Zeit umstrittenen Zugang zum linken Ufer der Donau. Im Jahr 1997 begann Moldawien an diesem Ufer einen Ölterminal zu bauen, um neue Energieversorgungskorridore zu schaffen. Gleichzeitig wurde auch ein Projekt in Chisinau zur Schaffung eines Europa und Asien verbindenden Energietransport- und Handelskorridors erarbeitet. Das Projekt wurde wegen fehlender finanzieller Unterstützung von außen nicht realisiert.<sup>117</sup>

Die gefährdete innere Sicherheit, die defekte nationale Identität, die gesamtwirtschaftliche Instabilität, die Last der Schulden, das langsame Reformtempo und die soziale Krise lassen die Transformation in Moldawien als unvollkommen erscheinen.

Moldawien hat alle Merkmale eines „failed-States“: die begrenzte Kontrolle der Regierung auf seinem Territorium, die Korruption und die Kriminalität, nicht erfüllte ökonomische Aufgaben usw. In dieser Hinsicht ist Moldawien für Anneli Ute Gabanyi ein „schwacher

---

<sup>114</sup>Vgl. Lozovanu, Dorin/ Jordan, Peter (2009): Nationales/ Ethnisches Bewusstsein in der Republik Moldau und in deren Nachbargebieten. S.9

<sup>115</sup> Vgl. Business Information Center Europe: Moldawiens Exportgüter, 30.03.2011: <http://www.bice.md/2011/03/moldawiens-exportgueter/>, eingesehen am 20.01.2013

<sup>116</sup> Vgl. Bertelmann Stiftung (Hrsg.): Transformation in Moldova. Bertelmann Transformation Index 2003. S.12

<sup>117</sup> Vgl. Büscher, Klemens (2004): Transnationale Beziehungen der Russen in Moldova und der Ukraine. Ethnische Diaspora zwischen Residenz- und Referenzstaat. S. 147

Staat“<sup>118</sup> und Martin Malek vermutet, dass Moldawien zu einem „failed-State“ zu werden droht.<sup>119</sup> Malek macht auch treffende Feststellung, dass Moldawien „verkrüppelt zur Welt gekommen ist: Bei seiner Unabhängigkeit lagen längst alle Ausgangsbedingungen für bewaffnete Eskalation des Dnjestr-Konflikts 1992 vor. Eine Lösung des Gnjestr-Konflikts gegen Willen Moskau...ist unrealistisch; daher dürfte sich auch der territoriale Zerfall Moldawiens jetzt und in der überschaubaren Zukunft nicht rückgängig machen lassen.“<sup>120</sup>

### **3.2.2. Transnistrien**

Das stärker urbanisierte und industrialisierte Transnistrien umfasst knapp 11 Prozent der Gesamtfläche und stellt mit etwa 555.340 Menschen ca. 16 Prozent der Bevölkerung Moldawiens.<sup>121</sup> Transnistrien gehört zur Gemeinschaft nicht anerkannter Staaten und wird bislang von keinem anderen Staat und keiner internationalen Organisation als souveräner Staat anerkannt. Es gilt als de jure als Bestandteil Moldawiens. Die Hauptstadt der nicht anerkannten Republik ist Tiraspol. Es liegt auf dem Ostufer des Dnjestr (außer der Stadt Bender, die auf dem Westufer liegt). Der nicht anerkannte Staat hat alle staatlichen Merkmale wie Staatsrente, Hauptstadt, Währung, Streitkräfte, Staatssymbolik usw.

Transnistrien begründet seine Sezession von Moldawien mit der ethnischen Besonderheit und mit den kulturellen Traditionen der Region. Ethnische Spaltungen sind eine, aber nicht die wesentliche Dimension des Transnistrien-Konflikts. In Transnistrien wohnen drei gleichgroße Bevölkerungsanteile: Russen, Moldawier, Ukrainer, d. h. es gibt eine große nicht-moldawische Mehrheit in der Region.

---

<sup>118</sup> Vgl. Gabanyi, Anneli Ute (2004): Die Republik Moldova im Kontext der Neuen EU-Nachbarschaftspolitik. S.8

<sup>119</sup> Vgl. Malek, Martin (2006): Restjugoslawien, Moldova, Afghanistan und die Erklärungsreichweite von „failed-states“-Theorien. S. 72

<sup>120</sup> Vgl. Ebenda. S. 72-73

<sup>121</sup> Vgl. Lozovanu, Dorin/ Jordan, Peter (2009): Nationales/ Ethnisches Bewusstsein in der Republik Moldau und in deren Nachbargebieten. S.20

Tabelle 4: Ethnische Struktur Transnistriens 2004<sup>122</sup>

	Transnistrien
Moldawier	177.382 (31,9%)
Russen	168.678 (30,4%)
Ukrainer	160.678 (28,8%)
Bulgaren	13.858 (2,4%)
Juden	1.259 (0,2%)
Gagausen	4.096 (0,7%)
Sonstige	29.396 (5,6%)
Insgesamt	555.347 (100%)

Stefan Troebst schließt in seiner Darstellung „Staatlichkeitskult im Pseudo-Staat. Identitätsmanagement in Transnistrien“ daraus, dass die Haupttriebkraft der transnistrischen Autonomiebewegung nicht die ethnische Abspaltung sondern mehr das Streben der regionalen Eliten in den industriell-urbanen Zentren Transnistriens, ihren Besitzstand zu wahren, war.<sup>123</sup> Auch Klemens Büscher stellt in seinen Studien über Transnistrien fest, dass die Entstehung des transnistrischen Separatismus das Resultat der machtpolitischen Konstellationen in Moldawien in den 1989-1992 ist. Die transnistrische Autonomiebewegung wird als „ein politisches Amalgam, bestehend aus den Nationalismen der ethnischen Großgruppen der Region, aus einem überkommenen Sowjetpatriotismus; aus einer regionalistischen Bewegung; aus ideologisch motivierten Triebkräften sowie aus wirtschaftlichen und machtpolitischen Motivationen alter wie auch neuer Eliten“<sup>124</sup> benannt.

Die Eliten Transnistriens unterscheiden sich in ihrer sozioprofessionellen und sprachlichen Struktur deutlich von den Eliten der agrarisch geprägten Teile der ehemaligen MSSR. Die Großstädte Transnistriens wurden von Russischsprachigen bewohnt. Die hier in der Sowjetzeit angesiedelten Großbetriebe gehörten zum militärisch-industriellen Komplex der UdSSR, der hier für die eventuellen Offensivoperationen gegenüber dem Balkanraum aufgebaut wurden, und war den Ministerien in Moskau unterstellt. Die regionale Elite ist also aus den anderen Teilen der UdSSR in den Ostteil der MSSR gekommen. Die Russischsprachigen sind dorthin als Ingenieure, Verwaltungsfachleute. Parteifunktionäre.

<sup>122</sup> Vgl. Lozovanu, Dorin/ Jordan, Peter (2009): Nationales/ Ethnisches Bewusstsein in der Republik Moldau und in deren Nachbargebieten. S.21

<sup>123</sup> Vgl. Troebst, Stefan (2003): Staatlichkeit im Pseudo-Staat. Identitätsmanagement in Transnistrien. In: Osteuropa Jg. 53, Heft 7, 2003. S. 965-966

<sup>124</sup> Vgl. Büscher, Klemens (2004): Transnationale Beziehungen der Russen in Moldova und der Ukraine. Ethnische Diaspora zwischen Residenz- und Referenzstaat. S. 161-162

Offiziere und Unteroffiziere gelangt. Typisch ist der Lebenslauf des seit 1991 bis 2011 amtierenden Präsidenten Transnistriens Igor Smirnow: „Dieser, ein Russe von der Halbinsel Kamtschatka in Sibirien, erhielt eine Ingenieurausbildung bei Tscheljabinsk im Ural, machte dann Karriere in einer Elektromotorenfabrik im ukrainischen Cherson und kam im November 1987 als Direktor des Großbetrieb „Elektromasch“ nach Tipaspol, der zweigrößten Stadt der damaligen MSSR und heutigen PMR-Hauptstadt.“<sup>125</sup> In der Sowjetzeit entstanden in Transnistrien im Umfeld der strategisch bedeutsamen Rüstungsindustrie Klanstrukturen aus miteinander vernetzten Partei-, Verwaltungs- und Betriebsführungen. Diese neue Regionalelite war „aufgrund starker Funktionsrotation, weitreichender Interessenkoinzidenz und einer hohen Rate interethnischer Eheschließungen in sich ungewöhnlich geschlossen und wählte sich aufgrund vielfältiger und enger Bindungen an das Machtzentrum der Sowjetunion regelrecht „reichsunmittelbar.“<sup>126</sup>

Seit 1991 wurde Igor Smirnow insgesamt vier Mal (1991, 1996, 2001 und 2006) durch die direkten Wahlen zum transnistrischen Präsident gewählt. Doch es wird von Martin Malek in seinem Buch „Der Konflikt im Dnjestr-Gebiet (Moldova)“ konstatiert, dass „die Durchführung von Wahlen und Volksabstimmungen in der PMR keinesfalls mit dem Vorhandensein einer demokratischen politischen Kultur gleichgesetzt werden sollte. So sind in den Wahllokalen stets Mitarbeiter des PMR Sicherheitsministeriums anwesend. Die Urnengänge dienen ausschließlich zur Legitimierung von längst getroffenen Entscheidungen der Smirnow-Führung.“<sup>127</sup>

Dennoch bedeutet das keinesfalls, dass das Smirnow-Regime keine breite Unterstützung in der Bevölkerung hatte.<sup>128</sup> Zur Verehrung von Smirnow schreibt Dittmar Schorkowitz in seinem Buch „Postkommunismus und verordneter Nationalismus“: „Smirnow gilt als Retter des transnistrischen Volkes und wird als Politiker dargestellt, der einzig befähigt ist, die Fäden der Macht in der Hand zu halten.“<sup>129</sup> Irsigler Vita-Theresa schließt daraus in ihrer Diplomarbeit aus dem Jahr 2011, dass Transnistrien eine Eigenschaft eines neopatrimonialen System aufweist, nämlich das Merkmal Personal Rule<sup>130</sup>: „Denn die herrschende Politik wird von Smirnow abhängig gemacht, Politik ist seit der Unabhängigkeitserklärung Transnistriens

---

<sup>125</sup> Vgl. Troebst, Stefan (2003): Staatlichkeit im Pseudo-Staat. Identitätsmanagement in Transnistrien. S. 966

<sup>126</sup> Vgl. Ebenda. S. 966-967

<sup>127</sup> Vgl. Malek, Martin (2006): Der Konflikt im Dnjestr-Gebiet (Moldova). Analyse und Dokumente. Schriftreihe der Landesverteidigungsakademie 7/2006, Wien. S.52

<sup>128</sup> Vgl. Ebenda.S. 52

<sup>129</sup> Vgl. Schorkowitz, Dittmar (2008): Postkommunismus und verordneter Nationalismus. Gedächtnis, Gewalt und Geschichtspolitik im nördlichen Schwarzmeergebiet. Peter Lang, Internationaler Verlag der Wissenschaften, Frankfurt am Main. S. 158

<sup>130</sup> Vgl. Irsigler, Vita-Theresa (2011): Die Sezessionskonflikte in der Republik Moldawien seit 1989. S.78

seine Sache und auch nur er kann damit umgehen. Smirnow ist die personalisierte Staatsführung und wird von den Transnistriern sehr verehrt.“<sup>131</sup> Eine durch das Merkmal Personal Rule gekennzeichnete Politik wird von Hannes Wimmer folgendermaßen definiert: Sie ist „Sache des großen Vorsitzenden oder des Präsidenten und wird in der weiteren Folge abhängig von einem undurchsichtigen Netzwerk informeller, rein persönlicher Beziehungen.“<sup>132</sup>

Laut einem Länderbericht der Europäischen Nachbarschaftspolitik über die Republik Moldau aus dem Jahr 2004 ist auch die Menschenrechtslage in Transnistrien sehr schlecht, so sind einerseits Minderheitenrechte, insbesondere in Bezug auf die Sprache und andererseits die Rede- und Meinungsfreiheit sehr eingeschränkt.<sup>133</sup>

Insofern ist es auch nicht verwunderlich, dass Transnistrien mehrheitlich als unfrei eingestuft wird. Martin Malek stellt dazu fest: „Von einem „demokratischen Rechtsstaat“, den die Verfassung der PMR von 1995/96 verspricht, sind in der Praxis nicht einmal Ansätze zu beobachten.“<sup>134</sup>

Ende 1995 wurde formal eine demokratische Verfassung angenommen, die umfangreiche Grundrechte gewährte und ein parlamentarisches System mit starkem Übergewicht der präsidentiellen Komponente etablierte.<sup>135</sup>

Die tatsächliche politische Ordnung war und ist jedoch von dieser Verfassung weit entfernt. Ein autoritär-repressives Regime Smirnows hat die spätsowjetischen Demokratisierungsprozesse unterbrochen. Medienzensur, Manipulationen im Politischen Entscheidungsprozess, massive Propaganda und Begrenzung der Meinungsvielfalt dienten als Instrumente zur Legitimation der Abspaltung Transnistriens und zur Stabilisierung der Herrschaft der transnistrischen Eliten.

Transnistrien wird als unfrei auf der Map of Freedom 2010 eingestuft.<sup>136</sup> Die Kriterien, nach denen das politische System von Freedom House überprüft, befassen sich mit den Wahlen, dem politischen Pluralismus, der Partizipation und mit der Arbeit der Regierung.<sup>137</sup>

---

<sup>131</sup> Vgl. Irsigler, Vita-Theresa (2011): Die Sezessionskonflikte in der Republik Moldawien seit 1989 S. 78

<sup>132</sup> Vgl. Wimmer, Hannes (2000): Die Modernisierung politischer Systeme. Staat, Parteien, Öffentlichkeit. S. 128

<sup>133</sup> Vgl. Homepage of European Commission : Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen, Europäische Nachbarschaftspolitik: Länderbericht Republik Moldau, 2004:

[http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/country/moldova\\_enp\\_country\\_report\\_2004\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/country/moldova_enp_country_report_2004_de.pdf),

eingesehen am 25.01.2013

<sup>134</sup> Vgl. Malek, Martin (2006): Der Konflikt im Dnjestr-Gebiet (Moldova). Analyse und Dokumente. S.53

<sup>135</sup> Vgl. Büscher, Klemens (2004): Transnationale Beziehungen der Russen in Moldova und der Ukraine. Ethnische Diaspora zwischen Residenz- und Referenzstaat. S. 150-151

Die Kritikpunkte betreffen vor allem den Mangel an den politischen und persönlichen Freiheiten: „Residents of Transnistria cannot elect their leaders democratically, and they are unable to participate freely in Moldovan elections...; Opposition presidential candidates have often been barred from participating on technical grounds...; Native Moldovan speakers are not represented in government and are under constant political pressure...; Corruption and organized crime are serious problems in Transnistria...; The authorities are entrenched in the territory’s economic activities, which rely in large part on smuggling schemes designed to evade Moldovan and Ukrainian import taxes...; The media environment is restrictive. Nearly all media are state owned or controlled and do not criticize the authorities...; The authorities severely restrict freedom of assembly and rarely issue required permits for public protest...; Women are underrepresented in most positions of authority, and domestic violence against women is a problem...”<sup>138</sup>

Auch eine regionale Identität war ursprünglich in Transnistrien nicht entwickelt. Tatsächlich bildeten die Transnistrien angehörenden Städte und Gebiete vor 1989 keine politischen und kulturellen Gemeinsamkeiten oder verstärkte Kommunikationsstrukturen heraus. Die nationale Identität wurde von der Identität als "Sowjetmensch", als Angehöriger des Sowjetvolks, überlagert.<sup>139</sup> Die staatlich gelenkte Erinnerungspolitik schuf Erinnerungsorte und Denkmäler, Heldenverehrung und betrieb dadurch Identitätspolitik.<sup>140</sup>

Transnistrien gilt heute als „Museum des Kommunismus“ oder „Zombie-SSR“<sup>141</sup>, das für die Wiederherstellung des untergegangenen sowjetischen Imperiums kämpft. Viele Bürger in Transnistrien besitzen heutzutage die sowjetischen Pässe. Die regierende politische Elite Transnistriens wird oft als „rote Direktion“ (rote Direktoren) genannt. Der Leninkult dominiert in der unveränderten Alltagswelt der Bürger Transnistriens: Lenin ist der dominierende Namensgeber für die Straßenbezeichnungen. Die Lenindenkmäler sind überall zu sehen.<sup>142</sup> Der ehemalige Außenminister Transnistriens Valerij Lickaj teilte mit: „Es gibt

---

<sup>136</sup> Vgl. Map of Freedom 2010: <http://www.freedomhouse.org/report-types/freedom-world>, eingesehen am 22.01.2013

<sup>137</sup> Vgl. Irsigler Vita-Theresa (2011): Die Sezessionskonflikte in der Republik Moldawien seit 1989. S.79

<sup>138</sup> Vgl. Freedom House, Country Report 2010, Transnistria: <http://www.freedomhouse.org/report/freedom-world/2010/transnistria>, eingesehen am 25.01.2013

<sup>139</sup> Vgl. Büscher, Klemens (1998): Die "Staatlichkeit" Transnistriens - ein Unfall der Geschichte? S.17: <http://www.uni-leipzig.de/~mil/pdf/de/BuescherTransnistrien.pdf>, eingesehen am 25.01.2013

<sup>140</sup> Vgl. Kilian, G.(2010): Identität und Transformation: Die integrative Wirkung einer kollektiven Identität. S.46:

[http://books.google.at/books?id=oCA7Ac7DXLUC&pg=PP4&lpg=PP4&dq=graf+kilian+identit%C3%A4t&source=bl&ots=UL6YGHtqtZ&sig=pITDqnxomRVHSMmpLgUSzidToEs&hl=de&sa=X&ei=qyMaUdjBLEen4ATQoYHgAw&redir\\_esc=y#v=onepage&q&f=false](http://books.google.at/books?id=oCA7Ac7DXLUC&pg=PP4&lpg=PP4&dq=graf+kilian+identit%C3%A4t&source=bl&ots=UL6YGHtqtZ&sig=pITDqnxomRVHSMmpLgUSzidToEs&hl=de&sa=X&ei=qyMaUdjBLEen4ATQoYHgAw&redir_esc=y#v=onepage&q&f=false), eingesehen am 25.01.2013

<sup>141</sup> Vgl. Troebst, Stefan (2003): Staatlichkeit im Pseudo-Staat. Identitätsmanagement in Transnistrien. S. 964

<sup>142</sup> Vgl. Ebenda. S. 976

keine anderen Denkmäler als die Lenin und Suworov<sup>143</sup> ...Früher hatten wir in der Hauptstraße drei Lenins, das waren zu viele, einen haben wir entfernt.“<sup>144</sup>

In den letzten 20 Jahren wurde auch der Personenkult um den Präsidenten Igor Smirnow im Rahmen der Schaffung einer neuen Regionalidentität in Transnistrien entwickelt. Es wurde die Biographie von ihm mit dem eingeständigen Titel „Der Führer“ 2001 veröffentlicht.<sup>145</sup> Weiters wurde ein Plakat im Rahmen der Präsidentschaftswahlkampf im Herbst 2001 hergestellt. Mit der Aufschrift „Unsere Führer haben sie bereits anerkannt – sie werden auch unsere Republik anerkennen!“ wurde Smirnow mit den Kollegen Putin, Lukaschenka, Kutschma auf dem Plakat dargestellt.<sup>146</sup>

Das Festhalten an sowjetischer Symbolik erscheint als Bestandteil einer Strategie der transnistrischen Elite, die der Verdrängung des Zusammenbruchs von Weltanschauung dient.

Die Bürger Transnistriens besitzen einen transnistrischen Pass, der auch wie die anderen transnistrischen Dokumente außerhalb des Staates nicht gültig ist. Aus diesem Grund beschloss das Parlament, es jedem Bürger freizustellen, eine andere Staatsbürgerschaft anzunehmen. Im Außenministerium schätzt man, dass ca. 150.000 Menschen moldawische, 100.000 russische und 80.000 ukrainische Pässe besitzen. Der Rest verfügt über einen alten sowjetischen Pass, den ukrainische Behörden bis vor kurzem verlängerten. Mit diesem Pass darf man zumindest ans Schwarze Meer in die nahe Ukraine oder nach Russland<sup>147</sup> reisen.<sup>148</sup>

Die Transformation der Wirtschaft Transnistriens ist ein einzigartiges Phänomen im postsowjetischen Raum. Im Unterschied zu den landwirtschaftlich geprägten abtrünnigen Republiken wie Abchasien und Berg-Karabach gelang es, dieser industriell entwickelten Region nicht nur das industrielle Potenzial aus der Sowjetzeit zu erhalten, sondern auch weiter zu entwickeln und die industrielle Produktion auf die Auslandsmärkte zu bringen. Der Umfang der Export-Importen Geschäfte Transnistriens im Jahr 2000 war ca. 817 Mio. USD, etwa drei Mal so viel als im übrigen Moldawien.<sup>149</sup>

---

<sup>143</sup> Suworov wird in Transnistrien als Befreier Transnistriens glorifiziert.

<sup>144</sup> Vgl. Siegl, Elfie (2001): Drei Lenins in einer Straße waren zuviel. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8.12.2001, S. 3

<sup>145</sup> Vgl. Troebst, Stefan (2003): Staatlichkeit im Pseudo-Staat. Identitätsmanagement in Transnistrien. S. 979

<sup>146</sup> Vgl. Ebenda. S. 979-980

<sup>147</sup> Die Gültigkeit der sowjetischen Pässe in Russland ist unbefristet.

<sup>148</sup> Vgl. Hofbauer, Hannes (2006): Mitten in Europa. Politische Reiseberichte aus Bosnien-Herzegowona, Belarus, der Ukraine, Transnistrien-Moldawien und Albanien. Promedia Verlag, Brennpunkt Osteuropa, Wien, S. 142

<sup>149</sup> Vgl. Zentr strategitscheskih issledowanij i reform. Issledovanie ekonomiki Pridnestrovija, 11.2003, S. 3: <http://www.cisr-md.org/pdf/0311%20transn-research%20RUS.pdf>, eingesehen am 26.01.2013

Des Weiteren ist Moldawien wirtschaftlich von Transnistrien abhängig, was die Position von der transnistrischen Elite zusätzlich stärkte. Denn Transnistrien verfügt über beträchtliches Industriepotenzial: „1999 entfielen nach Angaben Tiraspol 30% der Industriekapazität und 90% der Stromerzeugung Moldovas auf die PMR.“<sup>150</sup> Außerdem führen Pipelines, die ganz Moldawien mit Energie versorgen, durch das transnistrische Gebiet und können dort jederzeit unterbrochen werden.<sup>151</sup> Weiteres hielt Transnistrien ab 1991 alle Steuerzahlungen an Chisinau zurück.<sup>152</sup>

Generell ist die Wirtschaft Transnistriens vorwiegend auf den Export angewiesen, es werden 90 Prozent der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion exportiert (vorwiegend nach Russland, Moldawien und die Ukraine).<sup>153</sup> Maßgeblicher Wirtschaftsfaktor ist das Stahlwerk in Ribnita, das 2001 für die Hälfte der Einnahmen des transnistrischen Budgets verantwortlich war.<sup>154</sup>

Die gesamte Exportwirtschaft Transnistriens gilt heute als „schwarzes Loch“ Europas. Der informelle Sektor der Wirtschaft von Transnistrien basiert einerseits auf dem Verkauf von regionalen Produkten, andererseits aber hauptsächlich auf dem Handel mit Transitwaren der Schattenwirtschaft. Bei den Schmuggelaktivitäten handelt es sich um den Reexport von Ölprodukten und den Import von Zigaretten und Alkohol. Die Größe des informellen Sektors in Transnistrien beträgt ungefähr 50 Prozent des offiziell angegebenen Bruttoinlandsprodukts.<sup>155</sup> Der Schleichhandel an der von Transnistrien kontrollierte Grenze zur Ukraine erweist sich für einige Transnistrier als sehr profitabel. Transnistrien hat sich zu einem wichtigen Transitland für Schmuggelware entwickelt. Die Schleichhandelaktivitäten werden geschützt und kontrolliert von einigen wenigen Klanfamilien, die alle mit der Präsidentenfamilie in Verbindung stehen. Politik in Transnistrien ist also nicht nur mit legaler Wirtschaft verwoben, sondern auch mit illegalen Aktivitäten.<sup>156</sup>

Wie sehr der Smirnow-Clan durch die Sezessionsbestrebungen Transnistriens profitierte, zeigt auch die Tatsache, dass das mächtigste und erfolgreichste Unternehmen „Sheriff“ unter dessen Kontrolle war: „Die mächtigste Gruppierung „Sheriff“, zu deren Firmengründern der

---

<sup>150</sup> Vgl. Malek, Martin (2006): Der Konflikt im Dnjestr-Gebiet (Moldova). Analyse und Dokumente. S. 61

<sup>151</sup> Vgl. Ebenda. S. 61

<sup>152</sup> Vgl. Ebenda. S. 61

<sup>153</sup> Vgl. Ebenda. S. 62

<sup>154</sup> Vgl. Ebenda. S. 62

<sup>155</sup> Vgl. Ploier, Sebastian (2011): Nicht-anerkannte "Staaten" im post-sowjetischen Raum - Transnistrien, Abchasien, Südossetien und Bergkarabach. Diplomarbeit Universität Wien. S. 43-44

<sup>156</sup> Vgl. Popescu, Nicu (2005): The EU in Moldova-Settling conflicts in the neighbourhood. In: Occasional Paper No. 60. European Union, Institute for Security Studies, Paris : <http://www.iss.europa.eu/uploads/media/occ60.pdf>, eingesehen am 26.01.2013

Präsidentensohn Vladimir Smirnow gehört, herrscht über Supermärkte, Tankstellen, Waffenbetriebe, besitzt eine Mercedes-Niederlassung, Zeitungen, einen Fernsehsender und hat eine eigene Mobilfunklizenz.<sup>157</sup> In den Massenmedien wird oft Transnistrien als „Staat von „Sheriff“ benannt. Die Tätigkeit "des Sheriffs" wurde lange Zeit von Smirnow kontrolliert, weil der Präsidentensohn das Zollkomitee Transnistriens leitete.

Durch solche starke Verflechtung von Politik und Wirtschaft weist Transnistrien auch zwei weitere Merkmale eines neopatrimonialen Systems auf, nämlich jenes der endemischen Korruption und des politischen Klientelismus.<sup>158</sup> Denn durch diese politisch-wirtschaftliche Verflechtung profitierten nur der Smirnow-Clan und sein Umfeld, da durch Korruption und Schmuggel das private Einkommen aufge bessert werden konnte.<sup>159</sup> Deshalb war es auch nur die logische Folge, dass der Smirnow-Clan von seinen Sezessionsbestrebungen nie abwich, denn: „Eine Reintegration des Dnjestr-Gebiets in den moldauischen Staatsverband würde die Smirnows um ihre Einkünfte bringen.“<sup>160</sup>

Seit Ende der 1990er Jahre (fast 10 Jahre später als in Moldawien) war die Führung in Tiraspol aufgrund einer schwierigen Finanzlage gezwungen, die Wirtschaft zu privatisieren. Diese Privatisierung hatte zur Folge, dass sich die wirtschaftlichen Akteure immer stärker der politischen Kontrolle des Regimes entzogen. So sind ein Fernsehsender und einige Radiostationen in Besitz des Unternehmens „Sheriff“ geraten. Die Schwerindustrien und der Energiesektor wurden von russischen Investoren erworben. Aus diesem Grund hat Russland sein wirtschaftliches Potenzial in Transnistrien konzentriert und die transnistrische Elite konnte die russischen Investoren nicht immer unter ihre Kontrolle bringen.<sup>161</sup>

Demgemäß kontrolliert die transnistrische Elite heute die wichtigsten Handelsketten und Wirtschaftssektoren. Bis vor kurzem finanzierte sich Smirnow und sein Regime primär über die „Staats-Einnahmen – vor allem durch Zölle und Gebühren – die die Bevölkerung für Energie zahlte, die aber nicht oder nur zum Teil an die russischen Lieferanten weitergegeben wurden.“<sup>162</sup> Smirnows politische Interessen waren jedoch auf den Erhalt des Status Quo ausgerichtet. Die Elite Transnistriens wisse bis heute nicht, ob sie die inzwischen privatisierten Firmen behalten dürfe, falls sich der Status Quo je verändert würde. Jeder

---

<sup>157</sup> Vgl. Schorkowitz, Dittmar (2008): Postkommunismus und verordneter Nationalismus. Gedächtnis, Gewalt und Geschichtspolitik im nördlichen Schwarzmeergebiet. S. 163

<sup>158</sup> Vgl. Irsigler Vita-Theresa (2011): Die Sezessionskonflikte in der Republik Moldawien seit 1989. S. 82

<sup>159</sup> Vgl. Ebenda. S.82

<sup>160</sup> Vgl. Malek, Martin (2006): Der Konflikt im Dnjestr-Gebiet (Moldova). Analyse und Dokumente. S. 64

<sup>161</sup> Vgl. Sieg, Hans Martin (2011): Der Transnistrien-Konflikt: Voraussetzungen für eine Konfliktlösung. In: Südeuropa Mitteilungen Heft 3, 2011. S.66

<sup>162</sup> Vgl. Ebenda. S. 66-67

Konfliktlösungsvorschlag muss auch auf diesen Aspekt eingehen, wenn er nicht den Widerstand der seit den 1990ern entstandenen Oligarchie provozieren will, die auf Grund ihrer Beherrschung der Medienlandschaft große Teile der Bevölkerung jederzeit gegen Chisinau mobilisieren können.

### **3.3. Darstellung der komplexen Probleme**

Kilian Graf weist auf die ökonomischen, politischen, rechtlichen, soziokulturellen und militärischen Probleme hin, die heute eine Konfliktlösung behindern.<sup>163</sup>

Die ökonomischen Probleme bestehen darin, dass Transnistrien und Moldawien unterschiedliche Privatisierungsmethoden, Wirtschaftsmodelle, Bankensysteme, aber auch im Bezug auf den Privatbesitz von Grund und Boden, haben. Das Hauptproblem ist, dass Transnistrien und Moldawien nach den Ereignissen der 1990er Jahre, infolge verschiedenster Gründe, unterschiedliche Prioritäten in der gesellschaftlichen Entwicklung durchmachten. Moldawien wählte die Prinzipien der Demokratie und der freien Marktwirtschaft. In Transnistrien ist viel von dem sowjetischen System in der sozialen Sphäre und in der Wirtschaft geblieben. Transnistrien ist heute komplett von der russischen Wirtschaft abhängig. Die transnistrischen Fabriken und Betriebe laufen mit kostenlosen Gaslieferungen aus Russland, und die ausstehenden Zahlungen auf dem Schuldenkonto steigen kontinuierlich an – heute sind es 2,8 Milliarden Dollar.<sup>164</sup> Wenn der Konflikt nicht nach dem russischen Plan oder völlig ohne russische Vermittlung gelöst wird, wird Russland diese Schulden einfordern.

Die Wirtschaftswidersprüche zwischen Chisinau und Tiraspol entstehen auch in verschiedenen Ansätzen in der Durchführung der Wirtschaftsgestaltungen. Für Moldawien, wie auch für die Mehrheit der GUS-Staaten, ist die von der Nomenklatur verwirklichte Privatisierung (das staatliche Eigentum wurde von den russischen und transnistrischen Partieliten privatisiert) charakteristisch. Ein Ergebnis der Privatisierung ist das Wachstum „der Schattenwirtschaft“, das Budgetdefizit, die wachsende Staatsverschuldung, die Abfuhr der „Schattenkapitalien“ ins Ausland. Transnistriens unbestimmter Status spielt für die „Schattenwirtschaft“ Moldawiens die Rolle einer Steueroase und erleichtert dem einigen Teil der moldawischen Nomenklatur das Kapital und die Waren zu exportieren und zu importieren.

---

<sup>163</sup> Vgl. Graf, Kilian (2010): Der Transnistrien-Konflikt: Produkt spätsowjetischer Verteilungskämpfe und Zerfallskonflikt der implodierten Sowjetunion. S. 398-399

<sup>164</sup> Vgl. Libera, Romania: Abgekartete Wahl in Tiraspol, 09. 12. 2011: <http://www.presseurop.eu/de/content/article/1267951-abgekartete-wahl-tiraspol>, eingesehen am 26.01.2013

Ganz im Gegensatz zu Moldawien, ist in Transnistrien das gesamte Staatseigentum unter der Kontrolle des Präsidenten und seiner engen Umgebung. Die transnistrische Nomenklatur hält an den Zentralverwaltungsmethoden in der Wirtschaft fest.

Im politisch-rechtlichen Bereich handelt es sich um verschiedene Gesetzgebungsprozesse und Staatsstrukturen. In den vergangenen Jahren wurden alle staatlichen Institutionen in Moldawien und Transnistrien gebildet. Seit 1994 ist Moldawien eine parlamentarische Demokratie nach rumänischem Vorbild. Laut den Verfassungsänderungen 1995 wurde Transnistrien zur Präsidentialrepublik erklärt. Darum wurden unterschiedliche staatliche Körperschaften in Moldawien und Transnistrien etabliert.

Die sozio-kulturellen Unterschiede in Bildungs- und Sozialsystemen und Entflechtung der Medienkonglomerate verhindern auch eine Konfliktlösung zu finden. Während es in Moldawien nur eine Staatssprache – Moldawisch – gibt, existiert in Transnistrien die gleichberechtigte Dreisprachigkeit (Moldawisch, Russisch, Ukrainisch) die auch in der Verfassung niedergeschrieben ist. Russisch ist aber praktisch die allein dominierende Sprache.

Die russische Militärpräsenz gilt auch als ein Hindernis in der Frage der Konfliktlösung. Die „Operative Gruppe der russischen Truppen“ (wie die 14. Armee seit 1995 heißt) überwacht bis heute die Grenzen am Dnjestr. Igor Smirnow betonte, dass die russische Friedenstruppen in Transnistrien vor 17 Jahren einen Genozid beendeten und aus diesem Grund will das Volk sie hier behalten.<sup>165</sup> Eine Volksabstimmung 1995 in Transnistrien hat sich klar für einen Verbleib der russischen Truppen ausgesprochen.<sup>166</sup> Die „Operative Gruppe“ sei eine Sicherheitsgarantie für Transnistrien. Aber tatsächlich tragen sie seit 1992 maßgeblich zur Sicherung des Status quo, also der De-facto-Unabhängigkeit von Transnistrien, bei. Die russische Militärpräsenz am Dnjestr ist „für Transnistrien militärisch, politisch und symbolisch eine Bestandsgarantie.“<sup>167</sup>

Aus diesen Gründen ist der Transnistrien-Konflikt ein komplexes Phänomen. Das politische Chaos in Moldawien 2009-2012 und der lange Zeit existierende Autoritarismus in Transnistrien behindern heute auch die Lösung des Konflikts.

---

<sup>165</sup> Vgl. Spiegel Online: Separatistenrepublik Transnistrien "Sie sollten uns nicht mit der DDR verwechseln", 14.03.2009: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,613231,00.html>, eingesehen am 28.01.2013

<sup>166</sup> Vgl. Malek, Martin (2006): Der Konflikt im Dnjestr-Gebiet (Moldova). Analyse und Dokumente. S.45

<sup>167</sup> Vgl. Hanne, Gottfried (1998): Der Transnistrien-Konflikt: Ursache, Entwicklung und Perspektiven einer Regulierung. S. 30

### 3.4 Die aktuelle politische Lage im Dnjestr-Gebiet

2009-2011 erlebte Moldawien eine innere politische Krise. Präsident Vladimir Voronin durfte nach zwei Amtszeiten nicht mehr erneut antreten. Im April 2009 fehlte den Kommunisten bei den Parlamentswahlen eine einzige Stimme, um seine Kandidatin Sinaida Greceanii zum Präsidenten zu wählen.<sup>168</sup> Die Kommunistische Partei bekam 60 Mandate von 101 Mandaten. In Moldawien wird der Präsident von einer 3/5 Mehrheit im Parlament gewählt, was 61 Mandate oder 60 Prozent der Stimmen beträgt. Das Parlament wurde damals abgelöst und die Wahlwiederholung fand im Juli 2009 statt. Aufgrund der schlechten Wirtschaftsentwicklung in Moldawien wurden die Wahlen im April 2009 mit Massendemonstrationen gegen regierende Kommunisten begleitet.

Die Wahlwiederholung im Juli 2009 vertiefte weiter die politische Krise. Die erforderliche Mehrheit erhielt keine Partei. Es kam aber zur Bildung der ersten „Allianz für europäische Integration“ (AIE), wie sich die neuen 4 Regierungsparteien, die Liberaldemokratische Partei, die Demokratische Partei, die Liberale Partei und die „Allianz Unser Moldau“ nannten. Die Allianz stellt die Demokratisierung und die europäische Integration Moldawiens als Priorität. Der Vorsitzende der Liberaldemokratischen Partei Vlad Filat wurde zum Ministerpräsident bestimmt. Die Allianz bekam eine knappe Mehrheit von 52 gegenüber 49 Sitzen für die Kommunisten im neuen Parlament Moldawiens.<sup>169</sup> Der Staatspräsident wurde trotzdem nicht gewählt, weil kein Kandidat die notwendigen 61 Stimmen erhielt. Das politische Chaos dauerte 3 Jahre. Erst im März 2012 wählte das Parlament mit 62 Stimmen den neuen Präsidenten Moldawiens. Der Kandidat von der regierenden pro-westlichen "Allianz für Europäische Integration" Nicolai Timofti wurde am 23. März 2012 ins Amt eingeführt.<sup>170</sup> Er ist auch der erste parteilose Präsident Moldawiens, obwohl er als pro-europäisch eingestellt gilt.

Mit der Wahl des neuen Präsidenten Moldawiens endete die innere politische Krise. Die neue Tendenz ist in der heutigen politischen Situation in Moldawien bemerkbar. Die Koalitionsparteien der AEI konkurrieren um die Kontrolle über die administrative

---

<sup>168</sup> Vgl. Graf, Kilian (2010): Der Transnistrien-Konflikt: Produkt spätsowjetischer Verteilungskämpfe und Zerfallskonflikt der implodierten Sowjetunion. S. 319

<sup>169</sup> Vgl. Schübel, Dirk (2012): Reformen in der Republik Moldau: Auf der Überholspur nach Europa oder viel Lärm um nichts?. In: Reiter, Erich (Hrsg.) (2012): Problem und Lösungsansätze im Transnistrienkonflikt. Schriftenreihe zur internationalen Politik, Band 5, Böhlau Verlag, Wien. S. 64

<sup>170</sup> Vgl. RIA Novosti: Verfassungsgericht: Wahl von Präsident Moldawiens legitim, 19.03.2012 <http://de.rian.ru/politics/20120319/263104119.html>, eingesehen am 28.01.2013

Ressource.<sup>171</sup> Die andauernde politische Krise und Unfähigkeit, politische Entscheidungen zu treffen, bestätigt den Machtkampf innerhalb der Regierung. Der Experte Hans Martin Sieg berichtet in einem Studium über Moldawien, dass die wichtigste Bruchlinie innerhalb der Koalition zwischen Premierminister Vlad Filat, dem Vorsitzenden der stärksten Regierungspartei, der Liberaldemokratischen Partei, und dem stellvertretenden Vorsitzenden der Demokratischen Partei, Vlad Plahotniuc verlaufen dürfte. „Dabei spielt die Sorge, dass Plahotniuc – einer der reichsten moldawischen Unternehmer – seine überlegenen finanziellen Mittel zur Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse einsetzen würde, eine entscheidende Rolle. Filat warf ihm bereits in der Vergangenheit vor, nur seine eigenen oligarchischen Interessen zu verfolgen.“<sup>172</sup> Schließlich waren es nicht so sehr gemeinsame Interessen der Koalition sondern vielmehr ein gemeinsamer Konkurrent, und zwar die Kommunistische Partei Moldawiens, der die Einigung auf einen neuen Präsidenten Nicolai Timofti motivierte.

Wie schon erwähnt, wurde Transnistrien Jahrzehnte lang von einem Familienclan, den Smirnows, beherrscht. Erst die Wahlen im Jahr 2011 brachten eine Wende. Denn bei den Präsidentschaftswahlen am 12. Dezember 2011 konnte der langjährige Amtsinhaber Igor Smirnow nur den dritten Platz erreichen und verpasste somit die Stichwahl (bei der sich am 25. Dezember 2011 Ex-Parlamentspräsident Schewtschuk gegen den von Russland unterstützten Kaminiski durchsetzen konnte<sup>173</sup>). Smirnow war fast 20 Jahre transnistrischer Präsident und wurde immer von Russland unterstützt. Zuletzt fehlte ihm aber die russische Unterstützung, im Wahlkampf wurde er sogar von Russland, das mehr Kaminski unterstützte, kritisiert.<sup>174</sup> Der Kritikpunkt Russlands war, dass Smirnow von Moskau kaum zu kontrollieren war. Aus der russischen Sicht wurde Smirnow auch als Hindernis für eine Verhandlungslösung des Konfliktes in letzter Zeit gesehen. Russland wollte die Macht Smirnows beschränken und unterstützte den Kandidat von der Partei „Obnovlenie“ (Erneuerung) Kaminski, den Sprecher des transnistrischen Parlamentes. In dieser Partei herrscht starkes Interesse an einer wirtschaftlichen Öffnung Transnistriens und an einer Bewältigung des Transnistrien- Konflikts. Im Transnistrien-Konflikt zielt „Obnovlenie“ aber

---

<sup>171</sup> Vgl. Sieg, Hans Martin (2012): Der Transnistrienkonflikt nach den Präsidentschaftswahlen in Russland, Moldau und Tiraspol. Politische Perspektiven und strategische Ansätze. Länderbericht. S. 2 : <http://www.kas.de/moldau/de/publications/31198/>, eingesehen am 28.01.2013

<sup>172</sup> Vgl. Ebenda. S. 2

<sup>173</sup> Vgl. Der Standard: Schewtschuk gewann Präsidentschaftswahl, 26. 12. 2011: <http://derstandard.at/1324501274223/Transnistrien-Schewtschuk-gewann-Praesidentenwahl>, eingesehen am 28.01.2013

<sup>174</sup> Vgl. Der Standard: Transnistrien: Präsident Smirnow nicht in Stichwahl, will Wahl anfechten, 12. 12. 2011: <http://derstandard.at/1323222759943/Transnistrien-Praesident-Smirnow-nicht-in-Stichwahl-will-Wahl-anfechten>, eingesehen am 28.01.2013

auch auf ein möglichst eigenständiges Transnistrien ab. Weiters strebt die Partei zum Ausbau einer grenzüberschreitenden Infrastruktur sowie der Förderung ausländischer Investitionen.<sup>175</sup>

Doch gewann ein unabhängiger Kandidat Evgeni Schewtschuk die Präsidentschaftswahl 2011. Er ist auch mit der Partei „Obnovlenie“ politisch verbunden. Er gehörte zu den Gründern dieser Partei und war bis 2010 ein Vorsitzender dieser Partei. In den 1990er Jahren machte er seine Karriere in dem erwähnten Unternehmen „Sheriff“. Hinter ihm steht ein Unternehmungskonglomerat, das große Teil der transnistrischen Wirtschaft kontrolliert, und deren Geschäftsinteressen wegen der Isolation Transnistriens leiden. Er wird auch von den „aktiv denkenden“ Studenten unterstützt.

Fest steht auch, dass Schewtschuk im Vorfeld der Wahl und auch nach seinem Wahlsieg von vielen Seiten als „Reformer“ angepriesen wurde, der sich entschlossen gegen Korruption stellt.<sup>176</sup> Seine Wahl war das Ergebnis der Reformhoffnungen innerhalb der Bevölkerung Transnistriens. Gegenüber Moldawien zielt er auch auf der Unabhängigkeit Transnistriens ab. Gleichzeitig besteht Schewtschuk auf Stationierung russischer Truppen auf dem Territorium Transnistriens.<sup>177</sup> Trotzdem zielen seine Reformabsichten auch darauf ab, die Überlebensfähigkeit der Region zu stärken. Unbestritten ist auch, dass Schewtschuk bei den zukünftigen Verhandlungen gegenüber Russland keine großen Bewegungsspielräume haben wird, weil er auf die finanzielle Unterstützung Russlands angewiesen bleibt.

Ob mit der Wahl von Jewgeni Schewtschuk nicht nur ein Macht- sondern auch ein Politikwechsel in Transnistrien erfolgen wird, kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht beurteilt werden. Anlass zur Hoffnung für eine Lösung des Konflikts gibt es aber: „Der Führungswechsel in Tiraspol wird einer Konfliktlösung nicht unmittelbar den Weg bereiten. Zu viele andere Fragen sind noch offen. Mittelbar können sich die Chancen für eine Beilegung des Konfliktes durch den politischen Wandel und die Perspektive für Reformen innerhalb Transnistriens, die sich mit den Wahlen eröffnen, jedoch entscheidend erhöhen.“

---

<sup>175</sup> Vgl. Sieg, Hans Martin (2011): Der Transnistrien-Konflikt: Voraussetzungen für eine Konfliktlösung. In: Südeuropa Mitteilungen Heft 3, 2011. S. 67

<sup>176</sup> Vgl. Sieg, Hans Martin (2012): Führungswechsel nach 20 Jahren. Länderbericht Republik Moldau, Konrad-Adenauer-Stiftung. S.2: [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_29829-1522-1-30.pdf?120104152114](http://www.kas.de/wf/doc/kas_29829-1522-1-30.pdf?120104152114), eingesehen am 28.01.2013

<sup>177</sup> Vgl. Graf, Kilian (2010): Der Transnistrien-Konflikt: Produkt spätsowjetischer Verteilungskämpfe und Zerfallskonflikt der implodierten Sowjetunion. S. 396

Denn die Möglichkeiten der Konflikt gelöst werden könnte, hängen ihrerseits von solchen Reformprozessen ab.“<sup>178</sup>

Einerseits eröffnet die neue politische Situation in Moldawien und die politische Veränderung in Transnistrien Chancen auf politischen und wirtschaftlichen Wandel und auf die Wende im Konflikt, andererseits aber, schränkt die damit verbundene Ungewissheit über eine weitere Entwicklung den Bewegungsspielraum aller Akteure in den Verhandlungen über eine Konfliktlösung ein.

### **3.5. Besonderheit des Transnistrien-Konflikts**

Der Transnistrien-Konflikt wird oft in der Literatur als „Sezessionskonflikt“ kategorisiert, weil sich die Auseinandersetzungen um die Kontrolle über das Gebiet drehen. Es werden verschiedene Erklärungsansätze für den Charakter dieses Sezessionskonflikts dargestellt. Zwei sind in der Literatur dominant. Eine Gruppe der Autoren fokussiert sich auf die ethnischen Begebenheiten der Region. Der Konflikt wird von diesen Autoren als Auseinandersetzung zwischen den Moldawiern als Ethnie und den Minderheiten als Ethnie verstanden. Zwei Ethnien kämpfen um die ethnischen Aspekte wie die Sprache.<sup>179</sup> Die anderen Autoren weisen auf die politische Dimension des Konflikts hin. Unter diesem Blickwinkel wird „eine gezielte Territorialisierung durch reformfeindliche transnistrische Elite erfahren, die das ethnische Konfliktpotenzial instrumentalisieren, sodass die ethnischen Auseinandersetzungen in den Vordergrund getreten sind.“<sup>180</sup>

Der Transnistrien-Konflikt kann nicht nur als ein ethnischer Konflikt klassifiziert werden. Das „nationale Motiv“ stellt vergleichsweise den schwächsten Grund der Sezession dar. In Moldawien gab es keine größeren Vertreibungen. In beiden Landesteilen setzt sich die Bevölkerung aus denselben Gruppen zusammen. Nur die proportionale Zusammensetzung ist unterschiedlich. Innerhalb Transnistriens sind die Anteile der Moldawier, Ukrainer und Russen etwa gleichgewichtig. In Moldawien ist der Anteil der Moldawier ca. 70 Prozent. Auffallend ist auch, dass die in ethnischen Konflikten vorkommenden Genozide in diesem Konflikt nicht vorgefallen sind. Vor 1991 hatte es in der MSSR im Gegensatz zu den anderen Beispielen der Sezession keine ethnischen Konflikte gegeben. Davon ausgehend bemerkt

---

<sup>178</sup> Vgl. Sieg, Hans Martin (2012): Führungswechsel nach 20 Jahren. Länderbericht Republik Moldau, Konrad-Adenauer-Stiftung. S.3-4: [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_29829-1522-1-30.pdf?120104152114](http://www.kas.de/wf/doc/kas_29829-1522-1-30.pdf?120104152114), eingesehen am 28.01.2013

<sup>179</sup> Vgl. Zeller, Anika (2005): Konstruktion im Wandel. Nationale Identität in der Republik Moldau. Eine Analyse der staatlichen Zeitung Nezaivismaja Moldova (1991-1994). Verlag Dr. Kovac, Hamburg. S.64

<sup>180</sup> Vgl. Ebenda. S. 65

Klemens Büscher, dass Transnistrien den einzigen erfolgreichen Sezessionsfall eines außerhalb Russlands gelegenen russisch geprägten Gebietes darstellt und zu den überraschenden Resultaten der postsowjetischen Umwälzungsprozesse gehört: „bis 1988 trat Transnistrien in der Sowjetunion weder als gegenwartsbezogener politischer Begriff noch als politische Einheit in Erscheinung.“<sup>181</sup>

Die Besonderheit des Transnistrien-Konflikts besteht auch darin, dass er als ein ethnischer Konflikt zwischen der russischen und moldawischen Bevölkerung entstanden ist und mittlerweile ein Machtkampf zwischen Elitengruppen geworden ist. Die Elitengruppen auf beiden Seiten des Dnjestr profitieren von den wirtschaftlich-kriminellen Strukturen. Der Experte Kilian Graf stellt fest, dass es ein Konflikt um Macht und Geld, aber schon lange nicht mehr um Sprache und Kultur ist. Es geht nicht darum ethnischen Gruppen Rechte zum Erhalt ihrer Idiome zuzustehen. Stattdessen steht in Transnistrien wirtschaftlicher Einfluss zur Disposition, den die Eliten Transnistriens nicht in die Hände Moldawiens übergeben wollen.<sup>182</sup>

Ein interessanter Aspekt des Transnistrien-Konflikts ist die Tatsache, dass er weder ein zweites Mal gewaltsam eskalierte, noch gelöst werden konnte, sondern seit fast 20 Jahren nichts mehr am bestehenden Status änderte.<sup>183</sup> Es gab seit dem Waffenstillstand 1992 weder einen Gewaltausbruch noch einen signifikanten Fortschritt in Richtung Konfliktlösung.<sup>184</sup> Der Konflikt eskaliert nicht, weil er im Vergleich zu den anderen schwelenden Konflikten um Abchasien und Südossetien weniger von ethnischen Spannungen geprägt ist. Das Einfrieren des Konflikts führte zur Etablierung eines Schattenstaates Transnistrien und keiner der zahlreichen Akteure im Dnjestr-Gebiet hatte ein wirkliches Interesse an einer Änderung der Existenz dieses Schattenstaates Transnistrien. Die Analyse der Transformationsprozesse in der Region zeigte, dass die Realität einer rechtlichen Grauzone auf postsowjetischem Gebiet sogar im Interesse dieser Akteure liegt.

Die Auseinandersetzung zwischen den spätsowjetischen Eliten um den Zugang zu den Ressourcen erscheint als der wichtigste Faktor für die Entstehung dieses Konflikts zu sein.

---

<sup>181</sup> Vgl. Büscher, Klemens (1998): Die "Staatlichkeit" Transnistriens - ein Unfall der Geschichte? S. 1-2: <http://www.uni-leipzig.de/~mil/pdf/de/BuescherTransnistrien.pdf>, eingesehen am 29.01.2013

<sup>182</sup> Vgl. Kilian, Graf (2010): Der Transnistrien-Konflikt: Produkt spätsowjetischer Verteilungskämpfe und Zerfallskonflikt der implodierten Sowjetunion. S. 412-413

<sup>183</sup> Vgl. Ebenda. S. 412

<sup>184</sup> Vgl. Wolff, Stefan (2012): Ein lösbarer "Eingefrorener Konflikt"? Die Innen- und Außenpolitik der Selbstbestimmung in der Republik Moldau und Transnistrien. In: Reiter, Erich (Hrsg.) (2012): Problem und Lösungsansätze im Transnistrienkonflikt. Schriftenreihe zur internationalen Politik, Band 5, Böhlau Verlag, Wien. S. 14

Dementsprechend wird der Transnistrien-Konflikt als postsowjetischer Territorialkonflikt verstanden, dessen Entstehung als Folge des Umgestaltungsprozesses der UdSSR war.

Schließlich wird betont, dass die Gründe, die zum Entstehen des transnistrischen Konfliktes führten, schon lange in den Hintergrund gerückt sind. Heute ist die interethnische, kulturelle Feindschaft zwischen der Bevölkerung auf beiden Seiten des Dnjestr weit nicht mehr so präsent. Gleichzeitig findet sich die Bevölkerung aber mit dem Gedanken der bestehenden Spaltung des Landes ab. Der Transnistrien-Konflikt interessiert die Bevölkerung Moldawiens heute wenig. Davon zeugen die Ergebnisse der Umfragen im Land. Die unabhängigen soziologischen Forschungen zeigten, dass sich das Problem rund um den Transnistrien-Konflikt – von allen Problemen im Land, die die Bürger Moldawiens am meisten aufregen – auf dem zwölften Platz befindet und nur 2 Prozent der Befragten es für ein vorrangiges Thema halten.<sup>185</sup> Anders gesagt, die Frage über die Notwendigkeit der Konfliktlösung beunruhigt die absolute Mehrheit der Bevölkerung nicht (mehr) so stark, wie es schon einmal der Fall war. Weiters fordert eine immer größere Zahl der Vertreter sowohl der intellektuellen Eliten als auch der einfachen Bevölkerung Moldawiens die „Befreiung“ Transnistriens und die Entwicklung Moldawiens ohne Berücksichtigung auf die Vergangenheit.<sup>186</sup>

Die transnistrische Elite versucht die junge Generation, die unter den Bedingungen der Abwesenheit von Kontakten mit Moldawien aufgewachsen ist und kein Moldawisch kennt, zu manipulieren. Die moldawische Jugend weiß auch nicht genau, was Transnistrien ist, wie die Leute dort leben und warum Transnistrien für Moldawien wichtig oder notwendig ist. Transnistrien wird oft von den moldawischen Politikern nur vor den Parlamentswahlen oder vor den anderen politischen Aktionen erwähnt.<sup>187</sup>

---

<sup>185</sup> Vgl. Galinski, Moldovsko-prednestrovskoe uregulirovanie: riski i opasnosti obedineniya, 03. 04. 2008: <http://ava.md/02-pridnestrove/0537-ilya-galinskii-moldo-pridnestrovskoe-uregulirovanie-riski-i-opasnosti-obedineniya.html>, eingesehen am 28.01.2013

<sup>186</sup> Vgl. Ebenda

<sup>187</sup> Vgl. Andrievskij, Vitalij (2009): Dve bedy Pridnestrovija: “Sheriff” I Igor Smirnow, 07.10.2009: <http://forum.pridnestrovie.com/topic/?id=4387>, eingesehen am 29.01.2013

## 4. Interaktion der relevanten Akteure im Transnistrien-Konflikt

An diesem Konflikt sind drei Akteure auf der staatlichen Ebene beteiligt: Moldawien, Transnistrien und Russland. Moldawien und Transnistrien werden als regionale Akteure und Russland mit der Ukraine, der EU, der NATO als regionale Akteure klassifiziert. Die Akteure auf der nichtstaatlichen Ebene hatten keinen großen Einfluss auf den Konflikt. Aus diesem Grund wird die Interaktion dieser Akteure in der vorliegenden Arbeit nicht analysiert.

### 4.1 Die lokalen Akteure

#### 4.1.1. Moldawien

Der Transnistrien-Konflikt zählt zu den Politikbereichen, die für Moldawien von außenpolitischer Relevanz sind. Die politische Elite in Moldawien zielt vor allem in der Außenpolitik auf die Wiederherstellung der territorialen Integrität des Landes.<sup>188</sup> Dieses Ziel wurde offiziell in der Konzeption der Nationalpolitik Moldawiens von 2003 bestätigt.<sup>189</sup> Moldawien hat einen geringen Einfluss im Transnistrien-Konflikt, weil Moldawien politisch und ökonomisch schwach ist.

Die Kommunisten (PCRM) stellten bis 2010 die Mehrheit in legislativen Organen<sup>190</sup>, damit war Moldawien das einzige Land Europas. Obwohl die Kommunisten Moldawiens ideologisch näher zu den transnistrischen Separatisten sind, halten sie an der territorialen Integrität Moldawiens fest. Sie sind sogar bereit zu einem Arrangement mit Transnistrien auf der Grundlage einer Autonomie und damit einer Teilung der Macht auf lokaler Ebene. Die Partei war auch für eine enge Verbindung zur EU und Russland und sieht sogar Moldawien in diesem Bezug als eine Brücke.<sup>191</sup> Nach der Verweigerung Moldawiens das Kozak-Memorandum zu unterschreiben, wurden die Verhältnisse zwischen Russland und Moldawien geschädigt. Moldawien nimmt Westintegrationskurs. Die im Jahr 2010 gebildete „Allianz für europäische Integration“, die knappe Mehrheit im Parlament heute stellt, redet über die Annäherung an Europa und über die Bereitschaft das Transnistrien-Problem zu lösen. Ihre

---

<sup>188</sup> Vgl. Republic of Moldova. Foreign Relations.: <http://www.moldova.md/en/relatite/>, eingesehen am 29.01.2013

<sup>189</sup> Vgl. Konzepziya nazionalnoj politiki respublik Moldovi (2003):

<http://lex.justice.md/viewdoc.php?action=view&view=doc&id=312846&lang=2>, eingesehen am 31.01.2013

<sup>190</sup> Vgl. E-Democracy: Early Parliamentary in Moldova on November 28, 2010 Elections: <http://www.e-democracy.md/en/elections/parliamentary/2010/>, eingesehen am 02.02.2013

<sup>191</sup> Vgl. Kulminski, Vlad / Sieg, Hans Martin (2009): Die Europäisierung Moldovas: eine Strategie zur Lösung des Transnistrienkonflikts. In: Osteuropa (Berlin), 59 (Mai 2009) 5. S. 23

Strategie zur Lösung des Konfliktes bleibt aber nicht klar. Es wird nur betont, dass der Konflikt durch den internationalen Verhandlungsprozess gelöst werden soll.<sup>192</sup>

#### 4.1.2. Transnistrien

Hauptziel der Separatisten in Transnistrien erscheint die Beibehaltung des seit dem Bürgerkrieg von 1992 fixierten Status Quo oder die Unabhängigkeit Transnistriens.<sup>193</sup> Im Vergleich zu Moldawien hat die politische Elite dafür mehr ökonomische, politische und vor allem militärische Mittel. Die Unterstützung von Russland sichert heute die Überlebensfähigkeit und die Existenz Transnistriens. Wegen russischer Präsenz sieht die politische Elite keinen Anlass für Zugeständnisse an Moldawien.

In den Verhandlungen steht Transnistrien auf Vertragsbeziehungen zwischen „gleichberechtigten Subjekten“. Es lehnt eine Autonomie im Bestand eines vereinten Moldawien ab, d.h. eine Unterordnung unter die Regierung Moldawiens kommt für Transnistrien nicht in die Frage.<sup>194</sup>

Gottfried Hanne betont, dass die politischen Positionen der Transnistrien-Führung in der Konfliktregulierung von den Interessen der russischsprachigen Bevölkerung der transnistrischen Region losgelöst sind. „Vielmehr geht es der korrupten Führungsgruppe...nur noch darum, zur eigenen materiellen Gewinnmaximierung den Status Quo so lange wie möglich aufrechtzuerhalten.“<sup>195</sup>

Transnistrien betont auch seine Forderung auf eigene Staatlichkeit mit allen entsprechenden Attributen wie Präsident, Regierung Parlament, Währung, Armee und Symbolik. Im Wappen finden sich Hammer und Sichel, deren Verwendung in Moldawien seit Juli 2012 verboten ist.<sup>196</sup> Die Verfassung Transnistriens von 1995 verbietet alle Tätigkeiten „gegen die Souveränität der Republik.“<sup>197</sup> Die Ideologie Transnistriens stützt sich darauf, dass die Eigenständigkeit Transnistriens erforderlich ist, um die Bevölkerung vor der „aggressiv-

---

<sup>192</sup> Vgl. Schübel, Dirk (2012): Reformen in der Republik Moldau: Auf der Überholspur nach Europa oder viel Lärm um nichts?. In: Reiter, Erich (Hrsg.) (2012): Problem und Lösungsansätze im Transnistrienkonflikt. S. 74-75

<sup>193</sup> Vgl. Malek, Martin (2006): Der Konflikt im Dnjestr-Gebiet (Moldova). Analyse und Dokumente. S.18

<sup>194</sup> Vgl. Ebenda. S. 18

<sup>195</sup> Vgl. Hanne, Gottfried (1998): Der Transnistrien-Konflikt: Ursache, Entwicklung und Perspektiven einer Regulierung. S.33

<sup>196</sup> Vgl. RIA Novosti: Moldawien: Hammer und Sichel als kommunistisches Symbol unter Verbot von 12.07.2012: <http://de.ria.ru/politics/20120712/263978427.html>, eingesehen am 02.02.2013

<sup>197</sup> Vgl. Transnistrische Verfassung : <http://zakon-pmr.com/DetailDoc.aspx?document=62295>, eingesehen am 02.02.2013

nationalistischen Politik Chishinaus“ und „rumänischen Faschisten“ zu schützen.<sup>198</sup> Zur herrschenden Ideologie gehört auch der Ansatz, dass Transnistrien ein „Teilchen des russischen Staates“<sup>199</sup> oder „de facto ein Teil von Russland“<sup>200</sup> ist. Martin Malek konstatiert, dass „es keine irgendwie maßgebliche Funktionäre, keine Gruppierungen oder Publikationen in Transnistrien, die diese Dogmen in Zweifel ziehen oder „sogar“ für eine erneute Unterordnung unter der Regierung in Moldawien eintreten, gibt.“<sup>201</sup>

Am 17. September 2006 wurde vom Parlament Transnistriens ein Referendum über die Zukunft Transnistriens initiiert. Die Bevölkerung sollte wählen, ob Transnistrien unabhängig und später ein Bestandteil Russlands sein sollte oder mit Moldawien wiedervereinigen sollte. Die Wahlbeteiligung hat ca. bei 80 Prozent gelegen. 94 Prozent der Wahlberechtigten stimmten für die Unabhängigkeit und die Möglichkeit eines späteren Anschluss an Russland.<sup>202</sup> Die Ergebnisse dieses Referendums wurden von den internationalen Organisationen und von den meisten Staaten nicht anerkannt, weil Transnistrien kein international anerkanntes Rechtssubjekt ist und es keine Beobachter von den internationalen Organisationen bei der Abstimmung gab. Die politische Elite Transnistriens bezieht sich oft auf dieses Ergebnis bei den Verhandlungen.

## **4.2. Die regionalen Akteure**

### **4.2.1. Russland**

Russland tritt offiziell auch für die territoriale Integrität Moldawiens ein und schlägt vor, den Konflikt auf der Grundlage des „Kozak-Plans“ (Transnistrien als Bestandteil der Föderation Moldawien) zu lösen.<sup>203</sup> Im Juli 2012 hat der russische Vize-Außenminister Grigori Karasin auf einem Treffen mit der politischen Führung Transnistrien in Tiraspol noch einmal die Position Russlands bezüglich Transnistrien-Problems wiederholt: „Wir sehen die Zukunft von

---

<sup>198</sup> Vgl. Malek, Martin (2006): Der Konflikt im Dnjestr-Gebiet (Moldova). Analyse und Dokumente. S.19

<sup>199</sup> Vgl. Troebst, Stefan (2003): Staatlichkeit im Pseudo-Staat. Identitätsmanagement in Transnistrien. S. 972

<sup>200</sup> Vgl. Zagorski, Andrei (2012): Russland im Transnistrienkonflikt. In: Reiter, Erich (Hrsg.) (2012): Problem und Lösungsansätze im Transnistrienkonflikt. Schriftenreihe zur internationalen Politik, Band 5, Böhlau Verlag, Wien. S. 77

<sup>201</sup> Vgl. Malek, Martin (2006): Der Konflikt im Dnjestr-Gebiet (Moldova). Analyse und Dokumente. S.19

<sup>202</sup> Vgl. Russland-Aktuell - Referendum: Dniestr-Republik für Russland-Anschluss, 18.09.2006: [http://www.aktuell.ru/russland/news/referendum\\_dnjestr\\_republik\\_fuer\\_russland\\_anschluss\\_15805.html](http://www.aktuell.ru/russland/news/referendum_dnjestr_republik_fuer_russland_anschluss_15805.html), eingesehen am 29.01.2013

<sup>203</sup> Vgl. Spiegel Online: Separatistenrepublik Transnistrien "Sie sollten uns nicht mit der DDR verwechseln", 14.03.2009: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,613231,00.html>, eingesehen am 04.02.2013

Transnistrien als ein Bestandteil des neutralen Staats Moldawien mit besonderen Rechten...<sup>204</sup>

Moldawien wurde wie andere ehemalige Sowjetrepubliken des „nahen Auslands“<sup>205</sup> als Zone besonderer russischer Interessen betrachtet.<sup>206</sup> Am 17. November 1995 hatte die Staatsduma Russlands Transnistrien zu einer „Region von besonderem strategischem Interesse“ erklärt.<sup>207</sup> Vlad Kulminski und Hans Martin Sieg weisen in der Darstellung „die Europäisierung Moldovas: eine Strategie zur Lösung des Transnistrien-Konflikts“ auf folgenden Punkt in der Politik Russlands gegenüber Moldawien und Transnistriens hin.<sup>208</sup> Ein separatistisches Transnistrien erlaubt Russland eine Militärpräsenz aufrechtzuerhalten. Für Moskau liegt die Bedeutung Transnistriens in dessen Potenzial, die Westorientierung Moldawiens zu beeinflussen. Transnistrien selbst dürfte nur von sehr begrenztem Wert für Russland sein, wenn es sich in Russland integrieren ließe.<sup>209</sup> Die Transnistrien-Politik Russlands ist ein Mittel, um Moldawien „in seiner Einflusszone zu halten. Russland bedient sich dazu mit der wirtschaftlichen Abhängigkeit der rechtsufrigen Landesteile Moldawiens bei der Lieferung von Energieträgern“.<sup>210</sup> Die wirtschaftliche und militärische Präsenz Russlands in der Region gilt als ein wichtiges Instrument, um den Einfluss zu erhalten und zwischen den beiden Landteilen zu vermitteln.

#### 4.2.2. Die Ukraine

Die Ukraine hat gemeinsame Außengrenzen sowohl mit Moldawien als auch mit Transnistrien. Aus diesem Grund interessiert sie sich auf die Stabilität eigener Grenzen im Osten. Die Ukraine hat auch wirtschaftliche Interessen in der transnistrischen Region. Auch ist sie ein bedeutender Faktor im wirtschaftlichen Leben Transnistriens und Moldawiens. Die Grenze zur Ukraine und die Verbindung zum nahe liegenden ukrainischen Hafen Odessa sind

---

<sup>204</sup> Vgl. Komsomolskaya Pravda: Grigori Karasin: Rossiya vidit buduschtschee Pridnestrovjya v katschestve osobogo rejona v sostave Moldovi. 30.07.2012: <http://www.kp.md/daily/25923.5/2874845/>, eingesehen am 02.02.2013

<sup>205</sup> Sieh Kapitel 6.1. S. 75

<sup>206</sup> Vgl. Büscher, Klemens (2004): Transnationale Beziehungen der Russen in Moldova und der Ukraine. Ethnische Diaspora zwischen Residenz- und Referenzstaat. S.154

<sup>207</sup> Vgl. Gosudarstvennaya Duma RF: Stenogramma zasedaniya 17 nojabrya 1995g. : <http://transcript.duma.gov.ru/node/3009/>, eingesehen am 09.02.2013

<sup>208</sup> Vgl. Kulminski, Vlad / Sieg, Hans Martin (2009): Die Europäisierung Moldovas: eine Strategie zur Lösung des Transnistrienkonflikts. S. 19

<sup>209</sup> Vgl. Ebenda. S.19

<sup>210</sup> Vgl. Malek, Martin (2006): Der Konflikt im Dnjestr-Gebiet (Moldova). Analyse und Dokumente. S.23

wichtig für Tiraspol, weil über diesen Hafen Exportgeschäfte Transnistriens abgewickelt werden.<sup>211</sup>

Die Haltung der Ukraine zum Transnistrien-Konflikt hat sich im Laufe der Zeit deutlich verändert. Die ukrainischen Präsidenten Leonid Krawtschuk (1991-1994) und Leonid Kutschma (1994-2005) erwähnten niemals einen Abzug der russischen Truppen aus der Region und zeigten auch keinen Einsatz für die territoriale Integrität Moldawiens, obwohl die Ukraine selbst in den 1990er Jahren ein Problem mit prorussischen Separatisten auf der Halbinsel Krim hatte.<sup>212</sup> Außerdem hatte die politische Führung unter Kutschma Moldawien bei seinen Bemühungen um den Aufbau der auf ukrainischem Territorium Zollstationen entlang des von Transnistrien kontrollierten Teilstücks der moldawisch-ukrainischen Grenze hingehalten, was der Außenhandelstätigkeit Transnistriens zugute kam.<sup>213</sup>

Nach der „oranigen Revolution“ in der Ukraine präsentierte sich Kiew als „pro-europäischer“ Akteur in den Konfliktregelungsprozess. 2005 stellte der Präsident Juschtschenko einen eigenen Friedensplan für Transnistrien vor. Der Plan sah die Demokratisierung Transnistriens und den Ersatz der russischen Truppen durch die internationalen Friedenstruppen vor.<sup>214</sup> Auch alle Verhandlungen bezüglich Transnistrien-Problematik müssten im Format „5+2“ (Moldawien, Transnistrien, Russland, die Ukraine, die OSZE, die EU und die USA) geführt werden. Im September 2001 hat die Ukraine die Beständigkeit ihrer Position auf einer Runde der informellen Konsultationen über die Konfliktbeteiligung im Format „5+2“ in Moskau bestätigt: „Ukraine confirms an invariance of the position on the Transnistrian settlement: any model of settlement should be agreed between the sides of the conflict with assistance of the mediators and observers within the limits of an existing format "5 +2", it should also provide the special status for Transnistria as a part of Moldova, guarantee human rights and national minorities according to the European standards. Ukraine has also reaffirmed its respect for the sovereignty and territorial integrity of Moldova.“<sup>215</sup>

---

<sup>211</sup> Vgl. Zagorski, Andrei (2012): Russland im Transnistrienkonflikt. In: Reiter, Erich (Hrsg.) (2012): Problem und Lösungsansätze im Transnistrienkonflikt. S.98

<sup>212</sup> Vgl. Malek, Martin (2006): Der Konflikt im Dnjestr-Gebiet (Moldova). Analyse und Dokumente. S.25

<sup>213</sup> Vgl. Ebenda. S.26

<sup>214</sup> Sieh Kapitel 7.6. S. 90

<sup>215</sup> Vgl. Homepage of Ukrainian Government: Ukraine has confirmed the permanence of its position on the Transnistrian settlement in a format "5+2", 23.11.2009:

[http://www.kmu.gov.ua/control/en/publish/article?art\\_id=244564457](http://www.kmu.gov.ua/control/en/publish/article?art_id=244564457), eingesehen am 09.02.2013

### 4.2.3. Die Europäische Union

In der Wahrnehmung der EU hat Moldawien ein negatives Image und gilt als „schwacher, wirtschaftlich anhängiger Staat mit defekter Identität, unvollkommener Demokratie, ohne nennenswerte Ressourcen und mit erheblichen sozialen Defiziten.“<sup>216</sup> Transnistrien wird von der EU als ein Subjekt wahrgenommen, das sowohl die staatliche Konsolidierung und die nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung Moldawiens als auch die Sicherheit in der Region gefährdet.<sup>217</sup>

Das Interesse der EU an dem Dnjestr-Gebiet kann man bis 2002 als „beschränkt“ bezeichnen. Das ist damit verbunden, dass die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) auf den Westbalkan konzentriert war. Darüber hinaus wurden die westlichen GUS-Staaten als zur russischen Einflussphäre gehörig betrachtet, wo man sich aus Rücksicht auf russische „Sensibilitäten“ nicht engagieren wollte.<sup>218</sup> Es fand sich kein einziger Staat, der an einer Thematisierung des Transnistrien-Problems im Rahmen der GASP interessiert gewesen wäre.<sup>219</sup> Die Beibehaltung des Status Quo lag sogar im Interesse, weil Unternehmen aus der EU von dem ungelösten Konflikt profitierten, indem sie einträgliche Geschäfte mit Transnistrien abwickelten.

Die EU fordert deklarativ die Stabilität an ihren Außengrenzen. Nach dem EU-Beitritt Rumäniens erhält die EU gemeinsame Grenze mit Moldawien. Das Ziel der EU im Konflikt erscheint einen Beitrag zur Konfliktlösung zu leisten, um die Stabilität an den Außengrenzen zu sichern. Weiterhin hat die EU auch Interesse an der wirtschaftlichen Stabilisierung und demokratischen Konsolidierung Moldawiens, um die von der neuen Regierung in Moldawien gewünschte europäische Integration voranzutreiben. Auf der fünften Sitzung des parlamentarischen Kooperationsausschusses EU-Moldawien im September 2002 wurde betont, dass „die Lösung der Transnistrienfrage ein Schlüsselement ist, um wirtschaftlichen Wohlstand und politische Stabilität in ganz Moldawien zu fördern.“<sup>220</sup>

---

<sup>216</sup> Vgl. Gabanyi, Anneli Ute (2004): Die Republik Moldova im Kontext der Neuen EU-Nachbarschaftspolitik. S.5: [http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2004\\_S46\\_gbn\\_ks.pdf](http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2004_S46_gbn_ks.pdf), eingesehen am 10.02.2013

<sup>217</sup> Vgl. Ebenda. S.5

<sup>218</sup> Vgl. Benkö, Arad/ Malek, Martin (2005): Akteure des Konflikts um Transnistrien (Moldau) unter besonderer Berücksichtigung der Möglichkeiten und Grenzen eines EU-Engagements. In: Südeuropa Mitteilungen, Heft 1, 2005. S. 72

<sup>219</sup> Vgl. Malek, Martin (2006): Der Konflikt im Dnjestr-Gebiet (Moldova). Analyse und Dokumente. S. 30

<sup>220</sup> Vgl. Homepage of European Commission : Parlamentarischer Kooperationsausschuss EU-Moldawien, fünfte Sitzung, 25.-26.09.2002, Strassburg: [http://www.europarl.europa.eu/intcoop/euro/pcc/ubm/pcc\\_meeting/recommendations/2002\\_09\\_26\\_de.pdf](http://www.europarl.europa.eu/intcoop/euro/pcc/ubm/pcc_meeting/recommendations/2002_09_26_de.pdf), eingesehen am 10.02.2013

Bei dem Treffen von Vertretern Moldawiens und Transnistriens in der ukrainischen Stadt Winniza am 17. Mai 2005 wurde vereinbart, die EU und die USA zu den Vermittlungsgesprächen beizuziehen.<sup>221</sup> In Rahmen eines Besuchs in Chisinau im März 2005 hielt der EU-Spezialgesandte für die Republik Moldau Adriaan Jacobovits de Szeged fest, dass „die Europäische Union keinen speziellen Plan für die Lösung des Konflikts hätten, sondern nur hilfreiche Vorschläge unterbreiten wollte. Die EU würde vorbehaltlos jeden Plan unterstützen, der eine effiziente und funktionale Aufteilung der Machtbefugnisse zwischen dem Zentrum und der Peripherie ermöglichen würde...“<sup>222</sup>

#### 4.2.4. NATO

Im März 1994 trat Moldawien dem NATO-Programm Partnership for Peace (PFP)<sup>223</sup> bei. Seitdem nahm Moldawien an mehreren PFP-Manövern und Übungen teil. Charakteristisch für die moldawische Politik über alle personellen Veränderungen hinweg war dabei der Versuch, die partnerschaftlichen Beziehungen zur NATO auszubauen und gleichzeitig jede Provokation Russlands zu vermeiden. Mehrfach machte Präsident Snegur (1991-1997) klar, dass „Moldova damit nicht das Ziel einer späteren NATO-Mitgliedschaft verfolge und verwies dabei auf die Neutralität in der Verfassung.“<sup>224</sup>

Im Oktober 2010 hat der Premierminister Moldawiens Vlad Filat in einem Interview festgestellt, dass „ein NATO-Beitritt für Moldawien keine Priorität hat, während ein Zusammenschluss des Landes mit Rumänien einfach unmöglich ist.“<sup>225</sup> Er betonte: „Moldawien ist laut Verfassung ein neutrales Land. Wir sind loyale Bürger und werden das Land auf der Grundlage der Verfassungsnormen regieren. Wir sind für normale Beziehungen mit der NATO, zumindest vergleichbar enge, wie diese Russland mit der Allianz hat.“<sup>226</sup> Doch ein Monat später bereitete der ehemaligen moldawische Interimpräsident Mihai Ghimpu

---

<sup>221</sup> Vgl. Malek, Martin (2006): Der Konflikt im Dnjestr-Gebiet (Moldova). Analyse und Dokumente. S.28

<sup>222</sup> Vgl. Graf, Kilian (2010): Der Transnistrien-Konflikt: Produkt spätsowjetischer Verteilungskämpfe und Zerfallskonflikt der implodierten Sowjetunion. S. 378-379

<sup>223</sup> Die Partnerschaft für den Frieden (PfP) ist ein Programm für die praktische bilaterale Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Euro-Atlantic Partnerländern und der NATO. Es ermöglicht Partnern den Aufbau einer individuellen Beziehung mit der NATO, und die Wahl ihre eigenen Prioritäten für die Zusammenarbeit. Sieh Homepage von NATO: [http://www.nato.int/cps/en/natolive/topics\\_50349.htm](http://www.nato.int/cps/en/natolive/topics_50349.htm), eingesehen am 10.01.2013

<sup>224</sup> Vgl. Büscher, Klemens (2004): Transnationale Beziehungen der Russen in Moldova und der Ukraine. Ethnische Diaspora zwischen Residenz- und Referenzstaat. S. 218

<sup>225</sup> Vgl. RIA Novosti: Moldawiens Premier: NATO-Beitritt kein Priorität – Anschluss an Rumänien unmöglich von 09.10.2010 [http://de.rian.ru/post\\_soviet\\_space/20091009/123420184.html](http://de.rian.ru/post_soviet_space/20091009/123420184.html), eingesehen am 10.01.2013

<sup>226</sup> Vgl. Ebenda

einen Brief an den Generalsekretär der NATO Rasmussen vor. In diesem Brief bat er die NATO um Hilfe gegen russische Militärpräsenz.<sup>227</sup>

Die Zusammenarbeit mit der NATO wurde von Transnistrien scharf verurteilt. Seit 1994 verstärkte die transnistrische Propaganda überkommene Feindbilder der NATO und schuf systematisch Bedrohungsängste in der Bevölkerung. Die radikalen Organisationen Transnistriens gründeten sogar ein Anti-NATO-Komitee.<sup>228</sup>

Nachdem NATO-Beitritt Rumäniens im Jahr 2004 teilt Moldawien 450 Kilometer seiner östlichen Grenze mit der NATO. NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer erklärte im September 2004, dass seine Organisation „keine direkte Rolle in der Regelung des Dnjestr-Konflikts spielt, aber der Auffindung einer gerechten und tragfähigen Lösung des Problems anhängt.“<sup>229</sup> Die NATO erscheint an einer baldigen Konfliktlösung und dem Abzug der russischen Truppen aus dem Dnjestr-Gebiet interessiert zu sein. Auf dem Gipfeltreffen der NATO in Istanbul vom 28. Juli 2004 wurden die Interessen der NATO deutlich erklärt, und zwar, dass die NATO den Rückzug der russischen Truppen aus Transnistrien und Georgien anstrebt und sich für eine Partnerschaft mit Moldawien zur Sicherheit in der Region interessiert.<sup>230</sup>

---

<sup>227</sup> Vgl. RIA Novosti: Moldawiens Führung bittet NATO um Hilfe gegen russische Militärpräsenz, 12.11.2010: <http://de.rian.ru/politics/20101112/257633194.html>, eingesehen am 12.02.2013

<sup>228</sup> Vgl. Büscher, Klemens (2004): Transnationale Beziehungen der Russen in Moldova und der Ukraine. Ethnische Diaspora zwischen Residenz- und Referenzstaat. S. 219

<sup>229</sup> Vgl. Malek, Martin (2006): Der Konflikt im Dnjestr-Gebiet (Moldova). Analyse und Dokumente. S. 29

<sup>230</sup> Vgl. Giobanu, Ceslav (2004): NATO/EU-Enlargement: Moldova and the “Frozen and Forgotten” Conflicts in Post-Soviet States, S. 4-5: <http://www.ipp.md/public/biblioteca/74/en/Report%20July%202025,%20revised.doc>, eingesehen am 13.02.2013

## 5. Europäische Nachbarschaftspolitik in Bezug auf das Transnistrien-Problem

In Folge der EU-Osterweiterung wurde die Ausarbeitung einer neuen Form der Kooperation und Zusammenarbeit mit den neuen unmittelbaren Nachbarn (in diesem Fall Moldawien) unvermeidlich. Wegen der Verringerung der Integrationskapazitäten der EU nach der Vermehrung der Mitgliedsstaaten, war eine Politik von Nöten, welche die drei Säulen der EU mit der Außenpolitik verbindet. Unter diesen Voraussetzungen wurde die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) aufgebaut.<sup>231</sup> Im Konzept von der Europäischen Kommission an den Europäischen Rat und an das Europäische Parlament im März 2003 wurde der neue Rahmen für die Beziehungen mit den Nachbarstaaten abgesteckt. Ziel der EU ist es, ihrer „Nachbarschaft die Herausbildung eines Rings gut regierter Staaten zu fördern, mit denen die EU enge Beziehungen hat und die wirtschaftliche Zusammenarbeit vertiefen kann.“<sup>232</sup>

Die Nachbarschaftspolitik wird durch die verschiedenen Aktionspläne verwirklicht. Der ENP-Aktionsplan für Moldawien wurde im Jahr 2005 aufgenommen.<sup>233</sup> Der Aktionsplan sieht vor, die Möglichkeiten für Moldawien in den europäischen Binnenmarkt zu integrieren. Es wurde auch die Involvierung der EU in die Lösung des Transnistrien-Konflikts als Grundziel des Aktionsplans vorgesehen.<sup>234</sup> Man kann nicht umhin zu sagen, dass dieser Punkt im Plan zu wenig Raum einnahm. Die EU erklärte nur ihre Bereitschaft, sich zu dem Prozess der Konfliktregelung zu engagieren.<sup>235</sup> Die konkreten Maßnahmen, die die EU unternehmen wird, um dieses Prioritätsziel zu erreichen, wurden aber im Aktionsplan nicht erwähnt. Die moldawische Regierung stellte den EU-Aktionsplan ins Zentrum des Reformprogramms Moldawiens. Die Implementierung des Aktionsplans sollte zu „einer Annäherung der moldawischen Gesetzgebung an die Normen und Standards der EU und des Besitzstandes führen.“<sup>236</sup>

---

<sup>231</sup> Vgl. Lankosz, Kazimierz (2009): Die Partnerschaftsabkommen mit osteuropäischen Nachbarstaaten. In: Lankosz, Kazimierz / Müller-Graff, Peter-Christian / Fink, Udo (2009): Osteuropäische Nachbarschaft der EU. Schriftenreihe des Arbeitskreises Europäische Integration, Nomos Verlag, Baden-Baden. S.15-21

<sup>232</sup> Vgl. Gabanyi, Anneli Ute (2004): Die Republik Moldova im Kontext der Neuen EU-Nachbarschaftspolitik. S.7: [http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2004\\_S46\\_gbn\\_ks.pdf](http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2004_S46_gbn_ks.pdf), eingesehen am 10.02.2013

<sup>233</sup> Vgl. Homepage of European Commission: EU/Moldova Action Plan 2004: [http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/action\\_plans/moldova\\_enp\\_ap\\_final\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/action_plans/moldova_enp_ap_final_en.pdf), eingesehen am 12.02.1013

<sup>234</sup> Vgl. Ebenda

<sup>235</sup> Vgl. Ebenda

<sup>236</sup> Vgl. Tivig, Andrea/ Maurer, Andreas (2006): Die EU-Antikorruptionspolitik. Erfolgsbedingungen einer Korruptionsbekämpfung auf mehreren Ebenen. SWP Berlin. S.46: [http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/arbeitspapiere/Antikorr\\_KS.pdf](http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/arbeitspapiere/Antikorr_KS.pdf), eingesehen am 15.02.2013

Der Landstrategiebericht der EU 2007-2013 definiert die finanzielle Unterstützung der EU im Rahmen der ENP für Moldawien. Es soll geholfen werden, die Kriminalität, die Korruption, den Drogen-, Waffen- und Menschenhandel zu bekämpfen und den Transnistrien-Konflikt zu regeln.<sup>237</sup>

Auch Graf Kilian meint in der Darstellung „Der Transnistrien-Konflikt: Produkt spätsowjetischer Verteilungskämpfe und Zerfallskonflikt der implodierten Sowjetunion“, dass der Transnistrien-Konflikt für die EU weiteres Gefahrenpotential birgt:

- Transnistrien ist eine stark militarisierte Region und hat zur Militarisierung der gesamten Region beigetragen;
- Der Transnistrien-Konflikt ist der „Lackmus-Test“ für die Außenpolitik der EU. Das Interesse der EU liegt darin, sich mit einem Gürtel stabiler Staaten umzugeben. Das ist auch das Ziel der ENP und wurde auch in die Europäische Sicherheitsstrategie im Dezember 2003 aufgenommen;
- Die anhaltende Blockade einer Konfliktlösung verschlechterte auch das Verhältnis zwischen der EU und Russland.<sup>238</sup>

Die EU betont oft, dass der Konflikt in Transnistrien und seine Lösung ein Thema, das hohe Priorität auch innerhalb der ENP hat. Im folgenden Abschnitt wird einerseits ein kurzer Überblick über die EU-Beteiligung an diesem Konflikt gegeben und andererseits werden Lösungsansätze, welche die EU durch die ENP ausgearbeitet hat, dargestellt.

Unter allen Konflikten der postsowjetischen Staaten ist es jener um Transnistrien, bei dem sich die EU bis dato am meisten engagiert hat. Diese Beteiligung an dem Konflikt war das Ergebnis der moldawische Anfrage um Hilfe an die EU, um die Sezessionstendenzen Transnistriens entgegen wirken zu können. Die Antwort der EU kam und 120 Zoll- und Grenzüberwachungsexperten wurden an den Grenzen zwischen Transnistrien und der Ukraine stationiert (EUBAM = European Union Border Assistance Mission to Moldova and Ukraine).<sup>239</sup> Der transnistrische Abschnitt der Grenze zur Ukraine ist schlecht von den Zollbehörden kontrolliert. Die Frage der Überwachung des von Transnistrien kontrollierten Abschnitts der moldawischen Staatsgrenze zur Ukraine spielte im Prozess der Lösung des

---

<sup>237</sup> Vgl. Homepage of European Commission: Finanzierungsinstrument. Europäische Nachbarschaft und Partnerschaft. Republik Moldova. Der Landstrategiebericht 2007-2013: [http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/country/enpi\\_csp\\_moldova\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/country/enpi_csp_moldova_de.pdf), eingesehen am 15.02.2013

<sup>238</sup> Vgl. Kilian, Graf (2010): Der Transnistrien-Konflikt: Produkt spätsowjetischer Verteilungskämpfe und Zerfallskonflikt der implodierten Sowjetunion. S. 377

<sup>239</sup> Vgl. Popescu, Nicu (2009): EU and the Eastern Neighbourhood: Reluctant Involvement in Conflict Resolution. In: European Foreign Affairs Review 14. Kluwer Law International BV. S. 8-12

Transnistrien-Konflikts eine große Rolle in Europa. Für die Lösung dieses Problems wurde die Bildung der Grenzmission EUBAM von der EU initiiert.

Der EU Grenzmission EUBAM gehören 122 Experten aus 22 EU-Staaten und 3 GUS-Staaten sowie 111 lokale Angestellte an.<sup>240</sup> Für die Mission bis 2007 wurden 20 Millionen Euro ausgegeben für die Verlängerung von Dezember 2007 bis November 2009 wurden noch 24 Millionen Euro bereitgestellt.<sup>241</sup> Die EUBAM-Positionierung an der moldawisch-ukrainischen Grenze wurde nur durch die Ereignisse der „oranigen Revolution“ und der Post-Kutschma Regierung ermöglicht.

Da eines der größten Probleme der Schmuggel zwischen dem transnistrischen Teil Moldawiens und der südlichen Ukraine ist, erklärte die Mission als ihre Hauptaufgabe, die moldawischen und ukrainischen Behörden in der Kontrolle des transnistrischen Grenzabschnitt zu unterstützen und dadurch den Handelsverkehr, Schmuggel und Unterschlagung von Zollgebühren zu unterbinden. Daneben sollte die EUBAM auch die Grenze- und Zollkontrolle unterstützen und ausbilden, und sie bei der Korruptionsbekämpfung unterstützen.<sup>242</sup>

Es gab von Anfang an viele operationelle Schwierigkeiten, und zwar „mit nur 65 Offizielle ist es praktisch unmöglich eine Grenze auf einer Länge von 1.400 Kilometern, von denen der transnistrische Bereich 454 km umfasst, zu überwachen.“<sup>243</sup> Mit diesem geringen Umfang der Mission und der großen Zahl der Korruptions-Netzwerke kann es der Mission kaum gelingen, größere Schmuggelgeschäfte aufzudecken. Es gibt auch eine Vielzahl kleinerer Geschäfte, die die Bevölkerung auf beiden Seiten ernährt. Außerdem wird die Mission von der lokalen Bevölkerung gar nicht unterstützt. Es fehlt auch militärische Unterstützung der Mission.

Die Mission wird aber von der EU als ein Schritt, um das politische Regime in Tiraspol unter Druck zu setzen, gesehen. Die EU sieht auch in der Zusammenarbeit mit der pro-westlichen moldawischen Regierung und mit der Ukraine im Rahmen der Mission eine Hoffnung auf Reduzierung des russischen Einflusses in der Region.

Die Beteiligung der EU an der Konfliktlösung ist vielfältig, denn die EU versucht durch eine vielfältige Politik, welche die Selbstständigkeit und die Existenz des transnistrischen Staates schwieriger sowie auch quasi unmöglich macht, Druck gegen die Sezessionsbestrebungen

---

<sup>240</sup> Vgl. Homepage of EUBAM: Background: <http://www.eubam.org/en/about/overview>, eingesehen am 15.01.2013

<sup>241</sup> Vgl. Kilian, Graf (2010): Der Transnistrien-Konflikt: Produkt spätsowjetischer Verteilungskämpfe und Zerfallskonflikt der implodierten Sowjetunion. S. 381

<sup>242</sup> Vgl. Ebenda. S. 382

<sup>243</sup> Vgl. Ebenda. S. 382

auszuüben. Zum einen wurde der europäische Druck durch Sanktionen sichtbar: im Jahr 2003 führte die EU ein Reiseverbot gegen 17 transnistrische Führer ein.<sup>244</sup> Außerdem wurden seit 2004 auch noch diejenigen Amtspersonen, die verantwortlich für die Schließung der lateinsprachigen Schulen in Transnistrien waren, in das Reiseverbot inkludiert. In 2006 wurde die Ukraine von der EU angehalten, transnistrische Waren ohne offiziellen Stempel, nicht ins Land einzuführen (bereits 2004 gab es die Einführung eines Doppelprüfsystems, wodurch die EU Staaten die Stahlimporte aus Transnistrien nur unter moldawischen Zollzertifikaten akzeptieren durften, was auch als ein gutes Beispiel für die europäische Präsenz in Transnistrien in diesem Bereich ist).<sup>245</sup> Diese Maßnahmen zielten auf eine Vereinigung des moldawischen und transnistrischen Wirtschaftsraums ab. Die Auswirkung war, dass ca. 400 transnistrische Unternehmen, die quasi die ganze Summe der transnistrischen Exporte ausmachten, gezwungen waren sich unter der moldawische Regierung zu registrieren.

Die EU hat versucht die europäische Orientierung Moldawiens zu unterstützen, damit die transnistrische Bevölkerung die Teilnahme am moldawischen Staat, einem Staat mit einem Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit der EU seit 1998, „verlockender“ findet als ein unabhängiges Transnistrien.

Nachdem es 2007 eine Anfrage von transnistrischen Unternehmern an den EU-Sonderbeauftragten Adriaan Jacobovits de Szeged gab, hat die EU seit 2008 eine Visumserleichterung für die moldawischen Bürger, sodass die Unternehmen von dem liberalisierten Handel mit der EU profitieren können. Das Engagement der EU brachte durchaus positive Entwicklungen mit sich, die man auch anhand von Zahlen erkennen kann: Seit 2006 orientieren sich fast 60 Prozent der Exporte aus Transnistrien in Richtung EU-Markt.<sup>246</sup> Deshalb fand im September 2006 ein Seminar – das von der EU-Kommission initiiert wurde – für Unternehmer in Transnistrien statt, um sie über die Vorteile des legalen Handels mit der EU aufzuklären und um auf die Notwendigkeit der Achtung internationaler Regeln und moldawischer Gesetze und Rechtsvorschriften hinzuweisen.<sup>247</sup>

---

<sup>244</sup> Vgl. Popescu, Nicu (2009): EU and the Eastern Neighbourhood: Reluctant Involvement in Conflict Resolution. S. 8-12

<sup>245</sup> Zudem nahm EU zusammen mit den Vereinigten Staaten ab 2006 als ein Beobachter an den Verhandlungen zwischen Russland, Moldawien, der Ukraine, Transnistrien und der OSZE (unter der Führung der OSZE) teil.

<sup>246</sup> Vgl. Popescu, Nicu (2005): The EU in Moldova-Settling conflicts in the neighborhood. In: Occasional Paper No. 60. European Union, Institute for Security Studies, Paris. S. 29-31:  
<http://www.iss.europa.eu/uploads/media/occ60.pdf>, eingesehen am 13.02.2013

<sup>247</sup> Vgl. Homepage of European Commission : ENP-Fortschrittsbericht Moldau, 2006:  
[http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/sec06\\_1506-2\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/sec06_1506-2_de.pdf), eingesehen am 15.02.2013

Außerdem kam es im Mai 2005 zu einer Kooperation zwischen der EU und Russland im Bereich der Sicherung der Außengrenzen. Zu dieser Zeit war auch EU-Sonderbeauftragte Adriaan Jacobovits de Szeged in Moldawien stationiert. Dies war die Gelegenheit für den Aufbau einer gemeinsamen Basis, die zur Lösung der Konflikte – nicht nur in Transnistrien – sondern auch im ganzen postsowjetischen Raum führen könnte.<sup>248</sup>

Das Eingreifen der EU in dem transnistrischen Konflikt brachte aber auch einige Probleme mit. Am Anfang sind „praktische“ Probleme aufgetreten, so waren beispielsweise die 120 EUBAM-Soldaten nicht ausreichend. Außerdem sind die Gespräche innerhalb der EU über den Friedenssicherungsprozess schon zwei Mal gescheitert. 2003 haben diese Gespräche – da Russland keine europäische Einmischung am transnistrischen Konflikt wollte – keine Früchte getragen.

Der zweite Versuch fand 2006 statt, obwohl es einen Vorschlag vom damaligen EU-Sonderbeauftragten Adriaan Jacobovits de Szeged für einen gemeinsamen Friedenssicherungseinsatz (Russland und Moldawien) in Moldawien gab, haben viele EU-Mitglieder den Vorschlag abgelehnt. Einige EU-Staaten befürchteten, dass, ohne eine bestimmte Regelung (die vor dem Eingreifen in den Konflikts festgelegt sein müsste) des Konflikts, die EU für die nächsten 10 Jahre in eine Auseinandersetzung verwickelt sein würde.<sup>249</sup> Ein positiver Schritt war das Meseberger Memorandum im Jahr 2010 zwischen Angela Merkel und Dimitri Medwedew.<sup>250</sup> Mit diesem Abkommen ist eine Kooperation zwischen Russland und der EU, durch die Einrichtung eines Komitees auf Ministerebene für die Sicherheitspolitik, weiter verstärkt worden. Dieser Versuch diente auch als ein Test für die Beziehungen und die zukünftige Kooperation zwischen Russland und der EU.

Wenn man die EU-Aktionen in Bezug auf das Thema Transnistrien näher beobachten will, dann darf man die bilateralen Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine nicht aus den Augen verlieren. Die Regierung unter Viktor Juschtschenko vertrat die Meinung, dass die Lösung des Konflikts in Transnistrien auch eine Möglichkeit für die ukrainische Regierung sei, eine pro-europäische Stellung zu signalisieren. Durch die Lösung des transnistrischen Konflikts wollte die neue ukrainische Regierung zeigen, dass sie bereit sei zu kooperieren.

---

<sup>248</sup> Vgl. Homepage of European Commission : ENP-Fortschrittsbericht Moldau, 2006: [http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/sec06\\_1506-2\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/sec06_1506-2_de.pdf), eingesehen am 16.02.2013

<sup>249</sup> Vgl. Popescu, Nicu (2009): EU and the Eastern Neighborhood: Reluctant Involvement in Conflict Resolution. S. 31-35

<sup>250</sup> Sieh Kapitel 7.7. S. 92

Transnistrien und die ukrainische Stellungnahme gelten bis heute als ein Test des Fortschritts nach der „Kutschma Epoche“.<sup>251</sup>

2003 nahm die EU an der Verfassungskommission für Moldawien der OSZE teil. Dort wurde seitens moldawischer und transnistrischer Regierungsmitglieder und Politiker versucht, eine neue Verfassung zu formulieren, die ein vereinigtes Moldawien ermöglichen würde. Die Verhandlungen sind zwar gescheitert, aber die EU wurde zum ersten Mal in Verhandlungen über den Status quo in Transnistrien einbezogen.<sup>252</sup>

Für die EU ist es von großer Bedeutung, dass Moldawien die Zollkontrollen auf seinem Staatsgebiet selbst durchführen kann. Deswegen hat die EU 2005 ihren Finanzbeitrag für die Unterstützung der EUBAM-Mission um 22 Millionen Euro erhöht. In diese Richtung ging auch die Einrichtung des Projekts EU Border Assistance Mission to Moldova and Ukraine (BOMMOLUK) 2006, das zum Ziel hatte den Umgang mit den moldawisch-ukrainischen Grenzen zu verbessern.<sup>253</sup> Dieses Projekt wurde von der EUBAM geleitet und durchgeführt. Im Rahmen des Projekts BOMMOLUK wurden 12 Exkurse für moldawische Amtspersonen und Zollbeamte innerhalb der EU und anderen Nachbarstaaten organisiert. Wie die EUBAM-Mission 2007 berichtet, ist der Fortschritt der moldawischen Zollkontrolle sichtbar. Beispiele gibt es viele, wie z.B. Bekämpfung des Fleischschmuggels aus Transnistrien in die Ukraine oder die Operation "FOCUS" wodurch im Oktober 2006 geschmuggelte Waren im Wert von einer Million Dollar, konfisziert wurden.<sup>254</sup>

Die EUBAM-Mission, das Kozak Memorandum (darauf wird im siebenten Kapitel genauer eingegangen) und alle weiteren Maßnahmen die von Russland und der EU schon ergriffen wurden, haben teilweise zur Stabilisierung der Situation in Transnistrien beigetragen oder zumindest einen langjährigen bewaffneten Konflikt vorgebeugt. Dennoch muss die EU eine aktivere Rolle übernehmen, wenn sie langfristig ihre Grenzen sichern will.

Es gibt zwei Optionen für die EU:

---

<sup>251</sup> Vgl. Popescu, Nicu (2009): EU and the Eastern Neighbourhood: Reluctant Involvement in Conflict Resolution. S. 31-35

<sup>252</sup> Vgl. Grund, Manfred / Sieg, Hans Martin / Weseman, Kristin (2011): Transnistrien und die künftige Sicherheits-Architektur in Europa. KAS-Auslandsinformationen, S. 64-70:  
[http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_28726-544-1-30.pdf?110908155558](http://www.kas.de/wf/doc/kas_28726-544-1-30.pdf?110908155558), eingesehen am 20.02.2013

<sup>253</sup> Vgl. Homepage of EUBAM : EUBAM Achievements Report, November 2007:  
[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/Mission\\_achievementsNov07.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/Mission_achievementsNov07.pdf), eingesehen am 15.02.2013

<sup>254</sup> Vgl. Homepage of EUBAM: EUBAM Achievements Report, November 2007:  
[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/Mission\\_achievementsNov07.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/Mission_achievementsNov07.pdf), eingesehen am 16.02.2013

a) Die EU wird Transnistrien verlassen und durch die Selbstbestimmung des Volkes einen neuen Staat gründen. Aufgrund dieses Staates würde sich das moldawische BIP bedeutend vermindern und Russland würde noch einen Sattelitenstaat in Südost-Europa dazu gewinnen (nicht nur der Frieden, sondern auch die Sicherheit und die bloße Existenz des transnistrischen Staates ist aufgrund der russischen Friedenstruppen, die außer den 1.500 Soldaten, auch 25.000 Tonnen Waffen in Transnistrien stationiert haben, garantiert).<sup>255</sup>

b) Durch eine aktivere Beteiligung der EU könnte es einen neuen moldawischen Staat geben, der eine Bundesregierung haben sollte und ein Bundesstaat sein würde. Auf dieser Basis dürfte die Einigkeit des moldawischen Staates gesichert sein.

Wie es aussieht hat die ENP den zweiten Weg gewählt. Obwohl die EU nicht direkt einen Bundesstaat verlangt hat, wird versucht eine Einigkeit des moldawischen Staates herzustellen.

Die Zollkontrollen des moldawischen Staates wurden ständig verstärkt, somit wurde aber überraschender Weise der Wunsch des Aufrechterhaltens eines autonomen Transnistriens immer schwächer. Die Auswirkungen sind sichtbar: Smirnow hat an Popularität verloren, wie auch die letzten Wahlen gezeigt haben.<sup>256</sup>

Die EU muss zuerst ihre Position in den Verhandlungen mit Russland stärken, damit die prorussische Regierung die Legitimation und vor allem die wirtschaftliche Unterstützung, die sie von Russland bekommt, verliert.

Die wirtschaftlichen Verbindungen zwischen europäischen Unternehmen und Transnistrien (ein wichtiges Beispiel ist die direkte Verbindung von den Handels- und Industriekammern Tiraspol und Leipzigs) sind von großer Bedeutung. Denn dadurch haben die wirtschaftlichen Akteure einen wichtigen Einfluss auf die politische Situation in Transnistrien, da sie Maßnahmen ergreifen können, die einen ökonomischen Druck auf die Regierung in Tiraspol ausüben.

Im Juni 2002 besuchte eine Delegation des Europäischen Parlaments Moldawien. Die Mitglieder der Delegation waren über "die Existenz eines „schwarzen Lochs“ in Europa, in dem illegal mit Waffen und Menschen gehandelt und Geld gewaschen werde“<sup>257</sup> beunruhigt.

---

<sup>255</sup> Vgl. Popescu, Nicu (2005): The EU in Moldova-Settling conflicts in the neighbourhood. S. 35-37

<sup>256</sup> Vgl. Ria Novosti : Shevchuk wins Transdnestr presidency - election commission source, 26. 12. 2011: <http://en.rian.ru/world/20111226/170494930.html> , eingesehen am 15.02.2013

<sup>257</sup> Vgl. Homepage of European Parliament: ad-hoc-Delegation für Moldawien, Juni 2002, Bericht des Vorsitzenden Jan Marinus Wiersma. S.6: <http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/committees/afet/20021007/473437DE.pdf>, eingesehen am 17.02.2013

Zudem forderte die Delegation „die Einrichtung strenger gemeinsamer Grenzkontrollen zwischen Moldawien und der Ukraine. Diese seien unverzichtbar in einer Welt, in der zunehmend auf die Notwendigkeit sicherer Grenzen und des Kampfes gegen Verbrechen und Terrorismus geachtet werde. Es sei wichtig, dass die EU ihre zukünftigen Grenzregionen nicht vernachlässige und aktiv alle Bemühungen um eine Lösung unterstütze.“<sup>258</sup> Diese Delegation unterstützte darüber hinaus auch ein Projekt in Höhe von 35 Millionen US-Dollar, das auf die Beseitigung des Waffenhandels in Transnistrien abzielt.<sup>259</sup>

Abschließen sei betont, dass es die Interessen der EU-Mitgliedstaaten an dem Konfliktlösungsprozess teilzunehmen gibt, wenn auch Russland Widerstand gegen eine aktive europäische Teilnahme an der Lösung des Konflikts zeigt. Nichtsdestotrotz kann man nicht verneinen, dass zwischen der EU und Russland eine gemeinsame – wenn auch nur eine sehr wackelige – Basis zu diesem Thema existiert. Weiteres darf man aber auch die Kooperation zwischen der Ukraine und der EU – als ein potenzielles Fundament – für eine friedliche Zusammenarbeit in Osteuropa nicht vergessen.

Man redet oft in der EU von der Europäisierung Moldawiens als eine Strategie zur Lösung des Transnistrien-Konflikts.<sup>260</sup> Die Strategie für Moldawien besteht darin, der europäische Integration und allen damit verbundenen Reformen Priorität zu geben. Dies würde auf folgende Ziele gerichtet: Moldawien kann seine Attraktivität für die Bevölkerung in Transnistrien steigern. „Je stärker die europäische Perspektive Moldawiens an Konturen gewinnt, desto stärker wird sich in Transnistrien die Tatsache auswirken, dass der Zugang zu den Märkten und Vorteilen der EU nur über Moldova führt.“<sup>261</sup> Je mehr Kontakte mit den EU-Partnern entstehen werden, desto schneller wird Moldawien sich integrieren und damit indirekt wird auch der politische Wandel in Transnistrien gefördert. Der russische Einfluss wird dann auch durch die europäische Integration Moldawiens sinken bzw. die Interessenlage Russlands wird verändert.

Die Skepsis der wirtschaftlichen Partner der EU baut sich darauf, wie der Transformationsprozess in Moldawien und Transnistrien läuft. In dieser Hinsicht bleibt die Lösung des Konfliktes eng mit den innenpolitischen Reformen in beiden Landteilen verbunden.

---

<sup>258</sup> Vgl. Europäisches Parlament: ad-hoc-Delegation für Moldawien, Juni 2002, Bericht des Vorsitzenden Jan Marinus Wiersma. S.6: <http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/committees/afet/20021007/473437DE.pdf>, eingesehen am 17.02.2013

<sup>259</sup> Vgl. Ebenda

<sup>260</sup> Vgl. Kulminski, Vlad / Sieg, Hans Martin (2009): Die Europäisierung Moldovas: eine Strategie zur Lösung des Transnistrienkonflikts. S. 17-28

<sup>261</sup> Vgl. Ebenda. S. 27

Es scheint, dass die EU, besonders nach dem EU-Beitritt Rumäniens und Bulgariens, Interesse an einer Konfliktlösung hat. Die EU betont auch in vielfältigen Dokumenten, ihre Bereitschaft die Konfliktlösung zu finden. Doch wurde kein einziges Projekt für die Konfliktregelung mit konkret beschriebenen Maßnahmen und Handlungen vorgeschlagen und kein Vermittlungsversuch im Vergleich zu den anderen beteiligten Akteuren vorgenommen.

## 6. Russland im Transnistrien-Konflikt

Die Rolle Russlands ist weniger eine steuernde als vielmehr eine regelnde der Verhältnisse in Transnistrien.<sup>262</sup> Russland als ehemaliges Zentrum ist der einzige externe Akteur der nennenswerten Druck auf beide Konfliktparteien aufbauen kann, da die Russische Föderation sowohl auf diplomatischem Weg als auch mit militärischen Mitteln oder auch durch wirtschaftlichen Druck, Einfluss auf den Verhandlungsprozess ausüben kann. Die russische Regierung war von Beginn an als eigenständiger Verhandlungspartner an den Gesprächen zu einer friedlichen Lösung beteiligt, zugleich hat Russland auch starken Einfluss innerhalb der OSZE. Russland kann über die offizielle Ebene sowohl beträchtlich Einfluss auf die Regierung in Chisinau ausüben, als auch auf das Regime in Tiraspol.

Diese Mehrfachrolle Russlands ist auch dafür verantwortlich, dass es sich mehr um einen „Einfrierungsprozess“ als um einen Lösungsprozess des Transnistrien-Konflikts handelt.<sup>263</sup>

### 6.1. Außenpolitik im „nahen Ausland“

Russland als regionale Großmacht ohne gemeinsame Grenzen mit Moldawien hat trotzdem einen großen Einfluss in der Region. Die Außenpolitik von Russland beschäftigt sich auch mit der Problematik der Integration auf dem postsowjetischen Raum oder mit der Integration der Staaten des sogenannten „nahen Auslands“. Auch die konzeptionelle Politik Russlands war auf die Situation im nahen Ausland immer gelenkt. Im Jahr 1994 wurde der Maßnahmenkatalog im Außenministerium entworfen. Laut diesem Maßnahmenkatalog orientierte sich die Außenpolitik Russlands an sechs Zielen: die „Konsolidierung der GUS auf allen Ebenen“; „Flexibilisierung der Beziehungen zu den GUS-Staaten auf der Grundlage der langfristigen politischen Interessen Russlands“; „breite ökonomische Kooperation im Rahmen einer alle Sphären umfassenden Wirtschaftsunion“; „gemeinsamer Schutz der GUS-Außengrenzen und Erhalt der Durchlässigkeit der Binnengrenzen“; „Aufbau eines System kollektiver Sicherheit der GUS; umfassende militärisch-technologische Zusammenarbeit und Einrichtung russischer Militärstützpunkte“; „Schutz der Russen im „nahen Ausland“.“<sup>264</sup> Aus diesem Dokument geht hervor, dass die wichtigsten Aufgaben der russischen Politik „die Festigung Russlands als Führungskraft“ beim Aufbau eines neuen Systems

---

<sup>262</sup> Vgl. Kilian, Graf (2010): Der Transnistrien-Konflikt: Produkt spätsowjetischer Verteilungskämpfe und Zerfallskonflikt der implodierten Sowjetunion. S.391

<sup>263</sup> Vgl. Ebenda. S. 390

<sup>264</sup> Vgl. Büscher, Klemens (2004): Transnationale Beziehungen der Russen in Moldova und der Ukraine. Ethnische Diaspora zwischen Residenz- und Referenzstaat. S. 112

zwischenstaatlicher Beziehungen auf postsowjetischem Territorium.<sup>265</sup> Klemens Büscher kommentiert es in seinem Buch folgendermaßen: „Militärisch zielte das Dokument auf die Gründung einer Verteidigungsunion. Faktisch bedeutete die im Erlass formulierte Politik eine massive Beschränkung der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Souveränität der Staaten und zugleich die Konsolidierung einer russischen Hegemonialpolitik.“<sup>266</sup> Andererseits, auch im Rahmen der GUS, hat Russland im April 1994 eine „Deklaration über Respekt der Souveränität, territorialen Integrität und Unverletzbarkeit der Grenzen“ der GUS-Staaten unterzeichnet.<sup>267</sup> Die Staaten verpflichteten sich zum Verzicht auf jede Art von Druckausübung und anderen Maßnahmen, die gegen die territoriale Integrität und politische Unabhängigkeit der Staaten gerichtet sind. Sie verkündeten ihren Willen, die Aktivitäten von Personen und Organisationen, die gegen die Unabhängigkeit und Integrität der Mitgliedstaaten gerichtet sind, im Rahmen der nationalen Gesetzgebung zu unterbinden. Darüber hinaus bestätigen sie das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten als wichtige Bedingung der freundschaftlichen und partnerschaftlichen Beziehungen zwischen den Staaten.<sup>268</sup> Aus diesen Dokumenten geht hervor, dass die hegemoniale Außenpolitik Russlands auch die Regel gleichberechtigter Integration akzeptiert. Die bereits erwähnten sicherheitspolitischen Punkte der russischen Außenpolitik, sind der gemeinsame Schutz der GUS-Außengrenzen, die umfassende militärische Zusammenarbeit und die Einrichtung russischer Militärschutzpunkte. Diese wurde von Seiten des Militärs vorangetrieben, um auch außerhalb der Staatsgrenzen mit russischen Truppen präsent zu sein.<sup>269</sup> Der damalige Außenminister von Russland Andrei Kozyrev betonte auch im Januar 1994 bei einem Treffen mit den russländischen Botschaftern in den GUS-Staaten die Notwendigkeit, die militärische Präsenz im „nahen Ausland“ zu bewahren.<sup>270</sup>

Im April 1994 hat das moldawische Parlament die GUS-Protokolle ratifiziert. Während die Regierung Russlands mit der Gründung der GUS im Dezember 1991 die territoriale Integrität Moldawiens anerkannte, leisteten einflussreiche politische Akteure (Vizepräsident Alexander Ruckoj) Transnistrien durch öffentliche Auftritte in Moskau massive politische, materielle

---

<sup>265</sup> Vgl. Büscher, Klemens (2004): Transnationale Beziehungen der Russen in Moldova und der Ukraine. Ethnische Diaspora zwischen Residenz- und Referenzstaat. S. 112

<sup>266</sup> Vgl. Ebenda. S. 112

<sup>267</sup> Vgl. Ebenda. S. 114

<sup>268</sup> Vgl. Ebenda. S. 114

<sup>269</sup> Vgl. Irsigler Vita-Theresa (2011): Die Sezessionskonflikte in der Republik Moldawien seit 1989. S. 86

<sup>270</sup> Vgl. Büscher, Klemens (2004): Transnationale Beziehungen der Russen in Moldova und der Ukraine. Ethnische Diaspora zwischen Residenz- und Referenzstaat. S. 207-208

und personelle Unterstützung.<sup>271</sup> Später nahm die russische 14. Armee auf der Seite Transnistriens am Konflikt teil. Die Präsenz der 14. Armee Russlands wurde als militärisches Schutzinstrument für die russischsprachige Bevölkerung Transnistriens vorgesehen. Danach wurde die Militärpräsenz Russlands in der Region deklarativ-konzeptionell, in der Außendoktrin (Maßnahmenkatalog von 1994), als Schutz der Russen im „nahen Ausland“ begründet.

## 6.2. Die Militärpräsenz Russlands

Nach dem Zerfall der UdSSR verblieb in der transnistrischen Region die 14. sowjetische Armee, die sich seit Jahr 1956 in der MSSR befand, mit ca. 7.700 Militärangehörigen.<sup>272</sup> Die Armee wurde von Präsident Boris Elzin im April 1992 russischer Hoheit unterstellt. Bereits 1991 versorgte die 14. Armee die sogenannten transnistrischen Separatisten mit Ausrüstung und Waffen.<sup>273</sup> Nach der Eskalation des Konflikts in Transnistrien wurde ein russisch-moldawischer Vertrag im Juli 1992 unterzeichnet, der einen Waffenstillstand vorsah und den Status Quo in der Region zementierte.<sup>274</sup>

Die 14. Armee blieb in der Region als Garantie für Frieden, Sicherheit und Stabilität. Die Ereignisse vom Sommer 1992 wurden in Moskau als Beleg dafür bewertet, dass der Schutz der russischsprachigen Bevölkerung im „nahen Ausland“ auch den Einsatz militärischer Instrumente erforderte.<sup>275</sup> Klemens Büscher betonte im Werk „Transnationale Beziehungen der Russen in Moldova und der Ukraine“: „Das Problem der russländischen Truppen auf moldauischem Boden wurde verschärft durch umfangreiche Waffen- und Munitionslager in der Region, in denen sich u.a. nicht transportable Vorkriegsbestände, aber auch funktionsfähiges Material der mittlerweile aus Mittel- und Osteuropa abgezogenen russländischen Truppen befinden. Die separatistische Führung erhob Anspruch auf Eigentum an den Munitionsbeständen und Immobilien der 14. Armee und zeigte sich entschlossen, bei

---

<sup>271</sup> Vgl. Büscher, Klemens (2004): Transnationale Beziehungen der Russen in Moldova und der Ukraine. Ethnische Diaspora zwischen Residenz- und Referenzstaat. S. 200

<sup>272</sup> Vgl. Zagorski, Andrei (2012): Russland im Transnistrienkonflikt. S. 92

<sup>273</sup> Vgl. Büscher, Klemens (2004): Transnationale Beziehungen der Russen in Moldova und der Ukraine. Ethnische Diaspora zwischen Residenz- und Referenzstaat. S. 201

<sup>274</sup> Vgl. Russian Military Review: Soglaschenie o prinzipah mirnogo uregulirovanija vooruzenogo konflikta v Prednestrovskom regione respubliki Moldova ot 21.07.1992:

<http://www.peacekeeper.ru/ru/?module=pages&action=view&id=89>, eingesehen am 16.02.2013

<sup>275</sup> Vgl. Büscher, Klemens (2004): Transnationale Beziehungen der Russen in Moldova und der Ukraine. Ethnische Diaspora zwischen Residenz- und Referenzstaat. S. 202

einem eventuellen russländischen Truppenabzug die Kontrolle über die entsprechenden Einrichtungen zu übernehmen.<sup>276</sup>

Seit dem Waffenstillstand versuchen die wechselnden moldawischen Regierungen, die 14. Armee<sup>277</sup> zum Abzug zu bewegen. Moskau dagegen bemühte sich um die vertragliche Regelung des weiteren Verbleibs seiner stark reduzierten Truppen. Denn die Beibehaltung der militärischen Präsenz wurde immer wieder von der russischen Politik als ein wichtiges Interesse Russlands definiert und artikuliert.<sup>278</sup>

„Eine zwischen den Ministerpräsident Russlands und Moldawiens, Viktor Tschernomyrdin und Andrei Sangheli, am 21. Oktober 1994 unterzeichnete Vereinbarung über den Abzug innerhalb von drei Jahren wurde vom russischen Parlament nicht ratifiziert.“<sup>279</sup> Die transnistrische Elite betrachtet auch die Militärpräsenz Russlands in der Region als Garantie für Stabilisierung. In der gelenkten Öffentlichkeit Transnistriens wurde massiver Druck gegen mögliche Abzugspläne der 14. Armee erzeugt. „Durch Schüren von Ängsten vor angeblicher Bedrohung der Slawen durch rumänischen Nationalismus und westlichen Imperialismus schuf und konservierte die PMR-Propaganda... Einkreisungskomplexe bei großen Teilen der linksufrigen Bevölkerung.“<sup>280</sup> Im Jahr 1995 wurde eine Volksabstimmung in Transnistrien organisiert. 93 Prozent der Wähler in Transnistrien sprachen sich für den Verbleib der 14. Armee als Garant für Frieden und Sicherheit aus.<sup>281</sup> Zugleich verweigerte die russische Duma die Ratifizierung des Abkommens von Oktober 1994.

Moldawien versuchte Druck auf Russland auf internationaler Ebene zu entfalten. Das Abschlussdokument des OSZE - Gipfeltreffens von Lissabon 1996 verlangte „einen raschen, geordneten und vollständigen Abzug der russischen Streitkräfte“ aus dem Dnjestr -Gebiet.<sup>282</sup> Am OSZE-Gipfel in Istanbul 1999 wurde dieser Satz wieder erwähnt. Dieses Mal verpflichtete sich Russland bis Ende 2001 seine Waffen zurückzuziehen und bis Ende 2002 die 14. Armee abzuführen.<sup>283</sup>

---

<sup>276</sup> Vgl. Büscher, Klemens (2004): Transnationale Beziehungen der Russen in Moldova und der Ukraine. Ethnische Diaspora zwischen Residenz- und Referenzstaat. S. 202

<sup>277</sup> Gegenwärtig geht es um 1.000 bis 1.200 russische Militärangehörige.

<sup>278</sup> Vgl. Zagorski, Andrei (2012): Russland im Transnistrienkonflikt. S.93

<sup>279</sup> Vgl. Malek, Martin (2006): Der Konflikt im Dnjestr-Gebiet (Moldova). Analyse und Dokumente. S.42

<sup>280</sup> Vgl. Büscher, Klemens (2004): Transnationale Beziehungen der Russen in Moldova und der Ukraine. Ethnische Diaspora zwischen Residenz- und Referenzstaat. S. 204-205

<sup>281</sup> Vgl. Ebenda. S.206

<sup>282</sup> Vgl. Homepage von Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa: Gipfeltreffen von Lissabon (1996): Lissabonner Dokument, 2.Dezember 1996. S.. 7 : <http://www.osce.org/de/mc/39541?download=true>, eingesehen am 20.02.2013

<sup>283</sup> Vgl. Zagorski, Andrei (2012): Russland im Transnistrienkonflikt. S.94-95

Im November 2001 berichteten die Außenminister Moldawiens, Russlands und der Ukraine in der „gemeinsamen Erklärung der Außenminister der Russischen Föderation, der Republik Moldau und der Ukraine zur Regelung in Transnistrien“, dass Russland seine Verpflichtungen aus der ersten Rückzugsphase erfüllt und alle seine unter den OSZE- Vertrag fallenden Waffen aus Transnistrien abtransportiert hatte.<sup>284</sup> Im Interview des ehemaligen stellvertretenden Außenministerium Russlands Vyacheslav Trubnikov der russischen Nachrichtenagentur ITAR TASS am 02.02.2004 wurde betont, dass 42 Züge mit militärischen Gerät im Jahr 2003 unter der Kontrolle vom ersten Vizechef Präsidialamtes Dmitri Kozak aus Transnistrien nach Russland transportiert wurden.<sup>285</sup> 2004 wurde der Abtransport angehalten. Aus dem Kommentar der Informationsabteilung des Außenministeriums Russlands bezüglich der Militärpräsenz Russlands in Transnistrien wurde der offizielle Grund der Unterbrechung dieses Prozesses bekannt: „Misstrauen zwischen Chisinau und Tiraspol wegen des Scheiterns des von Russland vorbereiteten „Kozak-Memorandums“<sup>286</sup> infolge „der Einmischung von Außen“ und der Wende in der Position Moldawiens.<sup>287</sup> Dieser Kommentar des Außenministeriums machte die Verbindung zwischen dem Rückzug der russischen Armee und dem gescheiterten „Kozak-Memorandum“ explizit. Im Juli 2005 machte es Außenminister Russlands Sergej Lavrov deutlich: „Hätte man den „Kozak-Plan“ von 2003 nicht torpediert lassen, wäre der Prozess der Rückführung militärischer Güter und Truppen aus Transnistrien schon abgeschlossen.“<sup>288</sup>

Die 14. Armee steht bis heute am Dnjestr und sieht keinen Grund zum Abzug nach Russland. Offizielle Moskauer Erklärungen berufen sich auf die Weigerung Transnistriens, die russischen Truppen ziehen zu lassen, und auf die Ergebnisse der Volksabstimmung 1995 für einen Verbleib der russischen Truppen.

---

<sup>284</sup> Vgl. Homepage of Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation: Sovmestnoe zayavlenie Ministerstv inostranij del Rossijskoy Federazii, Respubliki Moldova i Ukraini po Prednestrovskomu uregulirovaniyu, 17.11.2001:// <http://www.mid.ru/bdomp/ns-rkonfl.nsf/90be9cb5e6f07180432569e00049b5fb/432569e00034005f43256b0900392989!OpenDocument>, eingesehen am 20.02.2013

<sup>285</sup> Vgl. Homepage of Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation: Interview pervogo zamestitelya ministra inostranij del rossii Vyacheslava Trubnikova ITAR-TASS po tematiki SNG I aktualnim mezdunarodnim problemam ot 02.02.2004: <http://www.mid.ru/bdomp/ns-rkonfl.nsf/90be9cb5e6f07180432569e00049b5fb/432569e00034005fc3256e2e00464dd4!OpenDocument>, eingesehen am 20.02.2013

<sup>286</sup> Sieh Kapitel 7.5. S. 88

<sup>287</sup> Vgl. Homepage of Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation: Kommentarij departamenta informazii i petschati MID Rossii v svyazi s voprosami SMI otnositelno viskazivanij oficialnih moldovskih predstaviteley o voennom prisutstvii Rossii na territorii Moldavii, 15.12.2004 :<http://www.mid.ru/bdomp/ns-rkonfl.nsf/90be9cb5e6f07180432569e00049b5fb/432569e00034005fc3256f6b003266a3!OpenDocument>, eingesehen am 20.02.2013

<sup>288</sup> Vgl. Zagorski, Andrei (2012): Russland im Transnistrienkonflikt. S. 95

Martin Malek bemerkte in seiner Arbeit „Der Konflikt im Dnjestr-Gebiet (Moldova)“ richtig, dass das allerdings im besten Falle nur ein Teil der Wahrheit ist, da „nicht vorstellbar sei, dass sich Russland gegen die winzige PMR tatsächlich nicht durchsetzen kann. Weit bedeutender ist, dass Moskauer Stimmen angeachtet aller Abzugsverpflichtungen sowie dem Artikel 11 der Verfassung Moldawiens, der ausländische Truppenpräsenz im Land verbietet, immer wieder deutlich gemacht haben, dass sie weiter im Dnjestr-Gebiet bleiben...möchten.“<sup>289</sup> Dafür führt Malek Martin folgende Argumente an, dass die 14. Armee in Transnistrien „Russlands westliche Verteidigungslinie sei“ und wenn sie das Dnjestr-Gebiet verlasse, entstünde ein geopolitisches Vakuum, in das Rumänien, die USA und die NATO sofort hineinstoßen würden.<sup>290</sup> Hanne Gottfried weist im Buch „Der Transnistrien-Konflikt: Ursache, Entwicklung und Perspektiven einer Regulierung“ darauf hin, dass die 14. Armee eine Sicherheitsgarantie für Transnistrien sei. Tatsächlich tragen die russischen Truppen seit 1992 maßgeblich zur Sicherung des Status Quo bei. Die russische Militärpräsenz am Dnjestr ist „für die PMR militärisch, politisch und symbolisch eine Bestandsgarantie.“<sup>291</sup>

### **6.3. Die wirtschaftliche Präsenz Russlands**

Auf der ökonomischen Ebene ermöglichte Russland eine Vielzahl an Formen wirtschaftlicher Kooperation mit Transnistrien. Bei der Aufstellung des ersten Budgets Transnistriens 1992 spielte die russische Zentralbank eine bedeutende Rolle. Russland hat auch viele Wirtschafts- und Handelsabkommen mit Transnistrien abgeschlossen. Russland zahlt heute auch Zuschüsse zu den Renten in Transnistrien und gibt finanzielle Hilfe für das Staatsbudget. Moskau verzichtet auch auf Bezahlung von Gaslieferungen aus Russland (diese Forderungen summieren sich ca. auf 2 Mrd. US-Dollar<sup>292</sup>). Moldawien bezieht ca. 2,8 Mrd. m<sup>3</sup> Erdgas von Gazprom, Transnistrien davon 1,6 Mrd. kostenlos. Das heißt, dass auch Moldawien ca. 98 Prozent seines Energiebedarfs aus Russland bezieht.<sup>293</sup> Moldawien zahlt aber den vollen Preis wie andere europäische Länder. Die Schulden Moldawiens von Gaslieferungen betragen ca. 4

---

<sup>289</sup> Vgl. Malek, Martin (2006): Der Konflikt im Dnjestr-Gebiet (Moldova). Analyse und Dokumente. S. 43-44

<sup>290</sup> Vgl. Ebenda. S. 44

<sup>291</sup> Vgl. Hanne, Gottfried (1998): Der Transnistrien-Konflikt: Ursache, Entwicklung und Perspektiven einer Regulierung. S. 30

<sup>292</sup> Vgl. Sieg, Hans Martin (2011): Der Transnistrien-Konflikt: Voraussetzungen für eine Konfliktlösung. In: Südeuropa Mitteilungen Heft 3, 2011. S. 70

<sup>293</sup> Vgl. Gabanyi, Anneli Ute (2004): Die Republik Moldova im Kontext der Neuen EU-Nachbarschaftspolitik. S.9: [http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2004\\_S46\\_gbn\\_ks.pdf](http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2004_S46_gbn_ks.pdf), eingesehen am 20.02.2013

Mrd. US-Dollar.<sup>294</sup> Russland deckt auch über 90 Prozent des Erdölverbrauchs Moldawiens und Transnistriens. Die zwei Kraftwerke in Transnistrien gehören auch der russischen Gesellschaft USE. Diese transnistrischen Kraftwerke decken auch den Bedarf Moldawiens an elektrischer Energie.

Die wirtschaftliche Präsenz Russlands in Moldawien und Transnistrien war auch eine Überlegung, die im Hintergrund der politischen Gespräche über die Konfliktregelung eine wesentliche Rolle spielte. Zum einen geht es um die Interessen des russischen staatlichen Großkonzerns Gazprom, der nicht nur die Kunden in Transnistrien und Moldawien mit Erdgas beliefert, sondern auch die Transit- und Verteilungsnetze verwaltet. In der Stahlbranche und in der industriellen Verarbeitung (Metalinvest) sind auch die russischen Interessen stark vertreten.<sup>295</sup>

Im Jahr 2012 teilte der Vorsitzende des Ausschusses der Staatsduma Russlands für Eigentumsangelegenheiten Sergej Gawrilow während eines Arbeitsbesuches in Tiraspol mit, dass Russland ca. 3 Milliarden Rubel für eine Reihe von Projekten zum Erhalt der Finanzstabilität und des Bankensystems Transnistriens, der Rentnerunterstützung sowie im Bildungs- und Gesundheitsbereich beisteuern. Der russische Parlamentarier versicherte, dass das russische Budget des künftigen Jahres es ermöglicht, die wirtschaftliche Hilfe für Transnistrien in einem neuen Format zu vergrößern. „Es werden die Zuwendungen zur Entwicklung von ernsthaften Projekten sein.“<sup>296</sup>

#### **6.4. Die Interessenlage Russlands**

Andrei Zagorski, der Professor am Moskauer Staatsinstitut für Internationale Beziehungen, konstatiert in seiner Darstellung „Russland und der Transnistrien-Konflikt“, dass Russland folgende Interesse in der Region hat: „die Bekräftigung der bündnispolitischen Neutralität Moldawiens; die Sicherung der kulturellen, wirtschaftlichen und militärischen Präsenz Russlands; die Verankerung der hervorgehobenen politischen Rolle Russlands als Garant jeglicher Friedensregelung in der Region.“<sup>297</sup> In der offiziellen Formulierung der Außenpolitik Russland bezüglich der Konfliktregelung in Transnistrien sind drei Punkte

---

<sup>294</sup> Vgl. Rossiya mozet dat skidku na gaz Moldowii esli ona otkazetsya ot energosotrudnitschestva s ES 12.09.2012: [http://www.gazeta.ru/business/news/2012/09/12/n\\_2526237.shtml](http://www.gazeta.ru/business/news/2012/09/12/n_2526237.shtml), eingesehen am 20.02.2013

<sup>295</sup> Vgl. Zagorski, Andrei (2012): Russland im Transnistrienkonflikt. S. 92

<sup>296</sup> Vgl. Radio Pridnestrowien: Nachrichten aus Pridnestrowien 02.11.2012: <http://radiopmr.org/golos/8756/>, eingesehen am 20.02.2013

<sup>297</sup> Vgl. Zagorski, Andrei (2012): Russland im Transnistrienkonflikt. S. 89

erwähnt: die Wiederherstellung der territorialen Integrität Moldawiens, die Bekräftigung seiner Souveränität, die Erhaltung der Neutralität Moldawiens.<sup>298</sup>

Davon ausgehend wäre das Maximalziel Russlands, die Vereinbarung Moldawiens mit Rumänien zu vermeiden und die Westorientierung Moldawiens zu verhindern. Nach der Bildung der „Pro-Europa-Allianz-Regierung“ in Moldawien, die die rumänische Identität der Moldawier betont und das Land nach Rumänien eingliedern wollte, erscheint Transnistrien für Russland als ein einziges Mittel, um Moldawien zu beeinflussen. Außerdem will Moskau Moldawien und Transnistrien in eigene Integrationsstrukturen im Rahmen der GUS fest einbeziehen. Das Minimalziel Russlands wäre dann die bündnispolitische Neutralität Moldawiens beizubehalten. In dieser Hinsicht ist der Verzicht auf eventuellen Nato-Beitritt Moldawiens auch wichtig.

Martin Hans Sieg behauptet in seiner Arbeit „Der Transnistrien-Konflikt: Voraussetzungen für eine Konfliktlösung“, für den Kreml geht es nicht „um Transnistrien selbst, sondern die Transnistrien-Politik ist ein Mittel, um die Republik Moldau im eigenen Einflussbereich zu halten, zumindest aber eine aus russischer Sicht einseitige Westorientierung Moldaus zu verhindern.“<sup>299</sup> Dementsprechend wäre die Beibehaltung des Status Quo für Russland eine optimale Konstellation in der Region, weil der Westen als erste Voraussetzung für die europäische Integration Moldawiens in der Konfliktlösung in Transnistrien sieht.

Russland versucht viele Optionen in der Region offen zu halten. Bei der letzten Präsidentschaftswahl 2011 in Transnistrien unterstützte Russland Smirnow nicht mehr, sondern einen anderen Kandidat - Anatoli Kaminski - und nutzte den politischen Einfluss von Kaminski, um mögliche Manipulationen vorzubeugen. In der Literatur gibt es die Meinung, „dass am Ende Schewtschuk als wesentlich populärerer Politiker gewann, wurde dabei in Kauf genommen; denn ... es ist Moskau bewusst, dass sich gegen die verbreitete Frustration in der Bevölkerung über die übrigen politischen Eliten und angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage nicht auf Dauer regieren lässt und insofern auch eine größere demokratische Mitbestimmung ebenso wie wirtschaftliche Reformen erforderlich sind.“<sup>300</sup>

---

<sup>298</sup> Vgl. Homepage of Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation: Kommentariy Departamenta informazii i petschati MID Rossii v svyazi s reakziej moldawского rukovodstva na sovместnoe zayavlenie prezidentov Rossii i Ukraini po pridnestrovskomu uregulirovaniju 20.05.2010: <http://www.mid.ru/bdomp/ns-rkonfl.nsf/90be9cb5e6f07180432569e00049b5fb/432569e00034005fc32577290029b781!OpenDocument>, eingesehen am 20.02.2013

<sup>299</sup> Vgl. Sieg, Hans Martin (2011): Der Transnistrien-Konflikt: Voraussetzungen für eine Konfliktlösung. In: Südeuropa Mitteilungen Heft 3, 2011. S. 70

<sup>300</sup> Vgl. Sieg, Hans Martin (2012): Der Transnistrienkonflikt nach den Präsidentschaftswahlen in Russland, Moldau und Tiraspol. Politische Perspektiven und strategische Ansätze. Länderbericht. S. 13: <http://www.kas.de/moldau/de/publications/31198/>, eingesehen am 20.02.2013

Andererseits ist es kaum zu glauben, dass Schewtschuk den Einfluss Russlands, vor allem wegen wirtschaftlicher und militärischer Präsenz Russlands in der Region, verringern kann. In Anbetracht der komplexen Interessenlage Russlands ist es schwer heute vorherzusehen, was für eine Politik Russland gegenüber Transnistrien unter dem neu gewählten Präsidenten Schewtschuk verfolgen wird.

Auch in Moldawien hat sich die politische Situation verändert. Nach der Parlamentswahl 2010 in Moldawien und Bildung der prowestlichen Koalition hat sich Russland um eine Koalition von Kommunisten und Sozialdemokraten bemüht.<sup>301</sup> Damit hatte Russland die Hoffnungen, eine Zollunion von Moldawien, Kasachstan und Weißrussland zu schaffen, was von den moldawischen Kommunisten befürwortet wurde. Außerdem könnte Moskau durch den Aufbau solcher einer Zollunion Moldawien mehr beeinflussen. Die Regierungsbildung der „Allianz für europäische Integration“ erscheint sowohl die Definition der Interessen Russlands im Transnistrien-Konflikt zu erschweren als auch die existierende Konstellation in der Region zu verändern.

Man kann auch nicht um hin zu sagen, dass der Transnistrien-Konflikt und seine Lösung keine hohe Priorität in der russischen Außenpolitik heute hat und auch eine „marginale Rolle“ im politischen Diskurs Russlands spielt. In den letzten Jahren tun die russischen Politiker so, als würden sie die Politik in Tiraspol gar nicht beeinflussen können. Zum Beispiel, tat es so Vladimir Putin, als er im November 2002 nach dem Treffen mit der EU auf einer Pressekonferenz mit der Frage konfrontiert wurde, ob „Russland seiner Verpflichtung nachkommen würde und seine in Moldau (Transnistrien) verbleibenden Truppen zurück ziehen würde.“<sup>302</sup> Aus diesem Grund würden die Behörden in Tiraspol den Rückzug russischer Truppen verhindern können, was sie auch täten. So konstatierte Vladimir Putin im Jahr 2002 auf der erwähnten Presskonferenz: „Russland hat sich nicht nur verpflichtet, sondern ist direkt daran interessiert, seine Waffen aus Transnistrien zurück zu ziehen. Leider sitzen in der Führung Transnistriens Leute, mit denen solche Fragen schwer zu regeln sind. Sie haben ihre Interessen und Vorstellungen von nationalen Interessen. Ich denke, diese Vorstellungen sind falsch. Wir werden mit ihnen den Dialog über diese Frage weiter führen.“<sup>303</sup>

---

<sup>301</sup> Vgl. Grund, Manfred / Sieg, Hans Martin / Weseman, Kristin (2011): Transnistrien und die künftige Sicherheits-Architektur in Europa. KAS-Auslandsinformationen: [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_28726-544-1-30.pdf?110908155558](http://www.kas.de/wf/doc/kas_28726-544-1-30.pdf?110908155558), eingesehen am 23.03.2013

<sup>302</sup> Vgl. Zagorski, Andrei (2012): Russland im Transnistrienkonflikt. S. 78

<sup>303</sup> Vgl. Homepage of Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation : Vistuplenie Prezidenta Rossijskoj Federazii V.V. Putina I otvety na voprosy v hode presskonferenzii po itigam sammita Rossiya\_ES, 11.Noyabrja 2002, Brüssel : [http://www.mid.ru/bdomp/ns\\_rkonfl.nsf](http://www.mid.ru/bdomp/ns_rkonfl.nsf), eingesehen am 23.02.2013

Die Wahrheit muss zwischen diesen zwei Ansätzen liegen. Obwohl Russland den Konflikt im eigenen Interesse instrumentalisierte, zeigten die Regelungsversuche, dass die Regelung des Transnistrien-Konflikts nur mit Russland unmöglich ist. Andererseits erscheint die Regelung ohne Russland auch unmöglich zu sein. Nach dem ersten und bis heute letzten Regelungsversuch Russlands im Rahmen „Kozak-Plan“ gab Russland keine deutliche Initiative den Konflikt zu lösen. Wie bereits erwähnt, wäre die Beibehaltung des Status Quo für Russland eine optimale Konstellation in der Region, um die westeuropäische Integration Moldawiens mittels Existenz des Schattenstaats Transnistrien zu vermeiden. Die Unabhängigkeit Transnistriens war nie ein Ziel von Moskau in diesem Konflikt. Transnistrien ist für Moskau nur sinnvoll, so lange wie es ein Teil von Moldawien bleibt und als Hebelwirkung auf die Regierung Moldawiens verwendet werden kann.

## **7. Internationales Konfliktmanagement**

Das internationale Konfliktmanagement zeigt sich im Transnistrien-Konflikt zurückhaltend. Die internationalen Wirtschaftshilfen waren bis jetzt nur auf die Stützung der Zahlungsfähigkeit Moldawiens und Transnistriens ausgerichtet.

Bis zum Jahr 2003 hat es keine Initiative sowohl von den lokalen als auch von den regionalen Akteuren gegeben, um den Konflikt zu lösen. Das bestätigt noch einmal die Tatsache, dass der Transnistrien-Konflikt nicht im Zentrum der Aufmerksamkeit der wichtigsten Akteure ist.

### **7.1. Das militärische Konfliktmanagement**

Die Unterzeichnung eines Dokuments über „die Einstellung der Feindseligkeiten, die Schaffung einer entmilitarisierenden „Sicherheitszone“ entlang des Dnjestr, die Stationierung einer trilateralen „Gemeinsamen Friedenstruppe“ am 21. Juli 1992 durch die Präsidenten Moldawiens, Russlands, Mirca Snegur und Boris Jelzin<sup>304</sup> kann man als ersten Schritt in Richtung einer Festigung der militärischen russischen Dominanz im Dnjestr-Gebiet erachten.

Die Friedenstruppe waren insgesamt 5.600 Mann (1.200 wurden von Moldawien gestellt, 2.800 von Russland und 1.600 von Transnistrien) stark.<sup>305</sup> Sie besitzt aber bis heute kein Mandat von internationalen Organisationen. Laut Abkommen besitzen die OSZE und die Ukraine Beobachterstatus.

Dieses Dokument ist bis heute gültig und wird oft als Instrument der russischen Außenpolitik für die Kontrolle der Situation in der Region eingeschätzt.<sup>306</sup>

Die Politiker Transnistriens bestehen heute darauf, dass „das bestehende Friedensformat erhalten bleibt, bis die endgültige Beilegung des moldauisch-pridnestrowischen Konflikts erreicht wird.“<sup>307</sup>

### **7.2. Das Lissabonner Dokument 1996 der OSZE**

Im Dezember 1996 fand das OSZE-Gipfeltreffen in Lissabon statt, um die Lage in der OSZE-Region zu bewerten und gemeinsame Sicherheit auf eine kooperative Grundlage zu stellen.<sup>308</sup>

---

<sup>304</sup> Vgl. Malek, Martin (2006): Der Konflikt im Dnjestr-Gebiet (Moldova). Analyse und Dokumente. S.38

<sup>305</sup> Vgl. Ebenda. S.39

<sup>306</sup> Vgl. Ebenda. S. 40

<sup>307</sup> Vgl. Radio Pridnestrowien: Nachrichten aus Pridnestrowien, 17.01.2012:  
<http://www.radiopmr.org/golos/5581/>, eingesehen am 23.02.2013

Bezüglich des Transnistrien-Konflikts wurde von der OSZE festgestellt, „dass auf dem Weg zu einer politischen Lösung in Moldau gewisse Fortschritte zu verzeichnen sind. Zur Bewältigung der verbleibenden Schwierigkeiten bedarf es nun echter politischer Entschlossenheit, um eine Lösung auf der Grundlage der Souveränität und der territorialen Integrität der Republik Moldau herbeizuführen.“<sup>309</sup>

„Wir appellieren an alle Seiten, sich verstärkt darum zu bemühen. Unter Hinweis auf den Beschluss des Gipfeltreffens von Budapest bringen wir erneut unsere Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass bezüglich des Inkrafttretens und der Umsetzung des moldauisch-russischen Abkommens vom 21. Oktober 1994 über den Abzug der russischen Streitkräfte keine Fortschritte zu verzeichnen sind. Wir erwarten einen raschen, geordneten und vollständigen Abzug der russischen Streitkräfte. In Erfüllung des Missionsmandats und anderer einschlägiger OSZE-Beschlüsse bestätigen wir die Verpflichtung der OSZE, die Durchführung dieses Prozesses unter anderem durch ihre Mission aufmerksam zu verfolgen und - in enger Zusammenarbeit mit den russischen und ukrainischen Vermittlern - die Herbeiführung einer Regelung im östlichen Teil Moldaus zu unterstützen.“<sup>310</sup>

Die Forderungen von der OSZE waren nicht erfüllt. Die russischen Truppen waren nur teilweise abgezogen. Russland erklärte damals, dass die Volksabstimmung 1995 in Transnistrien sich für einen Verbleib der russischen Truppen aussprach.

### **7.3. Das Istanbul Dokument 1999 der OSZE**

Am OSZE-Gipfel in Istanbul 1999 wurden schon die Fristen für den Abzug der russischen Truppen festgestellt, und zwar, mussten die russischen Truppen bis Ende 2002 abgezogen werden.<sup>311</sup>

Der Istanbul Dokument enthält folgende Punkte in Bezug auf das Transnistrien-Problem: „Wir stellen erneut fest, dass bei jeder Lösung dieses Problems die Souveränität und die territoriale Integrität der Republik Moldau sichergestellt werden sollte. Wir treten für die Fortsetzung und Entwicklung des Verhandlungsprozesses ein und appellieren an alle Seiten, insbesondere an die transnistrischen Behörden, den erforderlichen politischen Willen an den

---

<sup>308</sup> Vgl. Homepage von Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa: Gipfeltreffen von Lissabon (1996): Lissabonner Dokument, 2. Dezember 1996. S. 2 : <http://www.osce.org/de/mc/39541?download=true>, eingesehen am 24.02.2013

<sup>309</sup> Vgl. Ebenda. S.7

<sup>310</sup> Vgl. Ebenda. S.7

<sup>311</sup> Vgl. Homepage von Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa: Gipfeltreffen von Istanbul (1999): Istanbul Dokument, Istanbul 1999. S. 51: <http://www.osce.org/de/mc/39571?download=true>, eingesehen am 23.02.2013

Tag zu legen, um eine friedliche und rasche Beseitigung der Folgen des Konflikts auszuhandeln. Wir begrüßen die Fortsetzung der Vermittlungsbemühungen der Russischen Föderation, der Ukraine und der OSZE im Verhandlungsprozess über den zukünftigen Status der transnistrischen Region innerhalb der Republik Moldau. Wir nehmen Kenntnis von der positiven Rolle der gemeinsamen Friedenstruppen für die Sicherung der Stabilisierung in der Region...

Unter Hinweis auf die Beschlüsse der Gipfeltreffen von Budapest und Lissabon und des Ministerratstreffens von Oslo wiederholen wir, dass wir einen raschen, geordneten und vollständigen Abzug der russischen Streitkräfte aus Moldau erwarten. Diesbezüglich begrüßen wir die jüngsten Fortschritte im Hinblick auf die Beseitigung und Zerstörung der in der transnistrischen Region Moldaus gelagerten russischen Militärausrüstung und den Abschluss der Zerstörung nicht transportierbarer Munition.<sup>312</sup>

Durch die Unterzeichnung eines Dokuments über „die Einstellung der Feindseligkeiten, die Schaffung einer entmilitarisierenden „Sicherheitszone“ entlang des Dnjestr, die Stationierung einer trilateralen Gemeinsamer Friedenstruppe“ im Jahr 1992 wurde die militärische Präsenz in der Region ohne Zustimmung der internationalen Organisationen ausgebaut. Mit Hinweis auf die Vorschrift der Lissabonner und der Istanbuler Dokumente kann man feststellen, dass das internationale Konfliktmanagement und die Bemühungen der OSZE- Mitglieder danach in den 1990er Jahren nur auf den Abzug der russischen Truppen und den Abbau der russischen Militärpräsenz gerichtet war. Es gab keinen Versuch in den 1990er Jahren, die Maßnahmen für die Konfliktlösung zu treffen.

#### **7.4. Der moldawisch-russische Freundschaftsvertrag 2001**

Im November 2001 unterzeichneten der Präsident Moldawiens Vladimir Voronin und der Präsident Russlands Vladimir Putin den „Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen Russland und Moldawien“. In der Präambel des Vertrages wurde betont, dass Russland im Transnistrien-Konflikt als „Co-Vermittler und Garant auf der Grundlage der Einhaltung der Souveränität und territorialen Integrität Moldawiens“<sup>313</sup> bezeichnet wurde.

---

<sup>312</sup> Vgl. Homepage von Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa: Gipfeltreffen von Istanbul (1999): Istanbuler Dokument, Istanbul 1999. S. 51: <http://www.osce.org/de/mc/39571?download=true>, eingesehen am 23.02.2013

<sup>313</sup> Vgl. Homepage of Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation :Dogovor o družbe I sotrudnitschestve mezdu Rossijskoj Federaziej i Respublikoj Moldova 19.11.2001: [http://www.mid.ru/BDOMP/spd\\_md.nsf/0/136A3D0059E1C0ED44257AE2003309C4](http://www.mid.ru/BDOMP/spd_md.nsf/0/136A3D0059E1C0ED44257AE2003309C4), eingesehen am 23.02.2013

Die beiden Seiten verpflichteten sich, dass sie sich jeder Tätigkeit zu enthalten gedenken, die der territorialen Integrität der jeweils anderen Seite schaden könnte; und dass sie separatistischen Bewegungen nicht unterstützen werden.<sup>314</sup>

Es wurde noch einmal von Russland bestätigt, dass es für die territoriale Integrität Moldawiens eintritt.

## 7.5. Der Kozak-Plan 2003

Nach der Unterzeichnung des Vertrages „über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen Russland und Moldawien“ 2001 versuchte Russland im Jahr 2003 den Transnistrien-Konflikt im 2+1-Format (Transnistrien, Moldawien und Russland) zu lösen. Das Kozak-Memorandum war eine der wenigen ernst gemeinten Vermittlungsversuche Russlands. Im November 2003 stellte Moskau ein – zusammen mit Vertretern Transnistriens und Moldawiens – ausgearbeitetes Memorandum „Über die Grundprinzipien des staatlichen Aufbaus eines vereinten Staates“, besser bekannt unter dem Namen des dem damaligen stellvertretenden Chef der Präsidentialadministration Putins, Dmitrij Kozak - der Kozak-Plan.

Ihm zufolge sollte die neue „Bundesrepublik Moldawien“ eine asymmetrische Föderation (Unterschied in Hinsicht auf Rechte und Pflichten – wie heute zwischen Moldawien und Gagausien) aus drei gleichberechtigten Teilen werden, nämlich Moldawien, Transnistrien und Gagausien.<sup>315</sup>

Die asymmetrische Föderation ist dadurch gekennzeichnet, dass manche Mitgliedstaaten über mehr Kompetenzen als andere verfügen. George Anderson gibt folgende Definition für den Begriff „asymmetrische Föderation“: „Asymmetrie bezeichnet diverse Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten einer Föderation: Asymmetrisches politisches Gewicht, asymmetrische Rechte und asymmetrischer Status für bestimmte Gruppen oder Sprachen, asymmetrische Kompetenzen.“<sup>316</sup>

So sah der Kozak-Plan auch eine solche asymmetrische Föderation zwischen Moldawien und einem föderalen Subjekt Transnistrien vor. Transnistrien sollte nach diesem Entwurf eigene Staatsorgane der Legislative, der Exekutive und der Judikative bilden und eine eigene

---

<sup>314</sup> Vgl. Homepage of Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation :Dogovor o družbe i sotrudničestve mezdu Rossijskoj Federaziej i Respublikoj Moldova 19.11.2001: [http://www.mid.ru/BDOMP/spd\\_md.nsf/0/136A3D0059E1C0ED44257AE2003309C4](http://www.mid.ru/BDOMP/spd_md.nsf/0/136A3D0059E1C0ED44257AE2003309C4), eingesehen am 23.02.2013

<sup>315</sup> Vgl. Benkö, Arad/ Malek, Martin (2005): Akteure des Konflikts um Transnistrien (Moldau) unter besonderer Berücksichtigung der Möglichkeiten und Grenzen eines EU-Engagements. S.63

<sup>316</sup> Vgl. Anderson, Georg (2008): Föderalismus. Eine Einführung. Opladen, Budrich. S.40

Verfassung, eine eigene Gesetzgebung, Staatseigentum, ein selbstständiges Budget und Steuersystem, eine eigene staatliche Symbolik und andere Attribute seines staatlichen Status haben. Moldawisch würde die Staatssprache der Föderation sein. Offizielle Amtssprache auf dem ganzen Territorium der Republik wäre Russisch. Internationale Abkommen, die Transnistrien betreffen würden, müssten auch von Transnistrien ratifiziert werden. Laut der zwölften Verordnung würde die föderale Regierung kontrollieren, ob Transnistrien in Übereinstimmung mit der Verfassung und Gesetzgebung handeln würde.<sup>317</sup> Transnistrien und Gagausien wären auch im Parlament stark repräsentiert, und die transnistrischen Abgeordneten müssten nur die Unterstützung einiger gagausischen Abgeordneten haben - um alle föderalen Gesetze zu blockieren. Dementsprechend hätten Transnistrien und Gagausien großen Einfluss bei der Regierungsbildung, weil der Premierminister durch das Parlament bestätigt werden müsste.<sup>318</sup> Außerdem hätten die Teile der Föderation das Recht auf Austritt aus der Föderation, wenn die Entscheidung über den Anschluss der Föderation an einen anderen Staat fallen würde und/oder die Föderation ihre Souveränität einbüßen würde. Der Austritt eines Teilgebiets aus der Föderation sollte auf der Grundlage von Entscheidungen, durch eine Volksabstimmung durch die Mehrheit der Stimmen der auf dem Territorium des Teilgebiets der Föderation geschehen.<sup>319</sup>

Das Memorandum sah anfangs auch die Entmilitarisierung Transnistriens vor. Die Föderation sollte ein neutraler, entmilitarisierter Staat sein. Diese Verordnung passte der politischen Elite Transnistriens nicht. Zuerst blockierte Transnistrien die Verhandlungen. Smirnow verwies darauf, dass russisch zur zweiten Staatssprachen erhoben werden würde und die Präsenz der russischen Friedenstruppen die nächsten 30 Jahre gesichert sein müsste. Das war die Bedingung von Smirnow, um an den Gesprächen weiterhin teilzunehmen. Der ehemalige moldawischen Präsident Voronin verwies seinerseits darauf, dass jede friedenssichernde Operation in Zukunft eine stärkere internationale Beteiligung brauchen würde. Moskau stellte es als Kompromiss dar, dass eine von Russland geführte Friedensgruppe, die bis zum Jahre 2020 2000 russische Soldaten (mehr als die derzeitige Stärke der 14. Armee) umfassen sollte, durch ukrainische und internationale Beobachter kontrolliert werden würde. Zweifelsohne sah der Plan eine starke russische Militärpräsenz auf moldawischem Territorium vor und stand damit im Widerspruch zu den russischen Abzugsplänen.

---

<sup>317</sup> Vgl. Malek, Martin (2006): Der Konflikt im Dnjestr-Gebiet (Moldova). Analyse und Dokumente. S. 90-92

<sup>318</sup> Vgl. International Crisis Group: Moldova: Regional Tensions over Transnistria. Europa Report Nr. 157.17. Juni 2004, Chisinau/Brüssel. S.29-30:

[http://www.crisisgroup.org/~media/Files/europe/157\\_moldova\\_transnistria\\_tensions\\_rus.pdf](http://www.crisisgroup.org/~media/Files/europe/157_moldova_transnistria_tensions_rus.pdf), eingesehen am 24.02.2013

<sup>319</sup> Vgl. Malek, Martin (2006): Der Konflikt im Dnjestr-Gebiet (Moldova). Analyse und Dokumente. S. 84-84

Voronin protestierte gegen den russischen Vorschlag bezüglich der Militärpräsenz Russlands in Transnistrien. Er unterzeichnete den Kozak-Plan nicht. Die Ursache für diesen Sinneswandel Voronins waren auch vermutlich intensive Gespräche mit der OSZE-Mission in Moldawien und Massenproteste der christ-demokratischen Opposition in Chisinau gegen die Unterzeichnung des Memorandums.<sup>320</sup> Der Westen sah auch problematische Passagen im Memorandum. So eine Regelung des Konflikts hätte den russischen Einfluss in Moldawien und Transnistrien festgeschrieben. Es könnte auch den Verbleib der zukünftigen Föderation in der russischen Einflusssphäre bedeuten.

Erboste Kommentare in Russland machten den Westen und dessen „Druckausübung“ für den Sinneswandel Voronins verantwortlich.<sup>321</sup> Bis zur Formulierung des Kozak-Plans, war die Lösung des Konflikts am Dnestr noch nie so greifbar. Nach dem Scheitern der Unterzeichnung waren mit dem Kozak-Plan auch alle weiteren Vermittlungsbemühungen für lange Zeit eingefroren. Außerdem kam es zu einer deutlichen Verschlechterung des Verhältnisses zwischen Moskau und Chisinau.<sup>322</sup>

## **7.6. Der Juschtschenko-Plan 2005**

2005 begann der ukrainische Präsident Juschtschenko zusammen mit dem Präsidenten Moldawiens Voronin eine Initiative, um den Konflikt zu lösen. Der sogenannte Juschtschenko-Plan wurde am 22. April 2005 auf dem GUAM-Gipfel (Georgien, die Ukraine, Aserbaidshan, Moldawien) in Chisinau präsentiert.<sup>323</sup>

Der Juschtschenko-Plan „Zur Regelung durch die Demokratie“ hatte die Pluralisierung des politischen Systems Transnistriens vorgesehen. Vor allem sah der Plan Maßnahmen vor, das als undemokratisch bewerte Transnistrien-Regime faktisch „zur Demokratie zu zwingen“. Einer der wichtigsten Punkte dieses Plans war die Erweiterung des Formats der Verhandlungen bezüglich einer politischen Lösung des Transnistrien-Konflikts. Die EU und die USA sollten auch an den offiziellen Verhandlungen teilnehmen.

---

<sup>320</sup> Vgl. Graf, Kilian (2010): Der Transnistrien-Konflikt: Produkt spätsowjetischer Verteilungskämpfe und Zerfallskonflikt der implodierten Sowjetunion. S. 371

<sup>321</sup> Vgl. Malek, Martin (2006): Der Konflikt im Dnestr-Gebiet (Moldova). Analyse und Dokumente. S. 35

<sup>322</sup> Vgl. Graf, Kilian (2010): Der Transnistrien-Konflikt: Produkt spätsowjetischer Verteilungskämpfe und Zerfallskonflikt der implodierten Sowjetunion. S.371

<sup>323</sup> Vgl. Hill, William (2005): Konfliktbeilegung in Transnistrien – Fortschritte und Rückschritte: Die OSZE-Mission in Moldau. S. 167: <http://www.core-hamburg.de/documents/jahrbuch/06/Hill-dt.pdf>, eingesehen am 25.02.2013

Es wurde geplant, Wahlen zum Obersten Rat Transnistriens bis Ende 2005 unter der Aufsicht der Europäischen Union, der OSZE, Russlands und der USA abzuhalten. Damit würde sich der Westen aktiv in den politischen Prozess Transnistriens einschalten, während Russland nur zu einem der vier Kontrollorgane werden würde, um die Wahl zu kontrollieren. Die Grenzschutzkräfte werden beträchtlich verstärkt. Auch von der internationalen, technischen Unterstützung wird Gebrauch gemacht.<sup>324</sup> Im Plan ist der autonome Status Transnistriens erwähnt, das heißt Transnistrien würde kein Recht haben, aus dem Bestandteil Moldawiens auszutreten. Es wurde die Entmilitarisierung Transnistriens und die Schaffung des internationalen Mechanismus militärischer und ziviler Beobachter aus der EU, der OSZE, Russland usw. vorgeschlagen.<sup>325</sup>

Moldawien war mit diesem Plan sehr zufrieden. Am 10. Juni 2005 verabschiedete das Parlament Moldawiens mit überwältigender Mehrheit eine Erklärung, in der dieser Plan von Juschtschenko begrüßt wurde.<sup>326</sup> Der Entwurf wurde auch von der EU und der OSZE unterstützt. Sollte der Juschtschenko-Plan realisiert werden, würde sich Russlands Einfluss auf die Region wesentlich verringern. Russland lehnte genau aus diesen Gründen den Plan ab. Die Verortungen über die Entmilitarisierung des Territoriums und über die Pluralisierung des Regimes wurden auch von der politischen Elite Transnistriens negativ aufgenommen. Smirnow lehnte ebenso die Vorschläge Juschtschenkos ab.

Wie der Kozak-Plan 2003 war dieser Plan auch auf einen friedlichen Kompromiss zwischen den rivalisierenden Seiten ausgerichtet. Somit wurde keiner der Pläne in die Tat umgesetzt. Diese zwei Konfliktlösungsversuche zeigten, dass die Akteure in diesem Konflikt unterschiedliche Sichtweisen auf die Konfliktregelung in Transnistrien hatten.

## **7.7. Das Meseberg-Memorandum 2010 und der Transnistrien-Konflikt im Kontext der EU-Russland-Beziehungen**

Nach dem Scheitern des Kozak-Plans und des Plans von Juschtschenko sind die Bemühungen um die Lösung des Konflikts in eine Sackgasse geraten. Erst im Jahr 2010 wurden sie wieder aufgenommen.

---

<sup>324</sup> Vgl. Ria Novosti: Juschtschenkos Plan und Kozaks Plan für Transnistria – Regelung, 16.06.2005: [http://de.rian.ru/comments\\_interviews/20050616/40533638.html](http://de.rian.ru/comments_interviews/20050616/40533638.html), eingesehen am 25.02.2013

<sup>325</sup> Vgl. Ebenda

<sup>326</sup> Vgl. Hill, William (2005): Konfliktbeilegung in Transnistrien – Fortschritte und Rückschritte: Die OSZE-Mission in Moldau. S. 168: <http://www.core-hamburg.de/documents/jahrbuch/06/Hill-dt.pdf>, eingesehen am 25.02.2013

In Juni 2010 haben der russische Präsident Medwedew und die deutsche Bundeskanzlerin Merkel das sogenannte Meseberg-Memorandum unterschrieben. Das Memorandum stellte den Zusammenhang zwischen der Einrichtung des Komitees Russland-EU für die Sicherheit auf Ministerebene und dem Erfolg der Konfliktregelung in Transnistrien fest. Das Komitee sollte sich mit verschiedenen Aufgaben beschäftigen. Im 4. Punkt des Memorandums wurde darauf hingewiesen, dass das Komitee auch die gemeinsamen Anstrengungen der EU und Russlands für eine Lösung des Transnistrien-Konflikts verstärken sollte, um spürbare Fortschritte innerhalb des bestehenden 5+2-Formats (Russland, die Ukraine, Moldawien, Transnistrien, die OSZE, die EU, die USA) zu erzielen. „Diese Zusammenarbeit könnte ein gemeinsames europäisch-russisches Engagement beinhalten, mit dem ein reibungsloser Übergang der gegenwärtigen Situation in einen endgültigen Zustand gewährleistet wäre.“<sup>327</sup> Durch dieses Memorandum hat der Konflikt auch an strategischer Bedeutung gewonnen, weil „seine Lösung weitreichende Auswirkungen auf die künftige Gestaltung der Sicherheitsarchitektur in Europa haben könnte.“<sup>328</sup>

Einerseits haben die EU und Russland mit dem Meseberg-Memorandum deutliche Erwartungen geweckt, andererseits verbinden sie unterschiedliche Interessen mit diesem Memorandum. Nach russischer Interpretation des Memorandums sollte es zu einer möglichst baldigen Einrichtung des Komitees Russland-EU für die Sicherheit kommen, in dem auch über den Konflikt in Transnistrien gesprochen wird. Für die EU wären vor allem die Fortschritte bei einer Konfliktlösung die Voraussetzung für eine Einrichtung dieses Komitees.<sup>329</sup>

Das Meseberg-Memorandum gab den Konflikt eine neue Dynamik. Zwischen den an den 5+2-Verhandlungen beteiligten Akteuren intensivierten sich die Gespräche um eine Konfliktlösung. Am 30. November und 1. Dezember 2011 fand in Wilna das erste offizielle Treffen im 5+2-Format nach der langen Pause statt.<sup>330</sup>

---

<sup>327</sup> Vgl. Homepage von der Bundesregierung Deutschlands: Memorandum (Treffen zwischen Bundeskanzlerin Angela Merkel und Präsident Dmitri Medwedew am 4. und 5. Juni 2010 in Meseberg): [http://bundesregierung.de/Content/DE/\\_Anlagen/2010/2010-06-07-meseberg-memorandum-deutsch.pdf](http://bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2010/2010-06-07-meseberg-memorandum-deutsch.pdf), eingesehen am 25.02.2013

<sup>328</sup> Vgl. Grund, Manfred/ Sieg, Hans Martin/Wesemann, Kristin (2011): Transnistrien und die künftige Sicherheits-Architektur in Europa. KAS-Auslandsinformationen. S.64: [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_28726-544-1-30.pdf?110908155558](http://www.kas.de/wf/doc/kas_28726-544-1-30.pdf?110908155558), eingesehen am 25.02.2013

<sup>329</sup> Vgl. Ebenda. S.64

<sup>330</sup> Vgl. Homepage von dem Deutschen Bundestag: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Viola von Cramon-Taubadel, Volker Beck (Köln), Marieluise Beck (Bremen), weiterer Abgeordneter und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 17/8065, 21.12.2001. S.3: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/082/1708239.pdf>, eingesehen am 26.02.2013

Die direkten Kontakte zwischen Chisinau und Tiraspol schienen sich auch zu intensivieren, aber blieben wegen fehlender Verhandlungsbereitschaft Transnistriens ergebnislos.<sup>331</sup>

In der Literatur wird bemerkt: „Ein schneller Durchbruch ist jedoch nicht zu erwarten. Erst im weiteren Verlauf der Verhandlungen wird sich zeigen, ob das Meseberger-Memorandum zur Überwindung der grundsätzlichen Gegensätze zwischen den an den 5+2-Verhandlungen beteiligten Seiten führen kann“.<sup>332</sup> Seit dem Juli 2010 kam es im Rahmen des Meseberg-Memorandums noch zu keinem konkreten Schritt zwischen Russland und der EU in der Konfliktlösung in Transnistrien.

Wenn es heute einen Konflikt gibt, der sich als Testfall für die sicherheitspolitische Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland eignet, dann ist das der Konflikt um Transnistrien. Die Unterzeichnung des Meseberg-Memorandum zeigte, dass Russland kompromissbereit ist, mit der EU die Verhandlungen über Transnistrien zu führen und auch an einer Lösung mitzuwirken. Zugleich sucht Russland mit dem Meseberg-Memorandum einen stärkeren Einfluss auf sicherheitspolitische Entscheidungen in Europa. Dagegen hat die EU in erster Linie das Interesse, Kompromisse in der Lösung des Konflikts in Transnistrien mit Russland zu finden. In der Wahrnehmung Russlands ist die EU ein Konkurrent in dieser Region, und es wird in Russland vor allem die EU-Integration dieser Region befürchtet.<sup>333</sup> Daher werden ein Fortbestehen des Transnistrien-Konflikts und die Beibehaltung des Status Quo aus der Sicht Russlands mehr Vorteile bringen, während für die EU aufgrund seiner Ost-Erweiterungen das Interesse an einer Konfliktlösung in Transnistrien steigen wird.

Am 1. Juni 2011 fand die Präsentation der Forschungsergebnisse „Die Varianten der Entwicklung des Transnistrien-Konflikts; die Aufforderungen der europäischen Sicherheit“ in Kiew statt. Die Forschung wurde vom ukrainischen Institut der internationalen Politik durchgeführt. Im Rahmen der Forschung wurde die Wahrscheinlichkeit der Realisierung jedes Szenarios in den nächsten fünf Jahren nach dem 10-Punkte-System eingeschätzt. Es wurde 32

---

<sup>331</sup> Vgl. Grund, Manfred/ Sieg, Hans Martin/Wesemann, Kristin (2011): Transnistrien und die künftige Sicherheits-Architektur in Europa. KAS-Auslandsinformationen. S. 63: [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_28726-544-1-30.pdf?110908155558](http://www.kas.de/wf/doc/kas_28726-544-1-30.pdf?110908155558), eingesehen am 25.02.2013

<sup>332</sup> Vgl. Ebenda

<sup>333</sup> Vgl. Meister, Stefan (2011): Sicherheitspolitischer Neustart zwischen Russland und der EU? Das Weimarer Dreieck, Russland und die östliche Nachbarschaft der EU, Genshagener Papiere, 7 Juli 2011, S. 4: [http://www.stiftung-genshagen.de/allg\\_grafik/genshagenerpapiere/Genshagener%20Papiere\\_2011\\_07.pdf](http://www.stiftung-genshagen.de/allg_grafik/genshagenerpapiere/Genshagener%20Papiere_2011_07.pdf), eingesehen am 27.02.2013

Experten aus der Ukraine, Moldawien, Russland, der EU-Länder und den USA, die sich mit den Fragen nach der Regelung des Transnistrien-Konflikts beschäftigen, befragt.<sup>334</sup>

Laut der Forschungsergebnisse halten die Experten die Erhaltung des Status Quo und die Regelung nach dem russischen Kozak-Plan-2 (Föderation zwischen den Subjekten) für die wahrscheinlichsten Varianten der Entwicklung der Situation in den nächsten fünf Jahre.<sup>335</sup>

Insgesamt schauen die Ergebnisse so aus: die Erhaltung des Status Quo (die Wahrscheinlichkeit der Realisierung der Variante – 8,0); die Regelung nach dem russischen Plan (8,0); die Europäisierung Transnistriens (5,5); der Anschluss Transnistriens an Russlands (1,5); das internationale Protektorat in Transnistrien (1,3); der Anschluss Transnistriens an die Ukraine (1,2); der Wiederbeginn der bewaffneten Phase des Konfliktes (1); die Anerkennung der Unabhängigkeit Transnistriens (0,5).<sup>336</sup>

Demgemäß sind die zwei glaubwürdigsten Varianten der Entwicklung der Situation in Transnistrien in den nächsten fünf Jahren entweder die Beibehaltung des existierenden Status Quo (Transnistrien als De-facto-Staat) oder die Regelung des Konfliktes nach dem russischen Plan (Transnistrien als Teil eines föderalisierten Moldawiens).

Es zeichnet sich immer klarer ab, dass die Erhaltung des Status Quo in absehbarer Zeit bleiben wird. Solange Moldawien nicht bereit ist, auf eine dem Kozak-Plan ähnliche Lösung einzulernen, erscheint der Konflikt auch aus Moskauer Sicht erst einmal festgefahren - und der Status Quo für den Augenblick eher den eigenen Interessen zu entsprechen, als die Bedingungen, unter denen sich eine Einigung erreichen ließe.<sup>337</sup> Das autoritäre politische Regime, die Militärpräsenz Russlands, die wirtschaftliche Unterstützung und die Finanzierung Russlands in Transnistrien garantieren heute die Lebensfähigkeit Transnistrien als De-facto-Staat. Die Beibehaltung des Status Quo entspricht vor allem den Interessen der politischen Elite Transnistriens. Die Auflösung des „Schattenstaates“ liefe auch wider die Interessen der daran gut verdienenden Nomenklatur-Elite in Chisinau.

Die Problemkomplexe bei der Konfliktlösung müssen, wahrscheinlich, im Verhandlungsformat „5+2“ in einer Gesamtlösung geklärt werden, weil die „5+2 Verhandlungen“ (mit der Teilnahme von der EU, der OSZE, der Ukraine, den USA, Russland und Moldawien mit Transnistrien) die erzielten Lösungen legitimieren können. Für

---

<sup>334</sup> Vgl. „Germanskij plan Kozaka- 2“ – fond Marshalla i Vishegradskaja grupa o buduwem moldavsko-prednestrovskogo uregulirovanija, 02.06.2011: <http://belarus.regnum.ru/news/1411435.html>, eingesehen am 27.02.2013

<sup>335</sup> Vgl. Ebenda

<sup>336</sup> Vgl. Ebenda

<sup>337</sup> Vgl. Kulminski, Vlad / Sieg, Hans Martin (2009): Die Europäisierung Moldovas: eine Strategie zur Lösung des Transnistrienkonflikts. S.19

Transnistrien und Moldawien wäre es dann sehr schwer die Vorschläge von der EU, der OSZE, den USA und Russland abzulehnen.<sup>338</sup>

---

<sup>338</sup> Vgl. Sieg, Hans Martin (2011): Der Transnistrien-Konflikt: Voraussetzungen für eine Konfliktlösung. S. 76

## 8. Fazit

Abschließend sollen die aus der empirischen Analyse erbrachten Erkenntnisse auf die Forschungsfragen angewandt werden.

In der theoretischen Einführung zum Konflikt um Transnistrien wurden die Transformationstheorien beschrieben. Da die Transformation in dem postsowjetischen Raum vor allem als Modernisierungsprozess verstanden wird, wurden die Systemtheorien, und zwar die Modernisierungstheorien, in die Analyse angewandt. Die Modernisierungstheorien ziehen in Betracht das wirtschaftliche Entwicklungsniveau eines Landes, das auch als die wichtigste einzelne Variable zur Erklärung des Demokratisierungsgrades eines Landes angesehen wird. Diese Theorien gehen davon aus, dass ein Land umso eher als Demokratie Bestand haben wird, je reicher es ist. In dieser Hinsicht kann Moldawien als potentieller Kandidat für einen „failed-State“ eingeschätzt werden. Im Fall Moldawiens erklären auch die Systemtheorien den Zusammenhang zwischen dem niedrigen Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung Moldawiens und dem niedrigen bzw. mäßigen Demokratisierungsgrad des Landes. Die Transformationsprozesse der vergangenen Jahre und die Ergebnisse der wirtschaftlichen Reformen führten zu einer Bildung der unreformierten kommunistischen Regierung in Moldawien.

Zur Erklärung der Transformationsprozesse in Transnistrien und zur Beantwortung der Frage nach den Mechanismen im Dnjestr-Gebiet, die heute die Überlebensfähigkeit Transnistriens garantieren, wurden die akteurtheoretischen Ansätze in die Arbeit herangezogen. Dabei war der Blick auf die Eliten am Ende der UdSSR und ihre Rolle in den neuen Republiken Moldawien und Transnistrien hilfreich. Die Dominanz der Transformationseliten als Hauptakteure in den Transformationsprozessen in Transnistrien führte zur Umwandlung des sowjetischen Systems, das auf der Nomenklatur basierte, in ein klientelistisches System. Laut den theoretischen Ansätzen des Neopatrimonialismus ist politischer Klientelismus ein wichtiges Strukturmerkmal des neopatrimonialen Systems. Transnistrien weist alle Eigenschaften eines neopatrimonialen Systems auf: die politischen Eliten Transnistriens profitieren durch die politisch-wirtschaftliche Verflechtung, weil sie durch Korruption und Schmuggel private Einkommen aufgebessert haben; auch die Staatsführung wurde lange Zeit von dem Smirnow-Clan personalisiert.

Aus der Analyse der Transformationsprozesse im Dnjestr-Gebiet wurde versucht, die Besonderheit des Konflikts um Transnistrien festzulegen. Zusammenfassend lässt sich

feststellen, dass der Konflikt um Transnistrien eine Auseinandersetzung zwischen den Eliten Moldawiens und Transnistriens um politische und wirtschaftliche Macht ist. Die Ethnisierung des Konflikts dient nur den Eliten, „um ihre Motive für die Auslösung des Konflikts und die Konfliktperpetuierung zu verdunkeln.“<sup>339</sup> Unvollkommene Transformation und die mangelnde Beweglichkeit, der an der Existenz des Schattenstaates verdienenden Eliten auf beiden Seiten des Dnjestr, führte zum Einfrieren des Konfliktes.

Die ökonomischen und politischen Transformationsprozesse in Moldawien in den letzten 20 Jahren entwickelten auch keine Möglichkeiten für eine Konfliktregelung und keine Attraktivität für die Integration Transnistriens. Die Transformation in Transnistrien führte dazu, dass die staatlichen Strukturen dort nach den 20 Jahren nur stabiler geworden sind und die politische Führung die Unterstützung innerhalb der transnistrischen Bevölkerung gefunden hat. Solche eine Konstellation im Dnjestr-Gebiet sichert die Überlebensfähigkeit des De-facto-Staates Transnistrien.

Die Analyse der internationalen Dimension des Transnistrien-Konflikts zeigte, dass unmittelbar involvierte Akteure in Transnistrien und Moldawien und auch externe Akteure verschiedene Interessen und Ziele in diesem Konflikt haben. Die politische Elite Moldawiens zielt auf die Wiederherstellung der territorialen Integrität des Landes. Die transnistrische Elite betont ihre Forderung auf Unabhängigkeit Transnistriens. Jedoch zeigte die wesentliche Analyse des Konfliktes von der Entstehung zum gegenwärtigen Stand, dass die Realität einer Grauzone im Dnjestr-Gebiet im Interesse der lokalen Akteure liegt. Der fixierte Status Quo dient den lokalen Eliten zur persönlichen Bereicherung.

Es erscheint, dass die regionalen Akteure auch für die territoriale Integrität Moldawiens eintreten. Die Analyse lässt aber feststellen, dass die Interessenlagen dieser Akteure mit den offiziell geäußerten Zielen nicht identisch sind. Einerseits wurde von Russland vorgeschlagen, den Konflikt auf der Grundlage des „Kozak-Plans“ zu lösen. Andererseits ist die Transnistrien-Politik Russlands nur ein Mittel, um Moldawien in seinem Einflussbereich zu halten. Die politische Elite der Ukraine hat ein Interesse an der Stabilität von ihren Grenzen mit Transnistrien und Moldawien. Gleichzeitig profitieren die wirtschaftlichen Elitengruppen von der Existenz der wirtschaftlich-kriminellen Strukturen im Dnjestr-Gebiet. Auch die EU interessiert sich für die Stabilität an ihren Außengrenzen. Jedoch ist das EU-Engagement im Konflikt wegen der starken Präsenz Russlands begrenzt. Der Transnistrien-Konflikt liegt in

---

<sup>339</sup> Vgl. Kilian, Graf (2010): Der Transnistrien-Konflikt: Produkt spätsowjetischer Verteilungskämpfe und Zerfallskonflikt der implodierten Sowjetunion. S. 408

der Interessenlage der NATO, insofern berührt er das Thema des Abzuges der russischen Truppen aus dem Dnjestr-Gebiet. So besteht das Interesse der NATO in der Erfüllung der russischen Verpflichtungen zum Truppenabzug aus dem Dnjestr-Gebiet.

Die regionalen Akteure, vor allem die EU und Russland, geben keinen entscheidenden Impuls zur Lösung dieses Konflikts. Im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik versucht die EU, Moldawien in die westlichen Strukturen zu integrieren, um die Stabilität der Grenzen am Dnjestr zu gewährleisten. In dieser Hinsicht zeigt die EU auch ein gewisses Interesse an einer Konfliktlösung des Transnistrien-Konflikts. Jedoch wurde bis zum jetzigen Zeitpunkt kein einziges Projekt von der EU auf der offiziellen politischen Ebene für die Konfliktregelung erarbeitet. Die EU will auch nicht wegen Differenzen um die Konfliktregelung in Transnistrien die Beziehungen zu Russland belasten. Davon ausgehend wird festgestellt, dass die EU ein mangelndes Interesse an der Änderung des Status Quo in diesem Konflikt hat.

Im theoretischen Einstieg wurde darauf hingewiesen, dass die regionalen Akteure ein großes Potenzial im Peacebuilding besitzen können. Im Fall Transnistriens geht es nur um einen regionalen Akteur mit dem Potenzial – Russland. Das Peacekeeping-Engagement Russlands war lange Zeit absolut hegemonial. Russland besitzt einen großen Einfluss durch die militärische und wirtschaftliche Präsenz im Dnjestr-Gebiet. Trotzdem ist sein Einfluss nicht ausreichend, um eine Veränderung zu schaffen. Der von Russland erarbeitete Kozak-Plan scheiterte ohne Unterstützung anderer konfliktrelevanter Akteure. Außerdem hat die Lösung des Transnistrien-Konflikts keine hohe Priorität in der russischen Außenpolitik. Wie bereits erwähnt, Transnistrien ist für Russland nur sinnvoll, um die westeuropäische Integration Moldawiens mittels seiner Existenz zu behindern. Dementsprechend erscheint die Beibehaltung des Status Quo in diesem Konflikt optimal für Russland.

In den theoretischen Ansätzen des internationalen Konfliktmanagement wurde betont, dass die militärische Intervention mit dem Ziel, den Frieden wieder herzustellen, dann notwendig ist, wenn friedliche Mittel zur Konfliktbewältigung versagen. In dieser Hinsicht hat das militärische Konfliktmanagement im Dnjestr-Gebiet seine Aufgaben erfüllt, obwohl es zu der Herstellung der russischen Kontrolle in der Region beigetragen hat. Das zivile Konfliktmanagement in Bezug auf seine Aufgaben - Herstellung eines Minimums an Sicherheit und Stabilität - zeigt sich im Konflikt zurückhaltend. Demzufolge konserviert es auch den Transnistrien-Konflikt. Im Transnistrien-Konflikt gab es nach der Beendigung des Bürgerkriegs 1992 keine eindeutige Zäsur im internationalen Konfliktmanagement. Lange Zeit war ein internationales Konfliktmanagement westlicher Länder und internationaler

Organisationen im Konflikt wegen starker russischer Präsenz in der Region sehr eingeschränkt. Die Sonderrolle Russlands im „nahen Ausland“ wurde in den 1990er Jahren im Westen auch akzeptiert. Zugleich hatten die westlichen Länder auch gerinnendes Interesse in der Region. So eine Interessenkonstellation im Dnjestr-Gebiet stellt eine schlechte Voraussetzung für eine internationale Konfliktprävention dar.

Die bis heute entwickelten Pläne – der Kozak-Plan 2003 (Transnistrien als Bestandteil der Föderation Moldawien) und der Juschtschenko-Plan 2005 (die Demokratisierung Transnistriens und der Ersatz der russischen Truppen durch die internationalen Friedenstruppen) wurden nicht realisiert, weil die Akteure unterschiedliche Sichtweisen auf die Konfliktregelung in Transnistrien hatten.

Die Perspektiven der Lösung des Transnistrien-Konfliktes hängen von der Wechselwirkung eines ganzen Komplexes von äußerlichen und inneren Faktoren ab. Da sich dieses Problem allerdings nicht im Zentrum der Aufmerksamkeit der konfliktrelevanten Akteure befindet, ist es unwahrscheinlich, dass diese Spieler endlich einen entscheidenden Impuls zur Lösung geben werden. Dementsprechend ist die glaubwürdigste Variante der Entwicklung der Situation in Transnistrien die Beibehaltung des existierenden Status Quo (Transnistrien als De-facto-Staat).

Die EU und Russland fanden bis jetzt keine Lösung des Konflikts, obwohl von beiden Seiten betont wird, dass die Lösung des Transnistrien-Konfliktes wichtig für die Erhaltung der Sicherheit innerhalb Europas und in der Welt ist. Die Frage, mit welcher Strategie die EU, Russland und andere Akteure überhaupt den existierenden Status Quo ändern könnten, bleibt offen.

## 9. Literaturverzeichnis

### 9.1. Literaturquellen

**Anderson, Georg** (2008): Föderalismus. Eine Einführung. Opladen, Budrich.

**Auer, Josef** (2006): Kosovo, Moldova und Afghanistan in der volkswirtschaftlichen Analyse. In: Feichtinger, Walter/ Jurekovic, Pregrad (Hrsg.) (2006): Internationales Konfliktmanagement im Fokus: Kosovo, Moldova und Afghanistan im kritischen Vergleich. Nomos, Baden-Baden.

**Breuer, Stefan** (1991): Max Webers Herrschaftssoziologie. Campus Verlag, Frankfurt am Main/ New York.

**Büscher, Klemens** (2004): Transnationale Beziehungen der Russen in Moldova und der Ukraine. Ethnische Diaspora zwischen Residenz- und Referenzstaat. Peter lang, Europäischer Verlag der Wissenschaft, Frankfurt am Main.

**Benkö, Arad/ Malek, Martin** (2005): Akteure des Konflikts um Transnistrien (Moldau) unter besonderer Berücksichtigung der Möglichkeiten und Grenzen eines EU-Engagements. In: Südeuropa Mitteilungen, Heft 1, 2005.

**Graf, Kilian** (2010): Der Transnistrien-Konflikt: Produkt spätsowjetischer Verteilungskämpfe und Zerfallskonflikt der implodierten Sowjetunion. Disserta Verlag, Hamburg.

**Feichtinger, Walter** (2006): Konfliktprävention und Krisenmanagement – ein sicherheitspolitisches Paradigma im 21. Jahrhundert. In: Feichtinger, Walter/ Jurekovic , Pregrad (Hrsg.) (2006): Internationales Konfliktmanagement im Fokus: Kosovo, Moldova und Afghanistan im kritischen Vergleich. Nomos, Baden-Baden.

**Hanne, Gottfried** (1998): Der Transnistrien-Konflikt: Ursache, Entwicklung und Perspektiven einer Regulierung. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln.

**Hofbauer, Hannes** (2006): Mitten in Europa. Politische Reiseberichte aus Bosnien-Herzegowona, Belarus, der Ukraine, Transnistrien-Moldawien und Albanien. Promedia Verlag, Brennpunkt Osteuropa, Wien.

**Hofbauer, Hannes/ Viorel, Roman** (1997): Bukowina, Bessarabien, Moldawien. Vergessenes Land zwischen Westeuropa, Rußland und der Türkei. 2. Auflage. Promedia Dr.-u. Verl.-Ges. Wien.

**Irsigler Vita-Theresa** (2011): Die Sezessionskonflikte in der Republik Moldawien seit 1989. Diplomarbeit Universität Wien.

- Jurekovic, Predrag** (2006): Kosovo, Afghanistan und Moldova - Gemeinsamkeiten und Unterschiede. In: Feichtinger, Walter/ Jurekovic, Pedrag (Hrsg.) (2006): Internationales Konfliktmanagement im Fokus. Nomos Verlag, Baden-Baden.
- Kulminski, Vlad / Sieg, Hans Martin** (2009): Die Europäisierung Moldovas: eine Strategie zur Lösung des Transnistrienkonflikts. In: Osteuropa (Berlin), 59 (Mai 2009) 5.
- Lankosz, Kazimierz** (2009): Die Partnerschaftsabkommen mit osteuropäischen Nachbarstaaten. In: Lankosz, Kazimierz / Müller-Graff, Peter-Christian /Fink, Udo (2009): Osteuropäische Nachbarschaft der EU. Schriftenreihe des Arbeitskreises Europäische Integration, Nomos Verlag, Baden-Baden.
- Lozovanu, Dorin/ Jordan, Peter** (2009): Nationales/ Ethnisches Bewusstsein in der Republik Moldau und in deren Nachbargebieten. In: Kahl, Thede/ Lozovanu, Dorin (Hrsg.) (2009): Ethnisches Bewusstsein in der Republik Moldau im Jahr 2004. Begleittext im Atlas Ost- und Südeuropa. Bornträger, Berlin.
- Malek, Martin** (2006): Der Konflikt im Dnjestr-Gebiet (Moldova). Analyse und Dokumente. Schriftreihe der Landesverteidigungsakademie 7/2006, Wien.
- Malek, Martin** (2006): Restjugoslawien, Moldova, Afghanistan und die Erklärungsreichweite von „failed-states“-Theorien. In: Feichtinger, Walter/ Jurekovic , Pregrad (Hrsg.) (2006): Internationales Konfliktmanagement im Fokus: Kosovo, Moldova und Afghanistan im kritischen Vergleich. Nomos, Baden-Baden.
- Merkel, Wolfgang** (1999): Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. Leske+Büdrich, Opladen.
- Merkel, Wolfgang** (2010): Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. 2 überarb. und erweiterte Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaft, Wiesbaden.
- Neukirch, Claus** (1996): Die Republik Moldau. Nations- und Staatsbildung in Osteuropa, Lit. Verlag, Münster.
- Ploier, Sebastian** (2011): Nicht-anerkannte "Staaten" im post-sowjetischen Raum - Transnistrien, Abchasien, Südossetien und Bergkarabach. Diplomarbeit Universität Wien.
- Popescu, Nicu** (2009): EU and the Eastern Neighbourhood: Reluctant Involvement in Conflict Resolution. In: European Foreign Affairs Review 14. Kluwer Law International BV.
- Schmitter, Philippe/ Karl, Terry Lynn** (1995): What Democracy is...and is not. In: Pridham, Geoffrey (Hrsg.) (1995): Transitions to Democracy: Comparative Perspectives from Southern Europe, Latin America und Eastern Europe. Aldershot, Brookfield, USA/ Singapore/ Sydney.

- Sieg, Hans Martin** (2011): Der Transnistrien-Konflikt: Voraussetzungen für eine Konfliktlösung. In: Südeuropa Mitteilungen Heft 3, 2011.
- Siegl, Elfie** (2001): Drei Lenins in einer Straße waren zuviel. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8.12.2001.
- Schorkowitz, Dittmar** (2008): Postkommunismus und verordneter Nationalismus. Gedächtnis, Gewalt und Geschichtspolitik im nördlichen Schwarzmeergebiet. Peter Lang, Internationaler Verlag der Wissenschaften, Frankfurt am Main.
- Schübel, Dirk** (2012): Reformen in der Republik Moldau: Auf der Überholspur nach Europa oder viel Lärm um nichts?. In: Reiter, Erich (Hrsg.) (2012): Problem und Lösungsansätze im Transnistrienkonflikt. Schriftenreihe zur internationalen Politik, Band 5, Böhlau Verlag, Wien.
- Troebst, Stefan** (2003): Staatlichkeit im Pseudo-Staat. Identitätsmanagement in Transnistrien. In: Osteuropa Jg. 53, Heft 7, 2003.
- Troy, Jodok** (2007): Staatszerfall: Ursachen- Charakteristika- Auswirkungen. LIT Politikwissenschaft, Wien.
- Wimmer; Günther Roth** (1987): Politische Herrschaft und persönliche Freiheit. Suhrkamp, Frankfurt am Main.
- Wolff, Stefan** (2012): Ein lösbarer "Eingefrorener Konflikt"? Die Innen- und Außenpolitik der Selbstbestimmung in der Republik Moldau und Transnistrien. In: Reiter, Erich (Hrsg.) (2012): Problem und Lösungsansätze im Transnistrienkonflikt. Schriftenreihe zur internationalen Politik, Band 5, Böhlau Verlag, Wien.
- Van Meurs, Wim** (2009): Moldau, Republik. In: Roth, Harald (Hrsg.): Studienhandbuch östliches Europa. Band 1, überarb. und aktualisierte Auflage, Stuttgart.
- Völkl, Ekkehard** (1996): Transnistrien und Odessa (1941-1944). Schriftreihe des Osteuropainstituts Regensburg-Passau, Band 14, Verlag Lassleben. Regensburg.
- Zagorski, Andrei** (2012): Russland im Transnistrienkonflikt. In: Reiter, Erich (Hrsg.) (2012): Problem und Lösungsansätze im Transnistrienkonflikt. Schriftenreihe zur internationalen Politik, Band 5, Böhlau Verlag, Wien.
- Zeller, Anika** (2005): Konstruktion im Wandel. Nationale Identität in der Republik Moldau. Eine Analyse der staatlichen Zeitung Nezaavisimaja Moldova (1991-1994). Verlag Dr. Kovac, Hamburg.

## 9.2. Internetquellen

**Ahlbrecht, Katrin, Bendiek, Annegret, Meyer, Reinhard, Wagner Sabine** (2007): Konfliktregelung und Friedenssicherung im internationalen System. Hagen: <http://ivv7srv15.uni-muenster.de/reinhardmeyers/docs/Konfliktr.pdf>, eingesehen am 02.01.2013

**Amt für Statistik der Republik Moldau:** Offizielle Homepage <http://www.statistica.md/>, eingesehen am 18.01.2013

**Andrievskij, Vitalij** (2009): Dve body Pridnestrovija: "Sheriff" I Igor Smirnow, 07.10.2009: <http://forum.pridnestrovie.com/topic/?id=4387>, eingesehen am 29.01.2013

**Bertelmann Stiftung** (Hrsg.): Transformation in Moldova. Bertelmann Transformation Index 2003: <http://bti2003.bertelmann-transformation-index.de/153.0.html>, eingesehen am 18.01.2013

**Business Information Center Europe:** Moldawiens Exportgüter, 30.03.2011: <http://www.bice.md/2011/03/moldawiens-exportgueter/>, eingesehen am 20.01.2013

**Büscher, Klemens** (1998): Die "Staatlichkeit" Transnistriens - ein Unfall der Geschichte? : <http://www.uni-leipzig.de/~mil/pdf/de/BuescherTransnistrien.pdf>, eingesehen am 25.01.2013

**Der Standard:** Schewtschuk gewann Präsidentenwahl, 26. 12. 2011: <http://derstandard.at/1324501274223/Transnistrien-Schewtschuk-gewann-Praesidentenwahl>, eingesehen am 28.01.2013

**Der Standard:** Transnistrien: Präsident Smirnow nicht in Stichwahl, will Wahl anfechten, 12. 12. 2011: <http://derstandard.at/1323222759943/Transnistrien-Praesident-Smirnow-nicht-in-Stichwahl-will-Wahl-anfechten>, eingesehen am 28.01.2013

**E-Democracy:** Early Parliamentary in Moldova on November 28, 2010 Elections: <http://www.e-democracy.md/en/elections/parliamentary/2010/>, eingesehen am 02.02.2013

**Freedom House,** Country Report 2010, Transnistria: <http://www.freedomhouse.org/report/freedom-world/2010/transnistria>, eingesehen am 25.01.2013

**Gabanyi, Anneli Ute** (2004): Die Republik Moldau im Kontext der Neuen EU-Nachbarschaftspolitik. SWP-Studie, Berlin : [http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2004\\_S46\\_gbn\\_ks.pdf](http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2004_S46_gbn_ks.pdf), eingesehen am 18.01.2013

**Galinski,** Moldovsko-prednestrovskoe uregulirovanie: riski i opasnosti obedineniya, 03. 04. 2008:

<http://ava.md/02-pridnestrove/0537-ilya-galinskii-moldo-pridnestrovskoe-uregulirovanie-riski-i-opasnosti-obedineniya.html>, eingesehen am 28.01.2013

„**Germanskij plan Kozaka- 2**“– fond Marshalla i Vishegradskaja grupa o buduwem moldavsko-prednestrovskogo uregulirovanija, 02.06.2011:

<http://belarus.regnum.ru/news/1411435.html>, eingesehen am 27.02.2013

**Giobanu, Ceslav** (2004): NATO/EU-Enlargement: Moldova and the

“Frozen and Forgotten” Conflicts In Post-Soviet States:

<http://www.ipp.md/public/biblioteca/74/en/Report%20July%2025,%20revised.doc>,

eingesehen am 13.02.2013

**Gosudarstvennaya Duma RF**: Stenogramma zasedaniya 17 nojabrya 1995g. :

<http://transcript.duma.gov.ru/node/3009/>, eingesehen am 09.02.2013

**Grund, Manfred / Sieg, Hans Martin / Weseman, Kristin** (2011): Transnistrien und die künftige Sicherheits-Architektur in Europa. KAS-Auslandsinformationen:

[http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_28726-544-1-30.pdf?110908155558](http://www.kas.de/wf/doc/kas_28726-544-1-30.pdf?110908155558), eingesehen am 20.02.2013

**Hill, William** (2005): Konfliktbeilegung in Transnistrien – Fortschritte und Rückschritte: Die OSZE-Mission in Moldau: <http://www.core-hamburg.de/documents/jahrbuch/06/Hill-dt.pdf>,

eingesehen am 25.02.2013

**Homepage of EUBAM**: Background: <http://www.eubam.org/en/about/overview>, eingesehen am 15.01.2013

**Homepage of EUBAM** : EUBAM Achievements Report, November 2007: [http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/Mission\\_achievementsNov07.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/Mission_achievementsNov07.pdf),

eingesehen am 15.02.2013

**Homepage of European Commission**: Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen, Europäische Nachbarschaftspolitik: Länderbericht Republik Moldau, 2004:

[http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/country/moldova\\_enp\\_country\\_report\\_2004\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/country/moldova_enp_country_report_2004_de.pdf),

eingesehen am 25.01.2013

**Homepage of European Commission**: EU/Moldova Action Plan 2004: [http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/action\\_plans/moldova\\_enp\\_ap\\_final\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/action_plans/moldova_enp_ap_final_en.pdf), eingesehen am 12.02.1013

**Homepage of European Commission**: ENP-Fortschrittsbericht Moldau, 2006: [http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/sec06\\_1506-2\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/sec06_1506-2_de.pdf), eingesehen am 15.02.2013

**Homepage of European Commission**: Finanzierungsinstrument. Europäische Nachbarschaft und Partnerschaft. Republik Moldova. Der Landstrategiebericht 2007-2013:

[http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/country/enpi\\_csp\\_moldova\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/country/enpi_csp_moldova_de.pdf), eingesehen am 15.02.2013

**Homepage of European Commission:** Parlamentarischer Kooperationsausschuss EU-Moldawien, fünfte Sitzung, 25.-26.09.2002, Strassburg: [http://www.europarl.europa.eu/intcoop/euro/pcc/ubm/pcc\\_meeting/recommendations/2002\\_09\\_26\\_de.pdf](http://www.europarl.europa.eu/intcoop/euro/pcc/ubm/pcc_meeting/recommendations/2002_09_26_de.pdf), eingesehen am 10.02.2013

**Homepage of European Parliament:** ad-hoc-Delegation für Moldawien, Juni 2002, Bericht des Vorsitzenden Jan Marinus Wiersma: <http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/committees/afet/20021007/473437DE.pdf>, eingesehen am 17.02.2013

**Homepage of Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation:** Dogovor o družbe I sotrudnitschestve mezdu Rossijskoj Federaziej i Respublikoj Moldova 19.11.2001: [http://www.mid.ru/BDOMP/spd\\_md.nsf/0/136A3D0059E1C0ED44257AE2003309C4](http://www.mid.ru/BDOMP/spd_md.nsf/0/136A3D0059E1C0ED44257AE2003309C4), eingesehen am 23.02.2013

**Homepage of Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation:** Interview pervogo zamestitelya ministra inostranij del rossii Vyacheslava Trubnikova ITAR-TASS po tematiki SNG I aktualnim mezhdunarodnim problemam ot 02.02.2004: <http://www.mid.ru/bdomp/ns-rkonfl.nsf/90be9cb5e6f07180432569e00049b5fb/432569e00034005fc3256e2e00464dd4!OpenDocument>, eingesehen am 20.02.2013

**Homepage of Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation:** Kommentarij departamenta informazii i petschati MID Rossii v svyazi s voprosami SMI otnositelno viskazivanij ofizialnih moldovskih predstaviteley o voennom prisutstvie Rossii na territorii Moldavii, 15.12.2004: <http://www.mid.ru/bdomp/ns-rkonfl.nsf/90be9cb5e6f07180432569e00049b5fb/432569e00034005fc3256f6b003266a3!OpenDocument>, eingesehen am 20.02.2013

**Homepage of Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation:** Sovmestnoe zayavlenie Ministerstv inostranij del Rossijskoj Federazii, Respubliki Moldova i Ukraini po Prednestrovskomu uregulirovaniyu, 17.11.2001: <http://www.mid.ru/bdomp/ns-rkonfl.nsf/90be9cb5e6f07180432569e00049b5fb/432569e00034005f43256b0900392989!OpenDocument>, eingesehen am 20.02.2013

**Homepage of Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation :** Vistuplenie Prezidenta Rossijskoj Federazii V.V. Putina I otvety na voprosy v hode presskonferenzii po itigam sammita Rossiya\_ES, 11.Noyabrja 2002, Brüssel : <http://www.mid.ru/bdomp/ns->

[rkonfl.nsf/90be9cb5e6f07180432569e00049b5fb/432569e00034005f43256c70003c3fbc!OpenDocument](http://konfl.nsf/90be9cb5e6f07180432569e00049b5fb/432569e00034005f43256c70003c3fbc!OpenDocument), eingesehen am 23.02.2013

**Homepage von der Bundesregierung Deutschlands:** Memorandum (Treffen zwischen Bundeskanzlerin Angela Merkel und Präsident Dmitri Medwedew am 4. und 5. Juni 2010 in Meseberg): <http://bundesregierung.de/Content/DE/Anlagen/2010/2010-06-07-meseberg-memorandum-deutsch.pdf>, eingesehen am 25.02.2013

**Homepage von dem Deutschen Bundestag:** Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Viola von Cramon-Taubadel, Volker Beck (Köln), Marieluise Beck (Bremen), weiterer Abgeordneter und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 17/8065, 21.12.2001: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/082/1708239.pdf>, eingesehen am 26.02.2013

**Homepage von Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa:** Gipfeltreffen von Istanbul (1999): Istanbul Dokument, Istanbul 1999: <http://www.osce.org/de/mc/39571?download=true>, eingesehen am 23.02.2013

**Homepage von Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa:** Gipfeltreffen von Lissabon (1996): Lissabonner Dokument, 2. Dezember 1996: <http://www.osce.org/de/mc/39541?download=true>, eingesehen am 20.02.2013

**Homepage von NATO:** [http://www.nato.int/cps/en/natolive/topics\\_50349.htm](http://www.nato.int/cps/en/natolive/topics_50349.htm), eingesehen am 10.01.2013

**Homepage of Ukrainian Government:** Ukraine has confirmed the permanence of its position on the Transnistrian settlement in a format "5+2", 23.11.2009: [http://www.kmu.gov.ua/control/en/publish/article?art\\_id=244564457](http://www.kmu.gov.ua/control/en/publish/article?art_id=244564457), eingesehen am 09.02.2013

**International Crisis Group:** Moldova: Regional Tensions over Transnistria. Europa Report Nr. 157.17. Juni 2004, Chisinau/Brüssel: [http://www.crisisgroup.org/~media/Files/europe/157\\_moldova\\_transdnistria\\_tensions\\_rus.pdf](http://www.crisisgroup.org/~media/Files/europe/157_moldova_transdnistria_tensions_rus.pdf), eingesehen am 24.02.2013

**Kilian, Graf** (2010): Identität und Transformation: Die integrative Wirkung einer kollektiven Identität:

[http://books.google.at/books?id=oCA7Ac7DXLUC&pg=PP4&lpg=PP4&dq=graf+kilian+identit%C3%A4t&source=bl&ots=UL6YGHTqtZ&sig=pITDqnxomRVHSMmpLgUSzidToEs&hl=de&sa=X&ei=qyMaUdjBLEen4ATQoYHgAw&redir\\_esc=y#v=onepage&q&f=false](http://books.google.at/books?id=oCA7Ac7DXLUC&pg=PP4&lpg=PP4&dq=graf+kilian+identit%C3%A4t&source=bl&ots=UL6YGHTqtZ&sig=pITDqnxomRVHSMmpLgUSzidToEs&hl=de&sa=X&ei=qyMaUdjBLEen4ATQoYHgAw&redir_esc=y#v=onepage&q&f=false),

eingesehen am 25.01.2013

**Komsomolskaya Pravda:** Grigori Karasin: Rossiya vidit buduschtschee Pridnestrovjya v katschestve osobogo reiona v sostave Moldovi. 30.07.2012: <http://www.kp.md/daily/25923.5/2874845/>, eingesehen am 02.02.2013

**Konzeptiya nazionalnoj politiki respubliki Moldovi** (2003): <http://lex.justice.md/viewdoc.php?action=view&view=doc&id=312846&lang=2>, eingesehen am 31.01.2013

**Libera, Romania:** Abgekartete Wahl in Tiraspol, 09. 12. 2011: <http://www.presseurop.eu/de/content/article/1267951-abgekartete-wahl-tiraspol>, eingesehen am 26.01.2013

**Map of Freedom** 2010: <http://www.freedomhouse.org/report-types/freedom-world>, eingesehen am 22.01.2013

**Meister, Stefan** (2011): Sicherheitspolitischer Neustart zwischen Russland und der EU? Das Weimarer Dreieck, Russland und die östliche Nachbarschaft der EU, Genshagener Papiere, 7 Juli 2011: [http://www.stiftunggenshagen.de/allg\\_grafik/genshagenerpapiere/Genshagener%20Papiere\\_2011\\_07.pdf](http://www.stiftunggenshagen.de/allg_grafik/genshagenerpapiere/Genshagener%20Papiere_2011_07.pdf), eingesehen am 27.02.2013

**Popescu, Nicu** (2005): The EU in Moldova-Settling conflicts in the neighbourhood. In: Occasional Paper No. 60. European Union, Institute for Security Studies, Paris: <http://www.iss.europa.eu/uploads/media/occ60.pdf>, eingesehen am 26.01.2013

**Radio Pridnestrowien:** Nachrichten aus Pridnestrowien, 17.01.2012: <http://www.radiopmr.org/golos/5581/>, eingesehen am 23.02.2013

**Radio Pridnestrowien:** Nachrichten aus Pridnestrowien 02.11.2012: <http://radiopmr.org/golos/8756/>, eingesehen am 20.02.2013

**Ria Novosti:** Juschtschenkos Plan und Kozaks Plan für Transnistria – Regelung, 16.06.2005: [http://de.rian.ru/comments\\_interviews/20050616/40533638.html](http://de.rian.ru/comments_interviews/20050616/40533638.html), eingesehen am 25.02.2013

**RIA Novosti:** Moldawiens Führung bittet NATO um Hilfe gegen russische Militärpräsenz, 12.11.2010: <http://de.rian.ru/politics/20101112/257633194.html>, eingesehen am 12.02.2013

**RIA Novosti:** Moldawien: Hammer und Sichel als kommunistisches Symbol unter Verbot von 12.07.2012: <http://de.ria.ru/politics/20120712/263978427.html>, eingesehen am 02.02.2013

**RIA Novosti:** Moldawiens Premier: NATO-Beitritt kein Priorität – Anschluss an Rumänien unmöglich von 09.10.2010 [http://de.rian.ru/post\\_soviet\\_space/20091009/123420184.html](http://de.rian.ru/post_soviet_space/20091009/123420184.html), eingesehen am 10.01.2013

**Ria Novosti** : Shevchuk wins Transdnestr presidency - election commission source, 26. 12. 2011: <http://en.rian.ru/world/20111226/170494930.html> , eingesehen am 15.02.2013

**RIA Novosti**: Verfassungsgericht: Wahl von Präsident Moldawiens legitim, 19.03.2012 <http://de.rian.ru/politics/20120319/263104119.html>, eingesehen am 28.01.2013

**Republic of Moldova**. Foreign Relations: <http://www.moldova.md/en/relatile/>, eingesehen am 29.01.2013

**Rossiya** mozet dat skidku na gaz Moldowii esli ona otkazetsya ot energosotrudnitschestva s ES 12.09.2012: [http://www.gazeta.ru/business/news/2012/09/12/n\\_2526237.shtml](http://www.gazeta.ru/business/news/2012/09/12/n_2526237.shtml), eingesehen am 20.02.2013

**Russian Military Review**: Soglaschenie o prinzipah mirnogo uregulirovanija vooruzenogo konflikta v Prednestrovskom regione respubliki Moldova ot 21.07.1992: <http://www.peacekeeper.ru/ru/?module=pages&action=view&id=89>, eingesehen am 16.02.2013

**Russland-Aktuell** - Referendum: Dniestr-Republik für Russland-Anschluss, 18.09.2006: [http://www.aktuell.ru/russland/news/referendum\\_dnjestr\\_republik\\_fuer\\_russland\\_anschluss\\_15805.html](http://www.aktuell.ru/russland/news/referendum_dnjestr_republik_fuer_russland_anschluss_15805.html), eingesehen am 29.01.2013

**Sieg, Hans Martin** (2012): Der Transnistrienkonflikt nach den Präsidentschaftswahlen in Russland, Moldau und Tiraspol. Politische Perspektiven und strategische Ansätze. Länderbericht: <http://www.kas.de/moldau/de/publications/31198/>, eingesehen am 28.01.2013

**Sieg, Hans Martin** (2012): Führungswechsel nach 20 Jahren. Länderbericht Republik Moldau, Konrad-Adenauer-Stiftung: [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_29829-1522-1-30.pdf?120104152114](http://www.kas.de/wf/doc/kas_29829-1522-1-30.pdf?120104152114), eingesehen am 28.01.2013

**Schnekener, Ulrich** (Hrsg.) (2004): States at Risk: fragile Staaten als Sicherheits- und Entwicklungsproblem, SWP-Studie, Berlin: [http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2004\\_S43\\_skr\\_ks.pdf](http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2004_S43_skr_ks.pdf), eingesehen am 26.12.2012

**Zentr strategitscheskih issledovanij i reform. Issledovanie ekonomiki Pridnestrovija**, 01.11.2003: <http://www.cisr-md.org/pdf/0311%20transn-research%20RUS.pdf>, eingesehen am 26.01.2013

**Spiegel Online**: Separatistenrepublik Transnistrien "Sie sollten uns nicht mit der DDR verwechseln", 14.03.2009: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,613231,00.html>, eingesehen am 28.01.2013

**Tivig, Andrea/ Maurer, Andreas** (2006): Die EU-Antikorruptionspolitik. Erfolgsbedingungen einer Korruptionsbekämpfung auf mehreren Ebenen. SWP Berlin:

[http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/arbeitspapiere/Antikorr\\_KS.pdf](http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/arbeitspapiere/Antikorr_KS.pdf),

eingesehen am 15.02.2013

**Transnistrische Verfassung:** <http://zakon-pmr.com/DetailDoc.aspx?document=62295>,

eingesehen am 02.02.2013

## **10. Anhang**

### **10.1. Abstract**

Die vorliegende Arbeit widmet sich einem der „eingefrorenen und vergessenen“ Konflikte im postsowjetischen Raum und zwar dem Konflikt um Transnistrien. Der Transnistrien-Konflikt zwischen Moldawien und Transnistrien eskalierte 1992 und wurde durch den Einsatz russischer Militärs zugunsten transnistrischer Seite beendet. Seit 1992 wurde der Konflikt als „eingefrorener“ Konflikt bezeichnet, ohne Aussicht auf baldige Lösung. In dieser Arbeit wird der Transnistrien-Konflikt als Auseinandersetzung zwischen den Eliten Moldawiens und Transnistriens um politische und wirtschaftliche Macht betrachtet. Dabei werden die Transformationsprozesse in Transnistrien und Moldawien analysiert, um die Besonderheit dieses Konflikts festzustellen. Als theoretische Bezugspunkte der Arbeit gelten dabei die Transformationstheorien, die „Failed-States“-Theorien und die theoretischen Aspekte des internationalen Konfliktmanagements, welche in der Arbeit auch dargestellt werden. Im Zentrum dieser Arbeit steht die Analyse der internationalen Einflüsse auf den Transnistrien-Konflikt. In diesem Zusammenhang wird auch internationales Konfliktmanagement behandelt. Dabei drängt sich die EU mit dem Instrument der Europäischen Nachbarschaftspolitik und Russland mit seiner Politik für „nahes Ausland“ in den Vordergrund. Die Konfliktlösungsversuche der EU, Russland und der Ukraine sowie die Gründe des Scheiterns dieser Versuche werden im letzten Abschnitt der Arbeit dargestellt.

## **10.2. Lebenslauf**

Name: Stukaneva  
Vorname: Tatiana  
Geburtstag: 26. Oktober 1985  
Geburtsort: Barnaul, Russland  
Wohnort: Judenau, Österreich  
Staatsbürgerschaft: Russland  
Religionsbekenntnis: russisch-orthodox

### **Ausbildung**

1992 – 2003 Allgemeinbildende Mittelschule in Kljutschki, Russland  
2003 – 2008 Studium der Internationalen Beziehungen an der Staatlichen Universität Altai, Russland (Schwerpunkt: Internationale Politik)  
06/2008 Abschluss des Diplomstudiums mit Auszeichnung als Spezialistin für Internationale Beziehungen (Titel der Diplomarbeit: Die Tschechoslowakei im europäischen Sicherheitssystem in den Jahren um 1920)  
2010 – 2013 Studium der Politikwissenschaft an der Universität Wien (Schwerpunkte: Osteuropastudien, Politik und Kultur)